



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Stabilität und Sicherheit.

Q4/17

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer
Koordination Patrick Thienel
Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber
Grafische Gestaltung Abteilung Informationsmanagement und Services
Layout und Satz Sylvia Dalcher, Birgit Jank, Melanie Schuhmacher, Andreas Kullerschitz
Druck und Herstellung Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Fernabsatz-Transaktionen mit österreichischen Zahlungskarten 8

Patrick Thienel

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 30. Juni 2017 11

Elizabeth Bachmann, Stefan Kinschner

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors
bis zum zweiten Quartal 2017 13

Stefan Wiesinger

Analysen

OeNB-Statistik im ESZB, gestern – heute – morgen 22

Aurel Schubert, Johannes Turner

Kreditwachstum inländischer Nichtbanken steigt kontinuierlich –
Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute 34

Martin Bartmann

Österreichs Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2017 39

Thomas Cernohous, Bianca Ullly, Jacob Wagner

70 Jahre Marshall-Plan – ERP-Nationalbankvermögen erreicht 1 Mrd EUR 45

Michaela Bandion, Sebastian Brachtl

Kommentare von Respondenten des Household Finance and Consumption Survey
zur Befragung 50

Peter Lindner, Martin Schürz

Der österreichische Wohnimmobilienpreisindex: Methodische Verfeinerung 2017 64

Wolfgang Brunauer, Wolfgang Feilmayr, Karin Wagner

Weiterhin expansive Entwicklungen auf dem österreichischen Kreditmarkt –
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft
vom Oktober 2017 72

Gerald Hubmann

Daten	
Tabellenübersicht	82
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	83
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	84
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	85
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	86
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	87
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	88
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	89
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	90
9 Sonstige Finanzintermediäre	91
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	92
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	93
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	94
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	95
14 Direktinvestitionen	96

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der einleitende Artikel des vorliegenden Statistiken-Hefts nimmt das 20-jährige Bestehen der Hauptabteilung Statistik in der Oesterreichischen Nationalbank zum Anlass und beschreibt deren Werdegang sowie die vergangenen und zukünftigen Herausforderungen, wobei der Fokus auf den letzten fünf Jahren bzw. der näheren Zukunft liegt.

Wie gewohnt beschäftigt sich Martin Bartmann mit den wichtigsten Entwicklungen der österreichischen Finanzinstitute. Dabei zeigt sich, dass das Wachstum von Krediten österreichischer Nichtbanken im Laufe des Jahres 2017 kontinuierlich anstieg und auch über dem Euroraum-Vergleichswert lag. Auf der Einlagenseite war in Österreich eine deutliche Ausweitung der aushaftenden Volumina von Nichtbanken zu erkennen, wobei diese Entwicklung weiterhin von täglich fälligen Einlagen getrieben war.

Thomas Cernohous, Bianca Ully und Jacob Wagner zeigen in ihrem Artikel über Österreichs Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2017 auf, dass der Leistungsbilanzüberschuss unter dem Vergleichswert des Vorjahres lag. Der Güterhandel entwickelte sich in diesem Zeitraum wie zuvor dynamisch und die Dienstleistungen stiegen export- und importseitig an. Der Vermögenseinkommenssaldo war leicht positiv und spiegelt damit die positive Nettovermögensposition wider.

Michaela Bandion und Sebastian Brachtl berichten anlässlich des 70-Jahr-Jubiläums des Marshall-Plans über die Rolle der Oesterreichischen Nationalbank, die bis heute das ERP-Nationalbankvermögen verwaltet. Im Detail wird auch über die ERP-Förderschwerpunkte im Zeitablauf, die Konditionen der Förderkredite sowie die Zinssätze berichtet.

Im Anschluss analysieren Peter Lindner und Martin Schürz Respondenten-Kommentare, die im Rahmen der Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (Household Finance and Consumption Survey, HFCS) festgehalten wurden. Am Ende des Interviews konnten die Befragten – über die standardisierte Fragebogenbeantwortung hinausgehend – Aussagen über den HFCS und damit zusammenhängende Themen tätigen und Kommentare zu Themen und Fragen des Interviews abgeben, die in der vorliegenden Studie analysiert werden.

Es folgt ein Beitrag von Wolfgang Brunauer, Wolfgang Feilmayr und Karin Wagner über die methodische Verfeinerung des österreichischen Wohnimmobilienpreisindex. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie sich die Verfeinerung einerseits und die ebenfalls durchgeführte Datenumstellung andererseits auf die Indexergebnisse auswirken.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Hier werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation näher beleuchtet.

Zwei Kurzberichte sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter www.oenb.at/Service/Newsletter.html zu registrieren.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Fernabsatz-Transaktionen mit österreichischen Zahlungskarten

Patrick Thienel¹

Die Oesterreichische Nationalbank erhebt seit dem 3. Quartal 2014 Daten zu Online- bzw. Fernabsatztransaktionen² im Bereich Zahlungskarten. Im Gegensatz zu Studien zum Thema E-Commerce und Fernabsatz, die oft auf Befragungen basieren, bietet diese Statistik den Vorteil einer Vollerhebung bei allen Ausgebern (Issuern) von Zahlungskarten bzw. Betreibern von (physischen und virtuellen) Terminals (Acquirern), auch wenn diese lediglich auf den Zahlungskartenmarkt beschränkt ist.

Umsätze im Kartengeschäft

Während im 3. Quartal 2014³ 12,8 % aller Umsätze von österreichischen Zahlungskartenhaltern im Onlinegeschäft bzw. Fernabsatz getätigt wurden,⁴ stieg der entsprechende Wert bis zum 2. Quartal 2017 auf 15,3 %. Das bedeutet konkret, dass mit Zahlungskarten von Öster-

reichern im 2. Quartal 2017 im Online-/Fernabsatz-Geschäft 23,0 Millionen Einzeltransaktionen in einer Gesamthöhe von 1,5 Mrd EUR getätigt wurden.

Die Online-/Fernabsatz-Kartenumsätze bei österreichischen Shops (Inlandsanteil) sind im Verhältnis zu allen Online-/Fernabsatz-Käufen mit Karten von 22,6 % im 3. Quartal 2014 auf 21,3 % im 2. Quartal 2017 leicht gefallen.

Saisonaler Trend

Grundsätzlich erreichen die Online-/Fernabsatz-Umsätze ebenso wie die Gesamt-Kartenumsätze im 4. Quartal (Vorweihnachtszeit) regelmäßig ihren Höhepunkt, bleiben danach aber auf einem höheren Niveau. Bei beiden Kategorien kann von Jahr zu Jahr ein steigender Umsatz im letzten Quartal beobachtet werden. Da die Steigerungsraten ähnlich hoch sind, kann darauf geschlossen werden, dass Weihnachtseinkäufe⁵ vermehrt über Kartenzahlungen beglichen werden und dies keinen Sondereffekt darstellt, der aus Online-/Fernabsatz-Kartenzahlungen resultiert.

Branchen

Auf Branchen heruntergebrochen zeigte sich im 2. Quartal 2017, dass im Handel 47 % aller Online-/Fernabsatz-Zahlungskartenumsätze generiert wurden. Der Rest entfiel hauptsächlich auf Buchungen von Verkehrsmitteln (z. B. Flug), Hotel- bzw. Reisebüro-Buchungen oder Online-Glücksspiel. Das bedeutet, dass von allen Kartenumständen im Handel (6,5 Mrd EUR) rund 11 % online (bzw. im Fernabsatz) gemacht wurden. Der

Tabelle 1

Kartenzahlungen von Österreichern im In- und Ausland

	Insgesamt		Davon Online-/Fernabsatz-Geschäft			
	Anzahl in Mio	Betrag in Mio EUR	Anzahl in Mio	Betrag in Mio EUR	Anzahl in %	Betrag in %
2014-Q3	135,5	8.034,4	14,4	1.025,2	10,61	12,76
2014-Q4	144,0	8.532,7	16,3	1.148,9	11,30	13,46
2015-Q1	131,9	7.484,1	15,4	1.104,2	11,69	14,75
2015-Q2	145,4	8.346,0	15,1	1.099,7	10,40	13,18
2015-Q3	146,2	8.340,5	15,7	1.143,1	10,76	13,70
2015-Q4	156,1	9.007,4	18,5	1.285,6	11,82	14,27
2016-Q1	145,3	7.988,2	17,9	1.256,3	12,29	15,73
2016-Q2	160,3	8.786,1	17,7	1.247,8	11,02	14,20
2016-Q3	164,2	8.966,5	19,3	1.294,1	11,74	14,43
2016-Q4	179,3	9.963,7	23,4	1.515,1	13,04	15,21
2017-Q1	167,0	8.757,8	22,4	1.478,9	13,41	16,89
2017-Q2	187,3	9.875,4	23,0	1.513,5	12,26	15,33

Quelle: OeNB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patrick.thienel@oenb.at.

² Darunter fallen alle Online-Geschäfte bzw. auch Geschäfte, die über Telefon oder Fax getätigt werden. Das entscheidende Kriterium ist, dass die Karte nicht physisch am Point of Sale (POS) verwendet wird.

³ Beginn der multidimensionalen Erhebung B1, bei der nun auch das Online-/Fernabsatz-Kartenzahlungsgeschäft erhoben wird.

⁴ Basis: Zahlungen mit Zahlungskarten österreichischer Kartenhalter im In- und Ausland.

⁵ Insbesondere bei höheren Umsätzen.

relativ niedrige Wert (in den Medien wird berichtet, dass zwei von drei Österreichern ihre Weihnachtsgeschenke online einkaufen) dürfte dadurch zustande kommen, dass zur Branche Handel auch Sparten wie Kfz-, Möbel- und Lebensmittelhandel zählen, bei denen die allermeisten Käufe nach wie vor im Geschäft getätigt werden. Einkäufe in diesen Sparten fallen auch selten in die Kategorie „Weihnachtsgeschenke“.

Andere Zahlungsarten

Aus regelmäßig durchgeführten Umfragen zum Zahlungsverhalten der österreichischen Bevölkerung wissen wir, dass Verbraucher nach wie vor am liebsten mit Bargeld bezahlen. 81,8 % aller Transaktionen und 67,5 % des Einkaufswerts wurden laut OeNB-Zahlungsverhaltensumfrage im Jahr 2016 bar abgewickelt. Die ausgeprägte Bargeldnutzung kann zum einen mit dem einfachen, (größtenteils) gebührenfreien Zugang zu Bankomaten und zum anderen mit Verbraucherpräferenzen begründet werden. Bargeld wird als einfaches, praktisches und schnelles Zahlungsmittel wahrgenommen.⁶

Im Bereich des Online-/Fernabsatz-Handels ist das Bezahlen mit Bargeld nur als Ausnahme der Fall, wenn nämlich der Konsument die Ware online bestellt und sie dann im Geschäft abholt. Übliche Zahlungsmethoden sind grundsätzlich:

- Zahlungskarte
- Lastschrift
- Rechnung
- Nachnahme
- Sofortüberweisung
- EPS-Überweisung
- Bezahlung bei Abholung

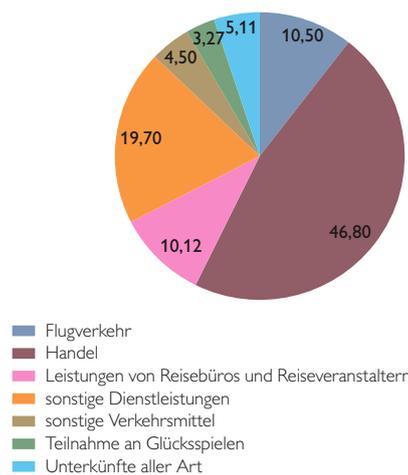
⁶ Der Zahlungsverkehr in Österreich, OeNB, Oktober 2016.

⁷ Gängige Fragen sind: „Welche Zahlungsverfahren nutzen Sie am liebsten?“ bzw. „Wie häufig haben sie diese Zahlungsverfahren in den letzten zwölf Monaten genutzt?“

Grafik 1

Verteilung der Fernabsatz-/Online-Kartenzahlungen von Österreichern im In- und Ausland nach Branchen (Q2 2017)

in %



Quelle: OeNB.

- PayPal
- Ratenkauf
- Gutscheinkarte
- Sonstiges (Giro-pay, Geldkarte, Treuhandverfahren, ClickandBuy, benutzerkontobasiertes Verfahren)

Eine genaue Aufgliederung, mit welchem Zahlungsmittel wie viele Zahlungen (Anzahl bzw. Höhe der Zahlungen) getätigt werden, ist – abgesehen von den Kartentransaktionsdaten der OeNB – recht schwierig, da bei Studien zum Online-/Fernabsatz oft nur auf die Beliebtheit von Zahlungsmethoden eingegangen wird.⁷

Fernabsatztransaktionen im Einzelhandel

Bei näherer Betrachtung wird ersichtlich, dass sich die österreichischen Distanzhandelsausgaben im Jahr 2016 laut Handelsverband bzw. KMU For-

schung Austria⁸ deutlich dynamischer als der stationäre Einzelhandel entwickelten. Diese erreichten 2016 mit 7,6 Mrd EUR einen neuen Rekordwert. Davon betrug der Onlinehandel 89% (6,8 Mrd EUR). Der Rest entfiel auf den sonstigen Versandhandel.

⁸ *E-Commerce-Studie Österreich 2017*, <https://www.handelszeitung.at/handelszeitung/e-commerce-rekordausgaben-dank-smartphone-147563>

Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der Kreditinstitute zum 30. Juni 2017

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im 1. Halbjahr 2017 mit insgesamt 3,4 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 465,7 Mio EUR im Vergleich zum 1. Halbjahr 2016.

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 30. Juni 2017 962,0 Mrd EUR und lag damit um 15,8 Mrd EUR über dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2016.¹

Entwicklung des bereinigten² konsolidierten Periodenergebnisses im Detail

Im 1. Halbjahr 2017 lagen die bereinigten konsolidierten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der österreichischen Kreditinstitute um 4,1% über dem Vorjahreswert. Starke Veränderungen gab es vor allem beim Provisionsergebnis (+5,3%) sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis (+143,7%). Positiv auf die Betriebserträge wirkten sich zudem die um 12,0% gestiegenen Dividenden und Beteiligungserträge aus. Der um 29,2% geringere Handelserfolg³ beeinflusste die Betriebserträge hingegen negativ. Weitgehend stabil blieb das Nettozinsergebnis, das sich als wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute nur geringfügig verschlechterte.

Das bereinigte konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen) wies einen Anstieg um 17,1% aus. Dies ist neben den höheren Betriebserträgen auf die um 24,9% geringeren Abschreibungen von Vermögenswerten⁴ zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen hingegen leicht an (+0,9%); eine Entwicklung, die sowohl von den Personalaufwendungen (+0,8%) als auch von den Sachaufwendungen (+1,1%) ausgeht.

Insgesamt konnte das bereinigte konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen um 32,4% verbessert werden. Geringere Aufwendungen für Risikovorsorgen im Kreditgeschäft (-25,4%) und ein höheres Ergebnis aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen (+69,0%) sind dafür maßgeblich. Ergebnisverschlechternd wirkten sich hingegen die stark gestiegenen sonstigen Rückstellungen aus.

Entwicklung der konsolidierten Vermögenslage⁵ im Detail

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 30. Juni 2017 962,0 Mrd EUR und lag damit um 15,8 Mrd EUR (+1,7%) über dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2016.

Aktivseitig gab es die größten Veränderungen bei Kassenbestand und Guthaben

Elizabeth Bachmann,
Stefan Kinschner¹

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, Elizabeth.Bachmann@oenb.at, Stefan.Kinschner@oenb.at

² Aufgrund der Abspaltung des Osteuropageschäfts einer Großbank ist dieser Geschäftsbereich nicht mehr in den Daten der Ertragslage für das 1. Halbjahr 2017 enthalten und die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten eingeschränkt. Aus diesem Grund beziehen sich die in diesem Bericht angeführten prozentuellen Veränderungen der Ertrags- und Aufwandspositionen auf eine um diese Großbank bereinigte Datenbasis.

³ Handelserfolg: Handelsergebnis und sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP, zuzüglich sonstiger realisierter Gewinne bzw. Verluste aus Finanzgeschäften.

⁴ Diese Position beinhaltet Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwerte), Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen.

⁵ Da der bereits erwähnte abgespaltene Geschäftsbereich einer Großbank sowohl per 30. Juni 2017 als auch per 31. Dezember 2016 nicht mehr in den Daten der Vermögenslage enthalten war, werden die Daten zur Vermögenslage einschließlich dieser Großbank beschrieben.

bei Zentralbanken (+17,1 Mrd EUR bzw. +25,8%), bei Krediten und Forderungen gegenüber Nichtbanken (+7,6 Mrd EUR bzw. +1,4%), Schuldverschreibungen (-5,5 Mrd EUR bzw. -3,8%) sowie Finanzderivaten (-4,3 Mrd EUR bzw. -14,9%). Passivseitig

gab es die größten Veränderungen bei Einlagen von Zentralbanken (+9,9 Mrd EUR bzw. +90,7%), bei Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+13,0 Mrd EUR bzw. +2,4%) sowie Schuldverschreibungen und anderen finanziellen Verbindlichkeiten (-7,8 Mrd EUR bzw. -5,6%).

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der österreichischen Bankkonzerne und Einzelinstitute

	1. HJ 2017	1. HJ 2016	Differenz		Differenz bereinigt ³
	in Mio EUR		absolut	in %	in %
Zinsergebnis	7.259	7.239	20	0,3	0,0
+ Provisionsergebnis	3.428	3.247	181	5,6	5,3
+ Handelserfolg ¹	469	632	-163	-25,8	-29,2
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	346	307	39	12,9	12,0
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	166	-197	363	184,2	143,7
= Betriebserträge netto	11.668	11.228	440	3,9	4,1
- Verwaltungsaufwendungen	7.039	7.264	-225	-3,1	0,9
- Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	617	823	-206	-25,0	-24,9
= Betriebsergebnis	4.012	3.141	871	27,7	17,1
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	210	376	-166	-44,3	-25,4
- Sonstige Rückstellungen ²	90	6	84	1387,7	1993,9
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-1	-29	28	96,2	112,1
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen ²	601	389	212	54,4	69,0
+ Sonstiger Saldo in Summe	8	15	-7	-48,4	-55,9
= Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	4.322	3.191	1.131	35,4	22,7
- Ertragssteuern	714	692	22	3,3	3,4
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ²	55	779	-724	-92,9	-100,0
- Minderheitenanteile ²	305	386	-81	-20,9	-8,7
= Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	3.358	2.892	466	16,1	32,4

Datenstand: 25. September 2017.

Quelle: OeNB.

¹ Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

² Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

³ Bereinigte Darstellung ohne jene Großbank, die aufgrund ihrer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (Abspaltung Teilgeschäftsbereich) zu wesentlichen Verzerrungen im Vergleich der Halbjahresergebnisse führt.

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors bis zum zweiten Quartal 2017¹

Das Geldvermögen des privaten Sektors³ in Österreich betrug im zweiten Quartal 2017 rund 1,157 Mrd EUR. Verglichen mit dem Vorjahrswert (1,100 Mrd EUR) bedeutet dies eine Steigerung von über 5%. In einem ähnlichen Ausmaß entwickelte sich die Verpflichtungsseite des privaten Sektors in Österreich. Während Ende Juni 2016 noch ausstehende Verpflichtungen in Höhe von 889 Mrd EUR verbucht wurden, steigerte sich dieser Wert in den letzten vier Quartalen um 6% auf 938 Mrd EUR. Werden die oben genannten Werte nach einer genaueren Sektoraufteilung analysiert, zeigt sich ein wichtiger ökonomischer Unterschied zwischen nichtfinanziellen Unternehmen einerseits und dem Haushaltssektor andererseits.

Private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) haben traditionell mehr Geldvermögen (Juni 2017: 651 Mrd EUR, davon private Haushalte: 638 Mrd EUR) als Verpflichtungen (Juni 2017: 185 Mrd EUR; davon private Haushalte: 181,6 Mrd EUR). Dies begründet sich damit, dass der Haushaltssektor das Geldvermögen hauptsächlich über Sparen aus dem Einkommen aufbaut und weniger über klassische Kreditfinanzierung. Der Unternehmenssektor

hingegen ist darauf angewiesen, über verschiedenste Kanäle der Kapitalbeschaffung sein Vermögen zu finanzieren. Das hat zur Folge, dass das bloße Geldvermögen der Unternehmen (Juni 2017: 506 Mrd EUR) traditionell geringer als die Verpflichtungsseite (753 Mrd EUR) ist. Die Differenz zwischen dem Geldvermögen und der Verpflichtungsseite⁴ wird beim Unternehmenssektor durch das realwirtschaftliche Vermögen ausgeglichen.

Österreichischer Haushaltssektor agiert im zweiten Quartal 2017 nach wie vor konservativ

Das verfügbare Einkommen des Haushaltssektors im zweiten Quartal 2017 betrug auf Basis kumulierter vier Quartale⁵ in Summe 204 Mrd EUR. Gegenüber dem Vorjahrsvergleichswert (196 Mrd EUR) bedeutet dies einen Zuwachs in Höhe von 4,1%. Jener Teil des Einkommens, der nicht konsumiert wird, fließt in die Ersparnisbildung und ein Großteil davon in die Investition in Finanzanlagen (Geldvermögensbildung). Sie betrug in den letzten vier Quartalen kumuliert 6,7% (Vergleichszeitraum bis Q2 2016: 6,6%). Somit flossen rund 13,7 Mrd EUR transaktionsbedingt in das Geldvermögen österreichischer Haushalte.

Stefan Wiesinger²

¹ Redaktionsschluss: 19. Oktober 2016.

² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, stefan.wiesinger@oenb.at.

³ Der private Sektor gliedert sich in nichtfinanzielle Unternehmen sowie private Haushalte einschließlich selbstständig Erwerbstätiger, Einzelunternehmer sowie privater Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, kirchliche Organisationen).

⁴ In der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung auch als Nettogeldvermögen bezeichnet.

⁵ Nachfolgende Daten in diesem Kurzbericht aus der Geldvermögensbildung sowie Finanzierung des privaten Sektors sind immer auf kumulierter Jahresbasis abgebildet.

Die beliebteste Form der Geldvermögensbildung war wie auch schon die Jahre zuvor die Erhöhung der Bank-einlagen. Mit 12,1 Mrd EUR zogen die Haushalte diese konservative Veranlagung allen anderen zur Verfügung stehenden Finanzprodukten vor. Investitionen in handelbare Wertpapiere⁶ beispielsweise lagen bis zum zweiten Quartal 2017 mit 0,4 Mrd EUR auf einem ähnlichen Niveau wie Vorsorgeprodukte⁷ (0,3 Mrd EUR). Während die Bereitschaft der Haushalte, in handelbare Wertpapiere zu investieren, über die Jahre hinweg starken Schwankungen ausgesetzt war, zeigt sich bei den Vorsorgeprodukten ein klarer Trend. Im zweiten Quartal 2014 wurden noch rund 3,7 Mrd EUR in Vorsorgeprodukte investiert, in den letzten Jahren (bis Q2 2015: 1,5 Mrd EUR; bis Q2 2016: 0,7 Mrd EUR) reduzierte sich dieser Wert sukzessive. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass österreichische Haushalte zwar konstant in kapitalgedeckte Pensionsansprüche sowie in Ansprüche gegenüber betrieblichen Vorsorgekassen investieren (bis Q2 2017: 1,2 Mrd EUR), mittlerweile jedoch in gleicher Höhe Kapital aus Lebensversicherungen abziehen (bis Q2 2017: 1,3 Mrd EUR). Vor allem das steigende Desinteresse im Bereich Lebensversicherungen war hauptverantwortlich für die schwindende Bedeutung von Vorsorgeprodukten in der Geldvermögensbildung.

Vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik der letzten Jahre erhöhte sich auch die Finanzierung des Haushaltssektors. Kumuliert über die letzten vier

Quartale nahmen Haushalte Kredite in Höhe von insgesamt 4,1 Mrd EUR auf. Verglichen mit den letzten Jahren (bis Q2 2016: 3,7 Mrd EUR; bis Q2 2015: 1,2 Mrd EUR) zeichnet sich zunehmendes Interesse ab, Kapital über klassische Kreditfinanzierung zu generieren.

Kreditfinanzierung bis zum zweiten Quartal 2017 wichtigster Kanal für Unternehmensfinanzierung

Inländische nichtfinanzielle Unternehmen veranlagten in den letzten vier Quartalen 25,0 Mrd EUR in Geldvermögen. Der Unternehmenssektor vergab Kredite im Ausmaß von 8,9 Mrd EUR, wovon die innersektorale Kreditfinanzierung⁸ mit 4,0 Mrd EUR einen beträchtlichen Teil ausmachte. Wie schon in den Jahren zuvor und ähnlich wie im Haushaltssektor war die Option, Kapital in Einlagen zu investieren, für den Unternehmenssektor sehr interessant (bis Q2 2017: 7,1 Mrd EUR). Verglichen mit dem kumulierten Vorjahrswert (bis Q2 2016: 4,9 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 45%. Österreichische Unternehmen bauten ihre ausstehenden Investments in handelbaren Wertpapieren⁹ über die letzten Jahre sukzessive ab; diese Desinvestition erreichte in den letzten vier Quartalen einen kumulierten Wert von 4,1 Mrd EUR. Demgegenüber scheint der Anreiz, in Investmentzertifikate zu investieren, weiterhin ungebrochen. Unternehmen veranlagten bis zum zweiten Quartal 2017 1,2 Mrd EUR in Investmentzertifikate. Die restlichen 11,9 Mrd EUR verteilten sich auf

⁶ Dazu zählen verzinsliche Wertpapiere (Geld- wie auch Kapitalmarktpapiere), börsennotierte Aktien und Investmentfonds.

⁷ Dazu zählen sowohl alle Arten von Lebensversicherungen als auch kapitalgedeckte Pensionsansprüche sowie Ansprüche gegenüber betrieblichen Vorsorgekassen.

⁸ Innersektorale Kreditfinanzierung bezeichnet die Finanzierung mittels Krediten innerhalb eines inländischen Sektors und bezieht sich auf konzerninterne Kredite.

⁹ Dazu zählen verzinsliche Wertpapiere sowie börsen- und nicht börsennotierte Aktien.

sonstige Anteilsrechte, insbesondere auf grenzüberschreitende Direktinvestitionen (bis Q2 2017: 7,5 Mrd EUR), Handelskredite (4,9 Mrd EUR) sowie Desinvestitionen in sonstigen Forderungen (0,5 Mrd EUR).

Der österreichische Unternehmenssektor finanzierte sich in den letzten vier Quartalen bis zum zweiten Quartal 2017 mit 22,1 Mrd EUR. Dabei dominierte wie auch schon in den Jahren zuvor die Kreditfinanzierung (15,5 Mrd EUR). Die Finanzierung über klassische Bankkredite betrug in den letzten vier Quartalen kumuliert 8,0 Mrd EUR (davon 3,4 Mrd EUR aus Krediten von ausländischen Banken). Zusätzlich finanzierte sich der österreichische Unternehmenssektor bei anderen nichtfinanziellen Unternehmen mit 6,0 Mrd EUR (davon 2,0 Mrd EUR aus dem Ausland) sowie mit 1,5 Mrd EUR bei sonstigen inländischen Kreditgebern. Während bis zum zweiten Quartal 2016 noch Kredite in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd EUR (davon 1,9 Mrd EUR von Banken) aus dem

Ausland bezogen wurden, verdoppelte sich dieser Wert auf 5,4 Mrd EUR (davon 3,4 Mrd EUR von Banken) bis zum zweiten Quartal 2017. Grund für diese Veränderung schien eine verstärkte Ausnützung günstigerer Kreditkonditionen im Ausland zu sein. Die Finanzierung mittels Handelskrediten war mit 4,7 Mrd EUR bis zum zweiten Quartal 2017 eine für inländische Unternehmen ebenfalls wichtige Finanzierungsmöglichkeit. Das seit mehreren Jahren beobachtbare schwindende Interesse an der Unternehmensfinanzierung mittels Wertpapieren setzte sich auch in den letzten vier Quartalen fort. Während sich österreichische börsennotierte Aktiengesellschaften bis zum zweiten Quartal 2017 mit 1,3 Mrd EUR in Form von Eigenkapital finanzieren konnten, gab es bei nicht börsennotierten Aktien einen Rückgang um 1,7 Mrd EUR (Vergleichswert Q2 2016: Rückgang um 0,8 Mrd EUR). Zusätzlich verkauften Gläubiger per saldo verzinsliche Wertpapiere in Höhe von 0,7 Mrd EUR.

Analysen

Executive Summaries

OeNB statistics in the ESCB – looking back and facing forward

Compiling financial statistics is a core duty of central banks: it contributes crucially to safeguarding price and financial stability. At the Oesterreichische Nationalbank, financial statistics were pooled in a single department twenty years ago. From the very start, the Statistics Department has met technical and conceptual challenges head on, and it has repeatedly set new standards for

the Eurosystem as a whole by developing promising solutions. In this contribution, we review recent developments in OeNB statistics and address new challenges and trends that face statistical departments throughout the European System of Central Banks.

Growth rate of loans to domestic nonbanks shows steady increase

Growth in lending to Austrian nonbanks increased steadily over the course of 2017, reaching an annual rate of 2.4% in August, exceeding the euro area average of 1.3%. Both households and nonfinancial corporations contributed significantly to the growth in Austrian lending, recording annual growth

rates of 3.8% and 3.6%, respectively. Deposits from nonbanks in Austria likewise showed a marked increase in volumes (+5.9%). This trend remains driven by overnight deposits, which currently account for over half of the aggregate volume of Austrian nonbank deposits.

Austria's balance of payments in the first half of 2017

Austria's current account surplus stood at EUR 3.8 billion at end-June 2017, which is one-third below the corresponding figure for a year earlier. Trade in goods again showed strong momentum, with goods exports reaching EUR 68.8 billion in the period under review, reflecting a 6.2% increase compared with the first six months of 2016. At 8.8%, goods imports grew even more strongly to reach EUR 69.2 billion, also reflecting more robust investment. Services exports went up 4.7% to EUR 28.7 billion, while services imports grew 9.2%

to EUR 22.3 billion. The investment income balance was slightly positive, reflecting the positive net international investment position of EUR 20.2 billion as at June 30, 2017. At approximately EUR 5.5 billion, net foreign assets from cross-border capital flows remained at the level seen in the same period last year. On a transactions basis, foreign investments rose by EUR 18.5 billion during the first half of 2017, up 2% from end-2016, while foreign liabilities increased by EUR 12.9 billion, or 1.6%.

70 years of Marshall Plan – ERP central bank assets reach EUR 1 billion

2017 marks the 70th anniversary of the European Recovery Program (ERP), commonly known as the Marshall Plan. The objective of the economic program was for the United States to help war-torn Europe get back on its feet. Right from the start, the OeNB has played a major part in its implementation, and to this day it has administered the ERP central bank assets, which for the first time has reached a value of EUR 1 billion. The

OeNB currently manages 493 loans granted in the industry, trade and services sectors, with outstanding loans totaling EUR 617 million. Over the past decade alone, credit operations earned EUR 116 million in income. In addition, the OeNB is represented on the ERP audit committee in a monitoring capacity and on the ERP credit committees in an advisory capacity.

Comments made by respondents to the Household Finance and Consumption Survey

The 2014 wave of the Household Finance and Consumption Survey (HFCS) collected comprehensive data on the financial situation of Austrian households. Respondents were given the opportunity at the end of their interviews to elaborate on the HFCS and related issues as well as comment on the topics and

standardized questions covered in the questionnaire. This study analyzes these comments. The opportunity to elaborate was mostly taken up by more educated and older respondents. Such comments referred in particular to inflation, pensions, health issues and the distribution of wealth.

The Austrian residential property price index: methodological enhancements in 2017

Starting from the third quarter of 2017, enhanced methods and a new underlying data set are used to draw up the Austrian residential property price index. In this study, we examine the impact of these changes. First, we compare the new method (double imputation) with the previously used dummy method. Then we analyze the effect the enhanced log-linear regression models have on generalized additive models. And, third, we

investigate the implications of switching to a more comprehensive underlying data set. This way we want to check whether we can link the old data series to the new index series in a meaningful manner. Last, but not least, we also explore whether the new models will allow a more granular regional breakdown of the index series in the future.

OeNB-Statistik im ESZB, gestern – heute – morgen

Finanzstatistik stellt eine Kernaufgabe einer Zentralbank dar und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Preis- und Finanzmarktstabilität. In der Oesterreichischen Nationalbank ist sie seit 20 Jahren in einer eigenen Hauptabteilung angesiedelt, wo sie sich von Beginn an technischen und inhaltlichen Herausforderungen stellt und für das Eurosystem

beispielhafte zukunftssträchtige Lösungen erarbeitet. Im vorliegenden Beitrag legen wir das Augenmerk auf die Entwicklungen der OeNB-Statistik im Rahmen des ESZB der letzten fünf Jahre und geben einen Ausblick auf die neuesten Entwicklungen im Bereich der ESZB-Statistiken und über die Rolle der OeNB in diesem Zusammenhang.

Kreditwachstum inländischer Nichtbanken steigt kontinuierlich

Das Wachstum von Krediten österreichischer Nichtbanken stieg im Laufe des Jahres 2017 kontinuierlich an und erreichte im August 2016 eine Jahreswachstumsrate von 2,4%. Der Euroraum-Vergleichswert lag mit 1,3% unter jenem Österreichs. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen trugen mit Jahreswachstumsraten von 3,8% bzw. 3,6% wesentlich zum Kreditwachstum

in Österreich bei. Auch auf der Einlagenseite war in Österreich eine deutliche Ausweitung der aushaftenden Volumina von Nichtbanken (+5,9%) zu erkennen. Diese Entwicklung war weiterhin von täglich fälligen Einlagen getrieben, die mittlerweile mehr als die Hälfte des gesamten Einlagenvolumens von Nichtbanken in Österreich ausmachen.

Österreichs Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2017

Der Leistungsbilanzüberschuss Österreichs betrug im ersten Halbjahr 2017 3,8 Mrd EUR und lag damit um ein Drittel unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Güterhandel entwickelte sich wie zuvor dynamisch; die Exporte stiegen in diesem Zeitraum auf 68,8 Mrd EUR und damit um 6,2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2016. Die Importe wuchsen noch deutlicher auf 69,2 Mrd EUR (8,8%), was auch auf stärkere Investitionen zurückzuführen ist. Die Dienstleistungen stiegen exportseitig um 4,7% (auf 28,7 Mrd EUR) und importseitig um 9,2% (auf 22,3 Mrd EUR). Der

Vermögenseinkommenssaldo war leicht positiv und spiegelt damit die positive Nettovermögensposition in Höhe von 20,2 Mrd EUR (Ultimo Juni 2017) wider. Der Nettoforderungsaufbau aus grenzüberschreitenden Kapitalströmen blieb mit rund 5,5 Mrd EUR im ersten Halbjahr 2017 auf dem Niveau der Vorjahresperiode. Die Auslandsveranlagungen stiegen transaktionsbedingt im ersten Halbjahr 2017 um 18,5 Mrd EUR (+2% gegenüber dem Ultimo 2016) und die Auslandsverpflichtungen um 12,9 Mrd EUR (+1,6%).

70 Jahre Marshall-Plan – ERP-Nationalbankvermögen erreicht 1 Mrd EUR

Das ERP, das „European Recovery Program“, allgemein bekannt unter Marshall-Plan, begeht im Jahr 2017 sein 70-Jahr-Bestandsjubiläum. Ziel dieses Wirtschaftsprogramms war die US-amerikanische Unterstützung beim Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Europa. Die Oesterreichische Nationalbank hatte von Beginn an eine entscheidende Rolle bei seiner Umsetzung und verwaltet bis heute das ERP-Nationalbankvermögen, das erstmals den Wert von 1 Mrd EUR erreicht. Dabei betreut die National-

bank 493 Kredite des Sektors Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen mit einem aushaftenden Kreditvolumen von insgesamt 617 Mio EUR. Alleine in den letzten zehn Jahren wurden durch das Kreditgeschäft 116 Mio EUR an Erträgen erwirtschaftet. Die OeNB ist zudem in überwachender Funktion im ERP-Prüfungsbeirat und in beratender Funktion in den ERP-Kreditkommissionen vertreten.

Kommentare von Respondenten des Household Finance and Consumption Survey zur Befragung

Im Zuge der Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (Household Finance and Consumption Survey, HFCS) in Österreich 2014 wurden Haushalte umfassend zu ihrer finanziellen Situation befragt. Am Ende des Interviews konnten die Befragten – über die standardisierte Fragebogenbeantwortung hinausgehend – Aussagen über den HFCS und damit zusammen-

hängende Themen tätigen. Diese Kommentare werden in der vorliegenden Studie analysiert. Insbesondere ältere und höher gebildete Respondenten nutzten die Möglichkeit, sich zu äußern. Bevorzugte Themen waren in diesem Zusammenhang Inflation, Pensionen, Gesundheit und Vermögensverteilung.

Der österreichische Wohnimmobilienpreisindex: Methodische Verfeinerung 2017

Der österreichische Wohnimmobilienpreisindex wird mit dem dritten Quartal 2017 methodisch verfeinert und auf eine neue Datenbasis umgestellt. In diesem Beitrag werden die Auswirkungen dieser Änderung in mehrfacher Hinsicht überprüft: Zunächst wird die Doppel-Imputationsmethode mit der bisher verwendeten Dummy-Methode verglichen, danach der Effekt der Verfeinerung der Modelle von log-linearen Regressions-

modellen auf Generalisierte Additive Modelle und zuletzt die Auswirkung der Umstellung auf eine umfassendere Datenbasis analysiert. Damit soll untersucht werden, ob die Verknüpfung der bisherigen Datenreihen mit den neuen Indexreihen möglich und sinnvoll ist. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob die gezeigten Modelle künftig für eine stärkere Regionalisierung der Indexreihen Anwendung finden können.

Executive Summaries

Expansive developments on the Austrian credit market continue

Against the background of the general economic upturn, demand for loans to enterprises rose further in the third quarter of 2017. This is in line with a pronounced trend seen since the fourth quarter of 2016, which has been particularly noticeable for long-term loans. Households' demand for home loans likewise went up in the third quarter of 2017. Banks narrowed their margins on average-risk corporate and home loans in the third quarter of 2017. This trend has been noticeable since mid-2016 for loans to enterprises. Results of surveys on Austrian banks' access to refinancing have improved since

mid-2016. In the third quarter of 2017 improvements were particularly evident in refinancing through the issuance of medium- to long-term bonds. According to the survey participants, the Eurosystem's expanded asset purchase programme (APP) has benefited their market financing conditions and depressed their profitability, due to a decline in net interest margins. The banks largely used the additional liquidity generated by the APP, through increased customer deposits, for refinancing, but also for lending.

Übersicht

Weiterhin expansive Entwicklungen auf dem österreichischen Kreditmarkt

Vor dem Hintergrund des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs stieg im dritten Quartal 2017 auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten weiter an und bestätigte einen seit dem vierten Quartal 2016 deutlich ausgeprägten Trend. Am stärksten zeigte sich diese Entwicklung bei den langfristigen Unternehmenskrediten. Private Haushalte fragten im dritten Quartal 2017 vermehrt Wohnbaukredite nach. Die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmens- und Wohnbaukredite wurden im dritten Quartal 2017 weiter gelockert (Trend seit Mitte 2016 bei Unternehmenskrediten). Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen sind in den Umfrageergebnissen seit Mitte 2016

Verbesserungen zu erkennen – im dritten Quartal 2017 vor allem bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen. Die Umfrageteilnehmer schreiben dem Ankaufprogramm des Eurosystems eine Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen und eine Belastung ihrer Ertragslage (gesunkene Nettozinssmargen) zu. Durch das Programm zur Verfügung stehende zusätzliche Liquidität (aufgrund gesteigener Einlagen) wurde vor allem für Refinanzierungszwecke verwendet – aber auch für die Kreditvergabe. Der negative Einlagenzinssatz äußert sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch in einer Belastung der Zinserträge der Banken.

OeNB-Statistik im ESZB, gestern – heute – morgen

Aurel Schubert¹,
Johannes Turner²

Finanzstatistik stellt eine Kernaufgabe einer Zentralbank dar und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Preis- und Finanzmarktstabilität. In der Oesterreichischen Nationalbank ist sie seit 20 Jahren in einer eigenen Hauptabteilung angesiedelt, wo sie sich von Beginn an technischen und inhaltlichen Herausforderungen stellt und für das Eurosystem beispielhafte zukunftssträchtige Lösungen erarbeitet. Im vorliegenden Beitrag legen wir das Augenmerk auf die Entwicklungen der OeNB-Statistik im Rahmen des ESZB der letzten fünf Jahre und geben einen Ausblick auf die neuesten Entwicklungen im Bereich der ESZB-Statistiken und über die Rolle der OeNB in diesem Zusammenhang.

Im Jahr 1997 wurden die Außenwirtschaftsstatistik (Zahlungsbilanzabteilung) und die Bankenstatistik in der OeNB-Hauptabteilung Statistik zusammengefasst. Ziel war, angesichts der damals neuen Datenanforderungen des in Entstehung befindlichen Eurosystems bestmöglich gerüstet zu sein. 2008 wurde die ehemalige Kreditabteilung – mit den Bereichen Großkreditevidenz, Entwicklung, Betrieb und Validierung statistischer Modelle sowie Erstellung von Bonitätsurteilen und Sekundärstatistiken auf Basis von Jahresabschlüssen – in die „Statistik“ eingegliedert. 2012 wurde die bis heute bestehende Aufbauorganisation gemäß den Vorgaben der neuen Strategie (Neuorientierung in Richtung Integration von Daten und Prozessen) eingeführt. Die Hauptabteilung besteht jetzt, dem Prinzip „One-Stop-Shop“ für Kunden und Melder folgend, aus einer zentralen Datenerhebungs- und zwei Interpretationsabteilungen. Durch eine optimale Zusammenführung der Aufgaben wurden neben inhaltlichen Verbesserungen hinsichtlich der Vernetzung und breiteren Nutzung von Informationen („Multi-Use of Data“) auch die Prozesse gestrafft und Synergien genutzt.

Grundsätzlich obliegt der Hauptabteilung Statistik die Erhebung und Verarbeitung von finanzstatistischen Daten,

die Erstellung zahlreicher darauf aufbauenden Statistikprodukte und die Veröffentlichung entsprechender Daten. Unseren Kunden stellen wir aussagekräftige Finanzdaten als Entscheidungsgrundlage für die Sicherung von Preis- und Finanzmarktstabilität sowie für die allgemeine Wirtschaftspolitik in leicht abrufbarer Form zur Verfügung. Schließlich muss eine verantwortungsvolle Politik auf verlässlichen Informationen aufbauen können. Diese Daten dienen zudem nicht nur als Entscheidungsgrundlage, sondern auch dem Zweck, die getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar und die Auswirkungen transparent zu machen.

Die letzten 20 Jahre waren geprägt von technischen und inhaltlichen Neuerungen, einer Vervielfachung des zu bearbeitenden und zu interpretierenden Datenvolumens, höheren Anforderungen an die Datenqualität sowie einem anhaltenden Druck, so ressourcensparend wie möglich vorzugehen. Da hochqualitative, nach internationalen Standards erstellte Statistiken auch als Visitenkarte einer Volkswirtschaft gelten, mussten einerseits die notwendigen Ressourcen für verlässliche und qualitätsgeprüfte Statistiken zur Verfügung gestellt werden. Andererseits führte der berechnete Anspruch der Öffentlichkeit auf bestmögliche Ressourcennutzung bei der

¹ Europäische Zentralbank, Generaldirektion Statistik, aurel.schubert@ecb.europa.eu

² Oesterreichische Nationalbank, Hauptabteilung Statistik, johannes.turner@oenb.at

Sammlung und Erstellung von statistischen Daten zu systematischen Kosten-Nutzen-Überlegungen. Wesentliche Effizienzsteigerungen konnten durch Maßnahmen wie den Umstieg auf elektronische Meldungen, Schwellenwerterhöhungen im Bereich von Meldegrenzen, Vermeidung von Doppelerhebungen, insbesondere aber durch das neue Datenmodell für Bankmeldungen³ erreicht werden.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit der OeNB-Statistik liefern auf nationaler Ebene vor allem das Bankwesengesetz, das Nationalbankgesetz und das Devisengesetz sowie auf europäischer Ebene die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR), die technischen Standards der Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA) sowie die Verordnungen der Europäischen Zentralbank und Eurostat.

Highlights der letzten fünf Jahre

Im Jubiläumsbeitrag „15 Jahre Kompetenzzentrum für Finanzstatistik – Mehr als nur Daten“ wurde in der Ausgabe Q4/12 der gegenständlichen Publikationsreihe Statistiken Daten & Analysen bereits auf die verschiedenen Statistikfelder und ihre Historie in Monetärstatistik, Aufsichtsstatistik und Außenwirtschaftsstatistik eingegangen. Die Entwicklungen der letzten fünf Jahre und die wesentlichen Highlights im Bereich OeNB-Statistik im Rahmen des ESZB stehen im Fokus des vorliegenden Beitrags, gefolgt von einem Ausblick auf die neuesten Entwicklungen der ESZB-Statistiken und die Rolle der OeNB.

Öffentlichkeitsarbeit

Auch nach besten wissenschaftlichen Kriterien erstellte Daten „sprechen nicht für sich“, das heißt, sie müssen entsprechend kommuniziert und interpretiert werden, damit sie auch richtig verstanden und damit auch angenommen werden. Oder wie Walter Radermacher (Generaldirektor von Eurostat) es einmal ausdrückte, „den Kunden von Statistiken muss auch ein Gefühl für die Zahlen mitgegeben werden“. Darin liegt ein wichtiger Aspekt der Verantwortung der OeNB in ihrer Rolle als Statistik-Produzent.

Mit der Gründung der Hauptabteilung Statistik wurde auch der Erwartungshaltung der Öffentlichkeit an Notenbankstatistiken entsprochen: Aus dem öffentlichen Amt, das vorwiegend als interne Informationsdrehscheibe für Geldpolitik, Bankenaufsicht und andere wirtschaftspolitische Aufgaben fungierte, wurde ein moderner, flexibler Dienstleister, der die Öffentlichkeit mit wichtigen Wirtschaftsinformationen versorgt und Statistik als öffentliches Gut sieht.

Aufgrund des einschlägigen Informationsbedarfs seitens der Öffentlichkeit und der Presse kam der Öffentlichkeitsarbeit im Lauf der Zeit ein immer größerer Stellenwert zu. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in zahlreichen Pressekonferenzen und -aussendungen wider. Aktuell wurde das Setting von Pressekonferenzen insofern noch attraktiver gemacht, als statt herkömmlicher PowerPoint-Präsentationen spezielle Präsentationstools verwendet werden, die eine High-end-Visualisierung (z. B. mit erweiterten Animations- und Zoomeffekten) sowie eine freie Wahl von Grafiktypen und Designs bieten. Zudem wurden

³ Siehe auch Abschnitt „Neues Datenmodell und neue Systeme“ in diesem Artikel.

Frontalpräsentationen durch neue dynamische Präsentationsmethoden ersetzt, eine Neuerung, die positives Feedback im Auditorium sowie hervorragende Medienresonanz erhielt.

Die im Jahr 2001 eingerichtete Statistik-Hotline, zentrale Anlaufstelle für Anfragen zum finanzwirtschaftlichen Statistikangebot der OeNB,⁴ ist mittlerweile zur zentralen Drehscheibe für finanzstatistische Anfragen in Österreich geworden.

Das auf der OeNB-Website abrufbare Angebot im Bereich statistischer Informationen wird sowohl im Umfang laufend ausgeweitet als auch in der Benutzerfreundlichkeit weiter verbessert. So sollen noch in diesem Jahr zusätzlich zu den jeweiligen Internet-Tabellen dynamische Grafiken angeboten werden. Weiters initiierte die OeNB vor knapp fünf Jahren die europaweit erste App für Smartphones zu Finanzstatistiken. Seitdem können OeNB-Statistiken von der Öffentlichkeit gratis mobil genutzt werden.

Zur Erhöhung der Transparenz in der OeNB wird in den kommenden Monaten ein zusätzlicher Kommunikationskanal geöffnet. Mit der Veröffentlichung von Open-Government-Data (OGD) folgt die OeNB dem Trend, neben den bereits auf der Website vorhandenen Informationen veröffentlichte Daten zur direkten Weiterverarbeitung bekannter zu machen. Genutzt wird dazu der OGD-Katalog des Österreichischen Bundesrechenzentrums, der als zentrales Register für Daten der Österreichischen Verwaltung und als Single-Point-of-Contact zum Europäischen Datenportal zur Verfügung steht. Die Zielgruppe umfasst in erster Linie jene Entwickelnden, Forschenden und journalistisch Tätigen, die daran inter-

essiert sind, Daten technisch weiterzuverarbeiten.

Eine wichtiges Produkt für viele Meinungsbildner in Österreich stellt die Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ dar, das als Reaktion auf die Äußerungen von Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman ins Leben gerufen wurde, als er Anfang 2009 behauptete, dass Österreich der nächste Staat sei, der nach Island in die Pleite schlittern könnte. Damals konnten die Daten der OeNB die Äußerungen widerlegen und zeigen, dass Statistik mehr sein kann als nur einige Datenbanken. Insbesondere bei internationalen Treffen wird diese Publikation gerne vom OeNB-Management zur Unterstützung seiner Botschaften genutzt.

Im Rahmen der Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP) der EU, einem 2011 eingeführten Mechanismus zur Beobachtung und Vorbeugung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten, steuert die Statistik einige wichtige Indikatoren für Österreich bei (z. B. Leistungsbilanzsaldo Nettoauslandsvermögensposition, Verschuldung bzw. Kreditaufnahmen des privaten Sektors). Auch hier steigen die Qualitätsansprüche zunehmend, wie etwa im Bereich der regelmäßigen Qualitätsreviews der EU.

Die Quartalspublikation „Statistiken – Daten & Analysen“, die detaillierte Analysen sowie Kurzberichte zu aktuellen finanzstatistischen Entwicklungen und ein Kennzahlen-Set anbietet, erscheint seit 2016, wie sämtliche anderen OeNB-Publikationen auch (OeNB-Geschäftsbericht ausgenommen), nur noch in elektronischer Form. Die vier Quartalsausgaben sind über die OeNB-Website abzurufen; interessierte Leser können sich per E-Mail über Neuerscheinungen informieren lassen.

⁴ Erreichbar unter der Telefonnummer +43 1 40420-5555 oder statistik.hotline@oebn.at

Österreich tritt dem IWF-Datenstandard SDDS Plus bei

Die Selbstverpflichtung zur Einhaltung strenger statistischer Erstellungs- und Veröffentlichungskriterien stellt gewissermaßen die Visitenkarte eines Landes für die an Wirtschaftsdaten interessierte Öffentlichkeit dar. Zusätzlich zu den schon geltenden Vorgaben des Special Data Dissemination Standard des IWF, dem Österreich bereits 1996 beitrug, verpflichtete sich Österreich am 10. Jänner 2017 mit dem Beitritt zum SDDS Plus freiwillig zur Einhaltung der derzeit höchsten international akkreditierten Qualitätsstandards bei der Erstellung öffentlicher Wirtschafts- und Finanzstatistiken. Zusätzlich zum SDDS-Standard fordert der SDDS Plus umfangreiche Datenlieferungen in neun weiteren Kategorien wie etwa Indikatoren zur Stabilität des österreichischen Finanzsektors oder Informationen zu grenzüberschreitenden Finanztransaktionen. Die neuen Indikatoren betreffen sowohl real- als auch finanzwirtschaftliche Statistiken und richten sich an eine Reihe österreichischer Statistikersteller, die ihre Meldungen nun unter der Koordination der OeNB verbindlich an den IWF zu melden haben. Weltweit befindet sich Österreich unter bislang nur vierzehn Ländern, die die strengen Vorgaben des IWF erfüllen können. Der Beitritt zum SDDS Plus dokumentiert den hohen Entwicklungsgrad und die Transparenz des statistischen Systems, woraus ein wertvoller Beitrag für die Attraktivität eines Wirtschafts- und Finanzplatzes resultiert.

ESVG 2010-Umstellung

Die Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) hatte

ab 2014 weitreichende Auswirkungen auf die Darstellung der finanziellen Vermögenswerte bzw. der Verpflichtungen in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR).⁵ Beteiligungsgesellschaften sowie Privatstiftungen wurden von den „Nichtfinanziellen Unternehmen“ bzw. „Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ zum Finanzsektor umgeschichtet. Zum anderen führte die Reklassifikation von öffentlich kontrollierten Unternehmen in den Sektor Staat zu einer Verringerung des Finanzvermögens und der Verbindlichkeiten der Unternehmen sowie der sonstigen Finanzinstitute. Darüber hinaus wurden direkte Leistungszusagen in Form von betrieblichen Pensionsrückstellungen von Unternehmen, Banken und Versicherungen den neuen Vorgaben gemäß als zusätzliches Finanzvermögen der Haushalte dargestellt.

Sechstes Zahlungsbilanzhandbuch des IWF

Seit Juni 2014 veröffentlicht die OeNB die Zahlungsbilanzstatistik nach dem neuen internationalen Standard des IWF (6. Zahlungsbilanzhandbuch; Balance of Payments Manual 6, BPM6). Die Neukonzeptionierung trug vor allem den realwirtschaftlichen Gegebenheiten internationalisierter Produktion Rechnung. Durch die Klassifikation ausgelagerter Fertigungsschritte als Dienstleistung stieg die Qualität der Zahlungsbilanz als Basis der Berechnung internationaler Wertschöpfungsketten. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis werden jene Waren, die zur Weiterverarbeitung aus- und wiedereingeführt werden (Lohnveredelung), aus der Güterbilanz exkludiert. Die dafür anfallende Gebühr wird als Dienstleistung klassifiziert. Umgekehrt wird

⁵ Siehe auch „Auswirkungen der ESGV 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung“ in *Statistiken Daten & Analysen Q4/14*.

der Transithandel vom Dienstleistungszum Güterhandel verschoben. Gemäß dem Ziel, jene Warenströme zu erfassen, bei denen tatsächlich ein Eigentumsübertritt zugrunde liegt, werden zudem Exporte und Importe um Transaktionen nicht gebietsansässiger Unternehmen bereinigt, andererseits um jene Warenströme ergänzt, die nicht die österreichische Grenze passieren, sondern im Zuge internationaler Produktionsketten über Drittstaaten bezogen oder veräußert werden.

Neuerungen in der Monetärstatistik

Auch seitens der EZB wurden Änderungen im Meldewesen angestoßen. Anfang des Jahres 2015 wurde die von der EZB vorgegebene Aktualisierung von Verordnungen zahlreicher EZB-Statistiken (Monetärstatistik, Zinssatzstatistik, Statistik finanzieller Mantelkapitalgesellschaften, Geldmarktfondsstatistik, Zahlungsverkehrsstatistik und Investmentfondsstatistik) umgesetzt, wodurch sich die Datenbasis wesentlich verbesserte. Diese hatten die Anpassung an das ESVG 2010, aber auch neu umzusetzende Anforderungen der EZB zum Inhalt. So sind nun z. B. neben einer detaillierteren Sektorenunterteilung in der EZB-Monetärstatistik auch Informationen über konzerninterne Bestände bzw. detailliertere Informationen über Kreditverbriefungs- bzw. Kreditübertragungsaktivitäten verfügbar. Zusätzlich beschloss die EZB im Juni 2014, gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren anzubieten (sogenannte Targeted Longer-Term Refinancing Operations; kurz TLTROs), die an die Bedingung geknüpft sind, dass die dadurch erworbenen Mittel für die Kreditvergabe an den Privatsektor verwendet werden. Für

die teilnehmenden Banken resultierte daraus eine vierteljährliche Meldepflicht bis zum Ende des Refinanzierungsprogramms im Jahr 2018.

Einführung von Basel III, ITS und SSM

Die erfolgreich umgesetzte Einführung von Basel III und den darauf basierenden Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting der EBA erforderte eine Anpassung sämtlicher darauf aufbauenden Analysen, Auswertungen und Sekundärstatistiken. Es wurden die neuen Inhalte für die Aufsicht aufbereitet, die Erhebung der konsolidierten Bankdaten der EZB ausgeweitet und begonnen, Daten zu europaweit standardisierten Meldungen von Eigenmitteln (Common Reporting – COREP) sowie IFRS-Bilanzen (Financial Reporting – FINREP) an die EZB zu übermitteln. Ebenso wurden Meldungen an die BIZ um neue Inhalte ergänzt.

Die OeNB agiert innerhalb des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus SSM (Single Supervisory Mechanism) für Österreich als zentrale Meldestelle aller aufsichtlichen Meldeerfordernisse und übernimmt dabei im Rahmen des sogenannten „Sequential Approach“ eine erste, intensive Qualitätssicherung der Daten, bevor diese an die EZB (bzw. in weiterer Folge an die EBA) weitergeleitet werden.

Erfolgreicher Betrieb und weitere Ausweitung von CoCAS

Gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank entwickelte die OeNB in den letzten fünf Jahren ein Common Credit Assessment System (CoCAS). Dieses System wird von Notenbanken im Rahmen ihrer sogenannten Inhouse-Credit-Assessment-Systeme zur Beurteilung der Bonität nichtfinanzieller Unternehmen im Rahmen der Umset-

zung der Geldpolitik verwendet. Gemäß CoCAS-Vertragswerk sind Bundesbank und OeNB gleichberechtigte Partner, wobei der technische Betrieb durch die Bundesbank und die Modellentwicklung durch die OeNB erfolgt. Bislang konnten die Zentralbanken Spaniens, Belgiens und seit März 2015 auch Portugals als CoCAS-Nutzer gewonnen werden. Diese gelten die in der OeNB entstehenden Kosten vollständig ab. CoCAS sorgt für eine weitere Harmonisierung der Analyselandschaft im Eurosystem und ist sowohl aus Kostengründen als auch aus strategischen Überlegungen von entscheidender Bedeutung für die OeNB.

Neue Versicherungsstatistik basierend auf Solvency II

Nach umfangreichen Vorbereitungen wurde 2016 erstmals eine euroraumweit harmonisierte statistische Meldung von Versicherungsgesellschaften erhoben. Die OeNB konnte auf nationaler Ebene mit dem Versicherungsverband und der Finanzmarktaufsichtsbehörde eine Einigung über die gemeinsame Nutzung von Solvency II-Daten (Vorgaben der Europäischen Kommission betreffend die Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen) erzielen, die zu Synergien bei der Meldungserhebung führten.

Neues Datenmodell und neue Systeme

Im Zuge der Neukonzeption der IT-Systeme in der Statistik wurde beschlossen, das zugrunde liegende Datenmodell für meldepflichtige Banken neu zu gestalten, um in Zukunft bei steigenden Datenanforderungen flexibler und kostengünstiger reagieren bzw. eine möglichst hohe Konsistenz zwischen allen Endprodukten gewährleisten zu können. Darüber hinaus sollen auch bei den Banken selbst Daten für das interne

Reporting und solche für Meldungen an die OeNB aus demselben System kommen.

Dieses neue Datenmodell, das ab 2012 entwickelt wurde, zielt darauf ab, dass aus den Basissystemen der Banken einheitliche, hoch verflochtene Datenwürfel (sogenannte Cubes) auf Basis von Mikrodaten einzelner Geschäftsfälle erstellt werden können. Die Harmonisierung der Definitionen erhöht zukünftig die Konsistenz der Meldungen. Auf Basis der granularen „Basic-Cubes“ der Banken werden von diesen nach Selektion bzw. Aggregation der Daten die Meldungen (Smart-Cubes) an die OeNB generiert. Smart-Cubes gibt es etwa zu Wertpapieren, Krediten, Einlagen und Sachkonten. Diese Daten werden in der OeNB zu Sekundärstatistiken übergeleitet, die nach den Wünschen der Endkunden (Bankenaufsicht, EZB, IWF, EBA etc.) aufgebaut sind. Einzelne Erhebungen, die nicht im Rahmen der Cubes abgedeckt werden können, bleiben im Rahmen des OeNB-Meldewesens bestehen. Der Vorteil dieser neuen Herangehensweise besteht neben präziseren Definitionen vor allem in der Redundanzvermeidung und hilft somit, die Belastungen aus dem Meldewesen für die Banken in Grenzen zu halten.

Im Oktober 2014 wurde erstmals eine neue vieldimensionale Statistik-Erhebung (in Form von sogenannten Zahlungsverkehrsstatistik-Cubes) im neuen Meldesystem verarbeitet und in weiterer Folge im neu geschaffenen Data-Warehouse auswertbar gemacht. Die Neuimplementierung dieser Statistik wurde auch als Pilot für die technische Einführung der Smart-Cubes genutzt. Gleichzeitig dient die neue Meldung als angewandtes Modell für das Konzept der mehrfachen Nutzung einer Datenquelle, da auf die Daten sowohl die Zahlungssystemaufsicht als auch die

Monetär- und die Außenwirtschaftsstatistik zugreifen.

2015 lieferten die Melder erstmals die Wertpapiermeldung über den sogenannten Wertpapier-Cube sowie die neue mehrdimensionale Kreditmeldung über den Kredit-Cube. 2016 folgte der Einlagen- und Sachkonten-Cube, sowie die „FinRep solo“-Meldung. Damit konnte die EZB-Monetärstatistik erstmals produktiv aus den Cubes generiert werden. Die OeNB beschritt damit den Weg einer zukunftssicheren Lösung, die auch im Eurosystem beispielhaft ist.

Die Zusammenarbeit der OeNB mit den Meldern, äußerst wichtig in Zeiten von zunehmend komplexen und detaillierten Datenanforderungen, wurde ebenfalls neu ausgerichtet. Grundsätzlich erfolgte diese Koordination seit Bestehen der statistischen Meldepflichtungen im Rahmen von Jour Fixes mit verschiedenen Meldergruppen. Seit 2013 erfolgt die strategische und inhaltliche Zusammenarbeit mit den Banken zentral im Rahmen eines sogenannten „Standing Committee“ (SCom), das sich als Forum erfolgreich etablierte und ein gemeinsames Verständnis zwischen Meldern und OeNB über viele konzeptionelle und technische Fragestellungen des Meldewesens erreichen konnte.

Ausblick: Zentralbankstatistik setzt auf granulare Daten

Um die evidenzbasierte Entscheidungsfindung zur Umsetzung der Geldpolitik und zur Wahrung der Finanzstabilität bestmöglich zu unterstützen, muss der Detailgrad der Datenerhebungen für die ESZB-Statistiken beständig verfeinert und erweitert werden. So sind zuletzt auch die Anforderungen an die Datengranularität auf Länder- und Sektorebene sowie auf der Ebene der Finanzinstrumente gestiegen. Im Sinne einer zukunftssicheren Statistik müssen derartige Mikrodaten – in der Regel be-

treffen sie Wertpapiere, Kredite und Transaktionen, aber auch Preise und Risikoindikatoren – künftig mit den Anforderungen mitwachsen.

Dies impliziert, dass die Statistik anstelle der heute üblichen Euroraum-Aggregate, die ihrerseits auf nationalen Aggregaten beruhen, Mikrodaten einsetzt. Letztere werden direkt von den meldepflichtigen Instituten an die NZBen gemeldet und von diesen validiert. Ein solcher Umstieg würde bedeuten, dass sich Analysen und Briefingunterlagen auf Daten stützen (können), die der Heterogenität in den Euroländern Rechnung tragen. Ebenso würde sich die Auswahl von Variablen viel flexibler gestalten. Auch aktuelle und künftige statistische Anforderungen könnten erfüllt werden, ohne dass Daten zurückgerechnet oder neu erhoben werden müssen. Auch die Berichtspflichtigen profitieren davon, denn sie sparen bei Ressourcen und Kosten. Daten werden nur einmal von ihnen abgefragt, können aber in unterschiedlichen Bereichen – z. B. der makro- und mikroprudenzialen Aufsicht oder der Geldpolitik – als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Außerdem müssen dann von den Berichtspflichtigen keine Aggregate mehr erstellt werden.

Ein erhöhtes Volumen an Mikrodaten erfordert in weiterer Folge beträchtliche Anpassungen in der Erhebung, Validierung, Berechnung und Veröffentlichung statistischer Daten. Die Datenerhebungsmethodik muss weiter standardisiert werden, damit große Datenmengen automatisch erfasst werden können. Gleichzeitig muss die Meldebelastung der Berichtspflichtigen begrenzt werden. Es wäre naheliegend, dass angesichts des gewaltigen Datenvolumens und der Komplexität der zu verarbeitenden Daten auch die IT-Infrastruktur entsprechend anzupassen ist. Zur Erfassung von Wechselbeziehungen („from whom to whom“)

und Vermeidung von Mehrfachmeldungen wird darüber hinaus eine Integration von Daten betreffend Einheiten, Produkten und Transaktionen erforderlich sein.

Enorme Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der internationalen Standardisierung zu, etwa was die internationalen Kennziffern für eine globale Dateninfrastruktur betrifft, darunter die Umsetzung der von der G-20 initiierten Rechtsträgerkennung (Legal Entity Identifier – LEI) sowie einer eindeutigen Transaktionskennung (Unique Transaction Identifier – UTI) und einer eindeutigen Produktkennung (Unique Product Identifier – UPI). Die EZB und das gesamte ESZB tragen wesentlich zu dieser internationalen Harmonisierungsarbeit bei.

Die Verwaltung der Zugriffsrechte stellt bei granularen Datensätzen in punkto Vertraulichkeit eine besondere Herausforderung dar. ESZB-weit sind Instrumente für Mikrodatenbanken zu implementieren, die sicherstellen, dass jeweils nur jene Personen, die die Daten zur Arbeit benötigen, zugangsberechtigt sind, jedoch lediglich in dem zwingend erforderlichen Maße und Detaillierungsgrad und unter Einhaltung strenger Datenschutzbestimmungen. Solche Informationen werden im Rahmen rechtlich verpflichtender Prüfungen abgefragt; dabei wird überprüft, wer zur Einsicht welcher Daten berechtigt ist. Der Schutz vertraulicher Mikrodaten ist besonders sensibel: Eine unautorisierte Veröffentlichung könnte einzelnen Berichtspflichtigen Schaden zufügen, zu Marktverzerrungen führen und letztendlich die Glaubwürdigkeit des ESZB untergraben.

Verstärkung der Zusammenarbeit

Zur Verwirklichung ihrer Idee eines integrierten Ansatzes zur Erhebung, Speicherung und Dokumentation von

Statistiken werden die EZB und die NZBen noch intensiver zusammenarbeiten. Ein wichtiger Wegbereiter sind harmonisierte Meldeverpflichtungen (Stichwort „European Reporting Framework – ERF“).

Die Entwicklung einer Langzeitperspektive für die Erhebung von Bankdaten soll aus Sicht des ESZB dazu beitragen, dass sich der Meldeaufwand dank Standardisierung und Integration der in den einzelnen Euroländern bestehenden Meldeverpflichtungen und möglichst auch zwischen unterschiedlichen Statistikbereichen verringert. Herzstück dieser Strategie ist das ERF. Hier sollen sämtliche Datenanforderungen an Banken in Europa gebündelt und somit Datenintegration und -konsistenz über Länder- und Fachgrenzen hinweg gewährleistet werden. Im Speziellen würde das ERF für Banken ein einheitliches Meldeschema bieten, das längerfristig die nationalen Meldeanforderungen ablöst und vorerst die für die makroökonomische Analyse, später eventuell auch die für aufsichtliche Zwecke erforderlichen Daten erhebt. Dazu gehören auch einheitlich festgelegte Transformationsregeln zur Erstellung von daraus abgeleiteten Statistiken. Die Erfüllung der Meldeverpflichtungen soll vereinfacht und das mehrfache Einmelden von Daten vermieden werden. Ein weiterer Pluspunkt ist die länderübergreifende Harmonisierung und Standardisierung.

Ergänzt wird das ERF durch ein Datenmodell – Banks' Integrated Reporting Dictionary (BIRD) – das anhand einheitlich definierter Datenelemente dafür sorgt, dass die Berichtspflichtigen das Datenmanagement in ihren eigenen Systemen optimieren, wodurch sie ihre Meldeverpflichtungen besser erfüllen können.

Das Rückgrat des Gesamtkonzepts bildet das Verzeichnis der Institute und

verbundener Unternehmen (Register of Institutions and Affiliates – RIAD). Der Schwerpunkt dieser Datenbank, deren Daten von den einzelnen ESZB-Mitgliedern stammen, liegt vorerst – wenn auch nicht zur Gänze – auf finanziellen Einheiten. RIAD könnte aber auch einer eindeutigen Identifizierung institutioneller Einheiten in anderen Datenbanken dienen, wie beispielsweise AnaCredit, SHS (Securities Holdings Statistics) für Wertpapierbestände oder die zentralisierte Wertpapierdatenbank CSDB (Centralised Securities Database). Daher werden künftig auch alle Registerinformationen über die kreditnehmenden Unternehmen aus dem AnaCredit-System in RIAD gespeichert werden. Derzeit enthält die auf einem umfassenden Datenmodell basierende RIAD-Datenbank Referenzdaten zu rund 110.000 Organisationseinheiten, eine Zahl, die in Kürze auf mehrere Millionen ansteigen wird. Zugang zu allen verfügbaren Daten besteht über die NZBen. In Einklang mit den rechtlichen Vorgaben liefern allein die Statistikbereiche der NZBen die „Pflichtangaben“ zu einzelnen Finanzinstituten.

Dank Datenintegration erhöht sich die Aussagekraft bereits erhobener Datenbestände mit dem Effekt, dass es zu weniger zusätzlichen Meldepflichtungen kommt. Durch die Erarbeitung einer gemeinsamen Sprache für alle gemeldeten Daten, eines Single Data Dictionary (SDD), soll das Fundament dieses gesamtheitlichen Ansatzes geschaffen werden. Neben einheitlichen Definitionen enthält das SDD auch eine spezielle Methodik zur Verwaltung der statistischen Informationen. Anders ausgedrückt: Das SDD ist das Begriffssystem, auf dem das Informationssystem basiert und anhand dessen Nutzer, Administratoren und häufig auch Anwendungen das Informationssystem erschließen können.

„Big-Data-Erfahrungen“ mit AnaCredit

Das AnaCredit-Projekt führt bereits eindrucksvoll vor Augen, womit sich die Statistikbereiche im ESZB in den kommenden Jahren zunehmend beschäftigen werden. Bei AnaCredit handelt es sich um eine große supranationale Datenbank, in der über alle Euroländer hinweg harmonisierte Mikrodaten zu Krediten und Kreditrisiken erfasst werden. Der AnaCredit-Datensatz wird – hauptsächlich mit monatlicher Frequenz – über Einzelkredite an Unternehmen und andere juristische Personen informieren, zumindest jedoch über Kredite, die von Banken im Euroraum und deren ausländischen Niederlassungen vergeben werden. AnaCredit kommt somit einem globalen Kreditregister gleich, das darauf abzielt, das Risikomanagement auf Firmen- und Systemebene zu verbessern. Damit trägt es dazu bei, die internationale Finanzarchitektur widerstandsfähiger zu machen.

Eine Kreditdatenbank mit – monatlich oder quartalsmäßig – mehreren Millionen Daten in sehr hoher Granularität ist für viele Zentralbanken einigermaßen Neuland. Die politischen Entscheidungsträger im Euroraum erhalten damit die Möglichkeit, ihre Entscheidungen anhand äußerst detaillierter, aktueller, exakter und harmonisierter Kredit(risiko)daten zu treffen. Dank der hohen Datengranularität – man denke nur an die Heterogenität und Marktfragmentierung – sollte es einfacher werden, zugrunde liegende sektorale, regionale oder ähnlich fokussierte Entwicklungen zu erkennen und zu interpretieren. Letztlich sollte AnaCredit ein vollständiges Bild über Kredite vermitteln.

Ermöglicht wird dies durch die Erhebung von beinahe 100 Attributen zu den verschiedensten Aspekten des Kreditengagements. Diese Informationen

sind in mehreren Tabellen angeordnet, die über das sogenannte Instrument – das Kernstück des Datenmodells – miteinander verknüpft sind.

Für die erforderliche nationale Flexibilität und Nutzung von Synergien mit bestehenden Kreditregistern sorgt der dezentrale Ansatz: Die NZBen erheben die Informationen von den berichtspflichtigen Instituten und übermitteln diese an die EZB.

Ersten Schätzungen zufolge sollen auf diese Weise pro Monat Informationen zu etwa 100 Millionen Krediten erhoben werden, vergeben von rund 5.000 Kreditinstituten an mehr als 15 Millionen Geschäftspartner. Das sind fast schon Big-Data-Dimensionen, wobei ein solcher Vergleich nur teilweise berechtigt ist, denn mit Big Data werden landläufig unstrukturierte Daten bezeichnet. Die AnaCredit-Meldungen werden aber in einem voll harmonisierten Ausmaß strukturiert sein. Für die Zentralbankstatistik in Europa bricht damit eine neue Ära an. Künftig werden also riesige Datenvolumina zu verarbeiten sein. Voraussetzung dafür ist eine hochmoderne IT-Architektur, in der Rechenleistung, Speicherkapazitäten und effiziente Codierung von besonderer Bedeutung sind.

Mit dem geplanten schrittweisen Umstieg auf Mikrodaten erhöhen sich auch die Anforderungen an die vorgelagerte Steuerung – die Data Governance. Unter Beteiligung der Finanzbranche entwickelt die EZB eine gemeinsame Sprache sowohl für die von den Berichtspflichtigen gemeldeten Informationen (Bank's Integrated Reporting Dictionary – BIRD) als auch für alle aus den von den Instituten gelieferten Daten erzeugten Reports (ECB Single Data Dictionary – SDD) sowie ein integriertes Rahmenwerk für alle Datenanforderungen der EZB und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde

EBA (European Reporting Framework – ERF). Der Meldeaufwand für die Berichtspflichtigen sollte sich dank dieser Bestrebungen verringern, während die aus verschiedenen Quellen stammenden Mikrodaten künftig aufgrund einheitlicher Konzepte und Definitionen vergleichbar und vielfältig einsetzbar sind.

Je riesiger und komplexer die Datenbestände in Zukunft sind, umso wichtiger ist es, dass die Daten leicht abrufbar sind und eine gute Suchfunktion zur Verfügung steht. Gut abgegrenzte Metadaten sollen dafür sorgen, dass sich der Informationsgehalt der verfügbaren Daten rasch erschließen lässt. Die Datennutzer sollen sich darauf verlassen können, dass sie rasch und einfach genau das finden, was sie suchen bzw. die Suchergebnisse richtig interpretieren können.

Angesichts des Big-Data-Trends und wachsender Datenkomplexität wird sich auch die Zentralbankstatistik der Herausforderung stellen müssen, gewaltige Datenvolumina zu verarbeiten. Das wird einen entsprechenden Wandel bei unseren Arbeitspraktiken, Methoden und Instrumenten mit sich bringen. Die bestehende IT-Systemarchitektur muss aus diesem Grund auf die Verarbeitung großer Mengen granularer Daten abstellen, die aus verschiedensten Quellen einfließen. Darüber hinaus sollte das Datenmanagement umgestaltet und Datenverarbeitungsprozesse weiter automatisiert und industrialisiert werden. Dies wird zahlreiche neue Anforderungen an die im Bereich Statistiken, auch Data Scientists genannten Arbeitenden stellen.

In Österreich existiert seit mehr als 30 Jahren das sogenannte Zentrale Kreditregister (ZKR, vormals Großkreditevidenz, GKE), das bereits heute viele Anwendungsfelder hat. Neben den verschiedenen Rückmeldeschienen

an die Melder werden die Daten von bzw. für Aufsicht, Statistik, Geldpolitik, Volkswirtschaft, Finanzmarktstabilität, Risikokontrolle und Sicherheitsmanagement genutzt. Insbesondere die in diesen Daten auf Einzelkreditnehmerebene enthaltenen granularen Risikoparameter bieten schon jetzt einen Mehrwert für das Notenbankrisikomanagement.

OeNB blickt auf erfolgreiche Projekte zurück – und vielversprechenden Vorhaben entgegen

Die OeNB hat für eine Reihe gemeinsamer ESZB-Projekte Pionierarbeit geleistet und damit die ESZB-Statistik wesentlich geprägt. Die weitreichende Erfahrung der Statistik-Experten und -Expertinnen der OeNB fließt seit Jahren in die einschlägigen Arbeitsgruppen ein und spiegelt sich auch in reger Vortragstätigkeit wider. Besonders erwähnenswert ist der Beitrag der OeNB-Expertise in Fragen der Finanzierungsrechnung und Zahlungsbilanz: So war die OeNB federführend an der Ausarbeitung der Methodik betreffend Wertpapieranlagen beteiligt. Auch für die zentralisierte Wertpapierdatenbank CSDB fungierte die OeNB als Katalysator: Als erste Notenbank stellte sie bereits 1991 die Machbarkeit eines solchen Projekts auf nationaler Ebene unter Beweis, um dann ihre ESZB-Partner von einer ESZB-weiten Implementierung zu überzeugen.

Die OeNB wird auch an den aktuellen Statistikvorhaben des ESZB in gewohnt engagierter Weise mitarbeiten. Für den Aufbau der RIAD-Datenbank wird die OeNB-Erfahrung und -Expertise über Kontrahenten- und Kreditregister sehr nützlich sein. Im Bereich BIRD stellen das OeNB-Know-how über Standards und die ausgezeichnete Kenntnis des österreichischen Bankensektors wesentliche Erfolgsfaktoren dar.

Das Gelingen des von der EZB und den NZBen verfolgten integrierten Ansatzes zur Erhebung, Speicherung und Dokumentation von Mikrodaten wird besonders vom Wissen und den Erfahrungen der NZBen auf Mikrodatenebene und von der entsprechenden Einbettung der Einzeldaten in den Gesamtzusammenhang abhängen. Bei der Gewinnung der in den Daten enthaltenen Erkenntnisse wird der OeNB erneut eine tragende Rolle zukommen.

Bankenaufsichtliche Daten werden zunehmend auf der Mikroebene für statistische Zwecke verwendet; die makroprudenziellen Instrumente werden beständig erweitert und verfeinert. Vor diesem Hintergrund ist ganz klar, dass neue Datenanforderungen nur mit der Unterstützung der NZBen und in Zusammenarbeit mit den NCAs (National Competent Authorities) und ESAs (European Supervisory Authorities) erfüllt werden können. Die EZB wird auch in einem weiteren Bereich besonders auf die Unterstützung der NZBen zählen: in der Verwaltung vertraulicher statistischer Daten auf Einzelbank- bzw. Einzelgeschäftsfallebene, wofür heute schon größtenteils die Statistikabteilungen der NZBen verantwortlich zeichnen.

Vorwärts in die Zukunft

Angesichts des bereits Erreichten und der skizzierten großen Herausforderungen ist es von enormer Bedeutung für eine Notenbank, und auch für die Statistik einer Notenbank, am Puls der Zeit zu bleiben. Entwicklungen am Markt zu verfolgen gehört ebenso zu den Pflichten wie das Antizipieren technologischer Trends. So rücken sogenannte Financial Technologies wie Block-Chain-, Peer-to-Peer-Systeme und digitale Währungen immer mehr in den Fokus der Beobachtung. Überprüft wird, inwieweit bestehende Erhebungen durch neue Datenquellen

wie Social Listening und Web Scraping ergänzt oder sogar ersetzt werden können. Weiters gibt es Überlegungen zur Verwendung von Tools auf Basis künstlicher Intelligenz (z. B. Deep Learning) zur Sicherung der Qualität umfangreicher Mikrodaten und zur

Nutzung von Big-Data-Tools zur Komplexitätsbewältigung. Dadurch soll ein rascher, kostengünstiger Datenfluss gewährleistet und für eine zukunfts-sichere Ausrichtung im Bereich Statistik in der OeNB bzw. im ESZB gesorgt werden.

Kreditwachstum inländischer Nichtbanken steigt kontinuierlich

Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute

Martin Bartmann¹

Das Wachstum von Krediten österreichischer Nichtbanken stieg im Laufe des Jahres 2017 kontinuierlich an und erreichte im August 2017 eine Jahreswachstumsrate von 2,4%. Der Euroraum-Vergleichswert lag mit 1,3% unter jenem Österreichs. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen trugen mit Jahreswachstumsraten von 3,8% bzw. 3,6% wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Auch auf der Einlagenseite war in Österreich eine deutliche Ausweitung der aushaftenden Volumina von Nichtbanken (+5,9%) zu erkennen. Diese Entwicklung war weiterhin von täglich fälligen Einlagen getrieben, die mittlerweile mehr als die Hälfte des gesamten Einlagenvolumens von Nichtbanken in Österreich ausmachen.

Kreditwachstum inländischer Nichtbanken steigt kontinuierlich an

Das Wachstum von Krediten inländischer Nichtbanken bei österreichischen Banken beschleunigte sich im Verlauf des Jahres 2017 stetig. Lag das um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und statistische Reklassifikationen bereinigte Kreditwachstum inländischer Nichtbanken in Österreich im Dezember 2016 noch bei 1,6%, so stieg dieses im August 2017 auf 2,4%. Ein ähnlich

hohes Kreditwachstum wurde zuletzt mit 2,3% im Dezember 2011 beobachtet. Damit wurde in Österreich im August 2017 auch der Euroraum-Durchschnitt von 1,3% deutlich übertroffen.

Verantwortlich für die positive Entwicklung beim Kreditvolumen waren in Österreich ausschließlich private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen, während es bei sonstigen Finanzintermediären bzw. dem Sektor Staat zu einer rückläufigen Entwicklung beim aushaftenden Kreditvolumen kam.

Grafik 1

Jahreswachstum von Krediten

an private Haushalte

Jahreswachstum in %



an nichtfinanzielle Unternehmen

Jahreswachstum in %



Quelle: OeNB, EZB.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oebn.at

Das Kreditwachstum privater Haushalte lag dabei in Österreich mit einer Ausweitung im Ausmaß von 3,8% noch über jenem von nichtfinanziellen Unternehmen (+3,1%). Während es bei privaten Haushalten im Jahresverlauf 2017 zu einem kontinuierlichen Anstieg des Jahreswachstums kam, war die Entwicklung bei den Unternehmen wesentlich dynamischer. Im Dezember 2016 war das Jahreswachstum bei inländischen Unternehmen noch bei 1,5% und damit unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,3% gelegen. Zu diesem Zeitpunkt lag das Jahreswachstum von kurzfristigen Krediten mit Laufzeit bis ein Jahr bei -10,7%. Die stark rückläufige Entwicklung in diesem Segment verringerte sich jedoch im Laufe des Jahres 2017; für August 2017 wurde nur noch ein Rückgang von -6,3% ausgewiesen. Bei langfristigen Krediten mit einer Laufzeit von über einem Jahr setzte sich hingegen der positive Trend weiter fort. Die im Dezember 2016 ausgewiesene Jahreswachstumsrate von 4,5% erhöhte sich weiter und erreichte im August 2017 einen Wert von 5,3%.

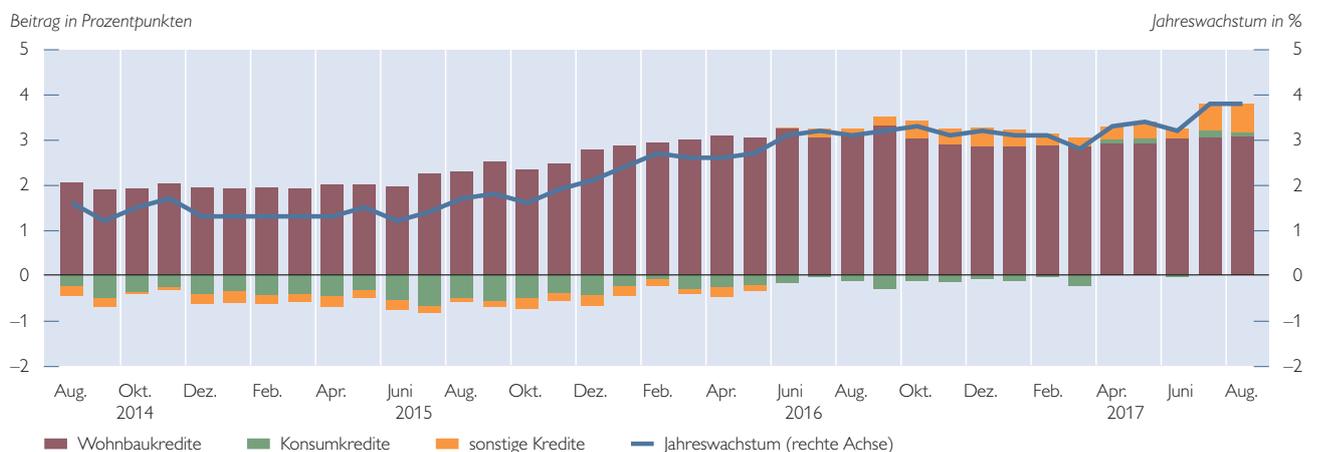
Auch im Euroraum war das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen

von längerfristigen Krediten getrieben. Insgesamt lag das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum im August 2017 bei 2,5%. Bei Betrachtung der Einzelländer waren es insbesondere Frankreich (5,3%) bzw. Deutschland (3,5%), die das Euroraum-Wachstum von Unternehmenskrediten am stärksten positiv beeinflussten. Andere große Euroraum-Länder wie Spanien (-0,3%), Italien (-0,1%) und die Niederlande (-1,2%) wiesen hingegen einen Rückgang in diesem Segment auf.

Bei der Entwicklung des Kreditvolumens privater Haushalte waren es in Österreich weiterhin die Wohnbaukredite, die sich im August 2017 mit einer Jahreswachstumsrate von 5,0% am dynamischsten entwickelten. Bei sonstigen Krediten lag das Kreditwachstum mit 2,9% ebenfalls deutlich im positiven Bereich und auch Konsumkredite stiegen in Österreich – nachdem sie jahrelang zurückgegangen waren – mit 1% wieder an. Im Euroraum waren es hingegen, anders als in Österreich, Konsumkredite, die sich mit einem Jahreswachstum von 6,7% am dynamischsten entwickelten. Da Konsumkredite im Euroraum lediglich einen Anteil von 12% am gesamten Kreditvolumen privater Haushalte haben,

Grafik 2

Beitrag der Verwendungszwecke zum Kreditwachstum privater Haushalte



war ihr Einfluss auf das Kreditwachstum privater Haushalte auch hier nicht so stark wie jener der Wohnbaukredite. Bei Letzteren war die Entwicklung im Euroraum mit einer Ausweitung um 3,4% weniger stark ausgeprägt als in Österreich, bei sonstigen Krediten war im Euroraum sogar ein Rückgang um -1,2% im Jahresvergleich zu erkennen. Bei Betrachtung der großen Einzelländer wies Frankreich mit 5,9% das mit Abstand höchste Kreditwachstum privater Haushalte auf, aber auch deutsche Haushalte weiteten ihr Kreditvolumen im Jahresvergleich um 3,1% überdurchschnittlich stark aus. Neben dem Kreditwachstum bei Wohnbaukrediten (4,9% bzw. 3,9%) waren es in Frankreich und Deutschland vor allem auch Konsumkredite, die sich mit Jahreswachstumsraten von 6,1% bzw. 5,1% dynamisch entwickelten.

Private Haushalte im Euroraum mit höheren Neugeschäfts-Kreditzinssätzen konfrontiert

Der aggregierte Durchschnittszinssatz für neu an private Haushalte vergebene Kredite ist im Euroraum von seinem historischen Tiefststand im Dezember 2016 (2,34%) auf 2,79% im August 2017 angestiegen. Höhere Kreditzinssätze waren bei allen Verwendungszwecken zu beobachten, wobei es bei Konsumkrediten zum größten Anstieg – von 5,38% im Dezember 2016 auf 5,82% im August 2017 – kam. Speziell in diesem Segment waren über fast alle Euro-raumländer hinweg höhere Kreditzinssätze zu beobachten. Der entsprechende Vergleichswert in Österreich veränderte sich im Laufe des Jahres 2017 nur geringfügig (+10 Basispunkte) und lag im August 2017 mit 4,99% deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt.

Der Zinssatz neu vergebener Wohnbaukredite privater Haushalte lag in Österreich im August 2017 bei 1,86%

und damit weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Im Euroraum insgesamt kam es hingegen in diesem Segment in den letzten Monaten zu einem Anstieg. Lag der Zinssatz im Dezember 2016 im Euroraum noch bei 1,78% – und damit unter jenem Österreichs (1,86%) – so betrug dieser im August 2017 1,90%. Ausschlaggebend für das ansteigende Zinsniveau im Euroraum war insbesondere die Entwicklung in Deutschland bzw. Frankreich, wo es seit Dezember 2016 zu starken Erhöhungen des Zinssatzes bei neu vergebenen Wohnbaukrediten kam. In Frankreich stieg der entsprechende Wert seit dem Jahreswechsel um 15 Basispunkte (BP) auf 1,65%, lag damit jedoch noch immer unter dem Österreich-Vergleichswert. In Deutschland war der Zinsanstieg mit 21 BP auf 1,87% noch deutlicher ausgeprägt. Beide Länder lagen damit – so wie Österreich auch – noch unter dem Euroraum-Durchschnitt. Länder mit Zinssätzen, die über dem Euroraum-Durchschnitt lagen, waren etwa Italien (2,11%), Irland (3,19%), Spanien (2,07%) und die Niederlande (2,41%). Weiterhin beliebt waren bei Wohnbaukrediten in Österreich Produkte mit längeren Zinsbindungsfristen. Der Anteil von neu vergebenen Wohnbaukrediten mit anfänglicher Zinsbindung von über fünf Jahren lag im August 2017 bei 34% und damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (7%). Im Vergleich mit dem Euroraum bestand jedoch weiterhin ein erheblicher struktureller Unterschied. Der Anteil von neu vergebenen Wohnbaukrediten mit anfänglicher Zinsbindung von über fünf Jahren lag im Euroraum bei 72%. Den höchsten Anteil neu vergebener Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung von über fünf Jahren wies Frankreich mit 95% aus.

Der in Österreich im Vergleich zum Euroraum vergleichsweise geringe Anteil

von Krediten mit längerfristig fixierten Zinssätzen führte dazu, dass sich das niedrige Zinsniveau in Österreich wesentlich stärker und schneller auf die Bestandszinssätze niederschlug. So lag der Zinssatz, den private Haushalte in Österreich auf ihren aushaftenden Bestand an Wohnbaukrediten bezahlten, im August 2017 bei 1,90%, während sich jener im Euroraum mit 2,31% um 41 BP darüber befand.

Die Neugeschäftszinssätze nichtfinanzieller Unternehmen für Großkredite über 1 Mio EUR waren sowohl in Österreich als auch im Euroraum seit Dezember 2016 leicht rückläufig. Der entsprechende Zinssatz lag in Österreich im August 2017 mit 1,43% nahe am historischen Tiefststand, jedoch noch über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,32%. Länder, die Zinssätze unter dem Euroraum-Durchschnitt vermeldeten, waren zum Beispiel Italien (1,12%), Niederlande (1,15%), Luxemburg (1,16%) und Deutschland (1,18%). Bei Krediten bis 1 Mio EUR lagen die Zinskonditionen Österreichs mit 1,89% weiterhin unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,19%.

Deutlicher Anstieg bei Einlagen von Nichtbanken

Das Einlagenwachstum von Nichtbanken verstärkte sich in Österreich im Jahr 2017

weiter und erreichte im August 2017 mit einer Jahreswachstumsrate von 5,9% den höchsten Wert seit April 2009. Insgesamt kam es in den letzten 12 Monaten zu einer Ausweitung des Einlagenvolumens von inländischen Nichtbanken um rund 20 Mrd EUR auf 352 Mrd EUR. Damit lag das Einlagenwachstum von Nichtbanken in Österreich deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt (2,6%). Der Großteil der Veränderung in Österreich war auf private Haushalte zurückzuführen, die ihr Einlagenvolumen im Jahresvergleich um 6,7 Mrd EUR bzw. 2,9% erhöhten. Mit einem aushaftenden Volumen von 237 Mrd EUR haben private Haushalte auch den größten Anteil am Einlagenvolumen von Nichtbanken in Österreich. Weiterhin waren ausschließlich täglich fällige Einlagen für den Zuwachs verantwortlich. Diese erhöhten sich im Jahresvergleich um 12,7 Mrd EUR bzw. 10,9% und machten mit 131 Mrd EUR bereits 55% des Gesamtvolumens der Einlagen privater Haushalte in Österreich aus. Im Euroraum kam es im August 2017 zu einer Ausweitung von Einlagen privater Haushalte um 3,5% im Jahresvergleich. Neben täglich fälligen Einlagen mit einer Jahreswachstumsrate von 10,0% trugen auch Einlagen mit

Tabelle 1

Einlagenstruktur privater Haushalte

	Bestand		Jahreswachstum	
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	in Mrd EUR		in %	
1 Einlagen von privaten Haushalten	237	6.950	2,9	3,5
1.1 Täglich fällige Einlagen	131	3.558	10,9	10,0
1.2 Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist	106	1.313	-5,6	-7,7
1.2.1 Bindungsfrist bis 1 Jahr	59	420	-0,1	-8,7
1.2.2 Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre	14	163	-20,8	-20,9
1.2.3 Bindungsfrist über 2 Jahre	33	729	-7,3	-3,5
1.3 Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	0	2.075		1,1
1.4 Einlagen aus Pensionsgeschäften	0	4		-24,7

Quelle: OeNB.

Kündigungsfrist² – diese haben in Österreich bei privaten Haushalten keine Bedeutung – positiv zum Einlagenwachstum privater Haushalte im Euroraum bei.

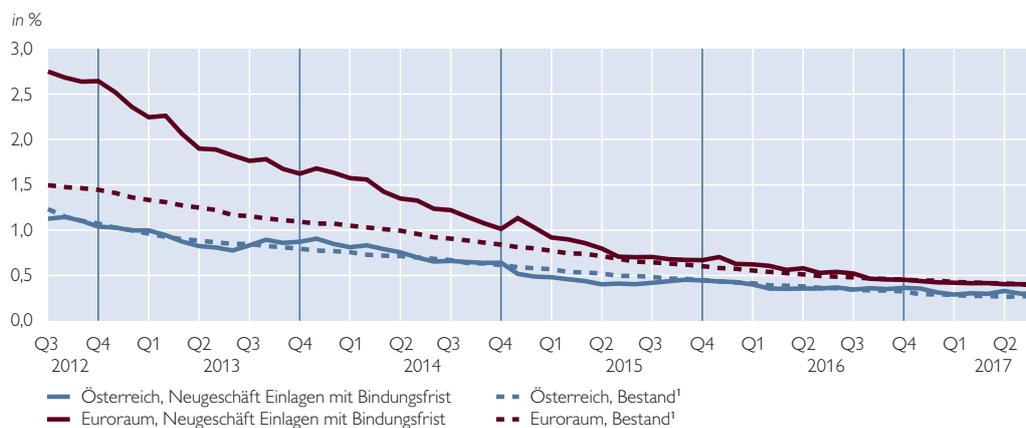
In Österreich und im Euroraum weiteten auch nichtfinanzielle Unternehmen ihre Einlagen deutlich aus. So betrug das Jahreswachstum in Österreich im August 2017 9,2% (auf 61,9 Mrd EUR) und lag damit noch über dem Euroraum-Durchschnitt von 7,3%.

Bei den Einlagenzinssätzen kam es in Österreich in den letzten sechs Monaten zu keinen nennenswerten Veränderungen. Der Zinssatz für neue Einlagen mit Bindungsfrist lag in Österreich im August 2017 bei 0,31% und damit nur noch geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt von 0,38%.

Diese Entwicklung zeigt auch die deutliche Angleichung der Einlagenzinssätze im Neugeschäft, zu der es zwischen den Euroraum-Ländern in den letzten Jahren kam. Der Bestandszinssatz für Einlagen mit Bindungsfrist ging hingegen im Euroraum weniger deutlich zurück und wies im August 2017 mit 1,26% noch einen deutlich höheren Wert als Österreich auf (0,47%). In diesem Segment wies insbesondere Frankreich mit 2,45% einen hohen Einlagenzinssatz auf. Betrachtet man hingegen den Zinssatz des gesamten Einlagenbestands (inklusive Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. täglich fälliger Einlagen), so war der Unterschied zwischen Österreich und dem Euroraum mit 0,12% bzw. 0,23% wesentlich geringer.

Grafik 3

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Einlagen privater Haushalte



² Die Kündigungsfrist entspricht dem Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber die Absicht, seine Einlage aufzulösen, bekannt gibt, und dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber seine Einlage tatsächlich zurückbekommt, ohne eine Vertragsstrafe zahlen zu müssen.

Österreichs Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2017

Der Leistungsbilanzüberschuss Österreichs betrug im ersten Halbjahr 2017 3,8 Mrd EUR und lag damit um ein Drittel unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Güterhandel entwickelte sich wie zuvor dynamisch; die Exporte stiegen in diesem Zeitraum auf 68,8 Mrd EUR und damit um 6,2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2016. Die Importe wuchsen noch deutlicher auf 69,2 Mrd EUR (8,8%), was auch auf stärkere Investitionen zurückzuführen ist. Die Dienstleistungen stiegen exportseitig um 4,7% (auf 28,7 Mrd EUR) und importseitig um 9,2% (auf 22,3 Mrd EUR). Der Vermögenseinkommenssaldo war leicht positiv und spiegelt damit die positive Nettovermögensposition in Höhe von 20,2 Mrd EUR (Ultimo Juni 2017) wider. Der Nettoforderungsaufbau aus grenzüberschreitenden Kapitalströmen blieb mit rund 5,5 Mrd EUR im ersten Halbjahr 2017 auf dem Niveau der Vorjahresperiode. Die Auslandsveranlagungen stiegen transaktionsbedingt im ersten Halbjahr 2017 um 18,5 Mrd EUR (+2% gegenüber dem Ultimo 2016) und die Auslandsverpflichtungen um 12,9 Mrd EUR (+1,6%).

Thomas Cernohous,
Bianca Uilly,
Jacob Wagner¹

1 Die wesentlichen Dynamiken in der Leistungsbilanz im ersten Halbjahr 2017

Der Leistungsbilanzüberschuss Österreichs betrug im ersten Halbjahr 2017 +3,8 Mrd EUR und lag damit um ein Drittel unter dem Vergleichswert der Vorperiode (5,6 Mrd EUR). Der Güterhandel entwickelte sich nach wie vor dynamisch, die Exporte stiegen im ersten Halbjahr 2017 auf 68,8 Mrd EUR und damit um 6,2% gegenüber dem ersten Halbjahr 2016. Die Importe wuchsen auf 69,2 Mrd EUR (um 8,8%) und spiegeln auch die stärkeren Bruttoinvestitionen wider. Die Dienstleistungen stiegen exportseitig um 4,7% (auf 28,7 Mrd EUR) und importseitig um 9,2% (auf 22,3 Mrd EUR). Innerhalb der Dienstleistungen erhöhten sich die Reiseverkehrseinnahmen um 2,8%, auf der Ausgabenseite um 4,7%. Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen stiegen um 5,7% auf der Exportseite und um 10,1% auf der Importseite. Einen hohen Anteil an diesem Dienstleistungssegment hatten die – mit dem Warenverkehr eng verknüpften – Transportleistungen, die mit 5,2% einnahmenseitig und 6,4% ausgabenseitig wuchsen. Der Außen-

beitrag zum BIP betrug im ersten Halbjahr 2017 6 Mrd EUR und war damit um rund 2,1 Mrd EUR geringer als im ersten Halbjahr 2016. Der Vermögenseinkommenssaldo war mit 0,3 Mrd EUR leicht positiv und spiegelt damit die positive Nettovermögensposition wider. Der Forderungsüberhang aus Direktinvestitionen, Einlagen, Krediten und Währungsreserven ergab einen Nettoertrag von rund 1 Mrd EUR, während sich der Nettoaufwand aus Portfolioinvestitionen in Höhe von 700 Mio EUR aus dem Verpflichtungsüberhang aus Wertpapieren ergab.

2 Regionale Entwicklungen in der Leistungsbilanz

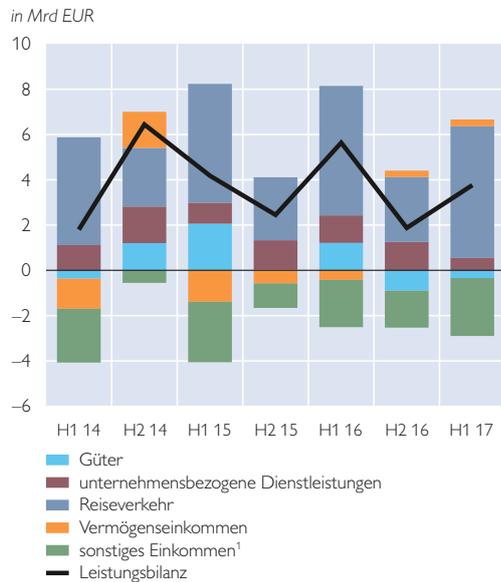
Betrachtet man die regionalen Entwicklungen, so ist – wenig überraschend – Deutschland auch weiterhin der wichtigste Handelspartner Österreichs, sowohl export- (gefolgt von den USA und der Schweiz) als auch importseitig (gefolgt von Italien und der Schweiz).

Zusätzlich spielen die Visegrád-Staaten (Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakische Republik) eine wesentliche Rolle; sie weisen eine hohe Dynamik beim grenzüberschreitenden

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken; thomas.cernohous@oenb.at, bianca.ully@oenb.at, jacob.wagner@oenb.at

Grafik 1

Leistungsbilanz 1. Halbjahr 2014 bis 1. Halbjahr 2017



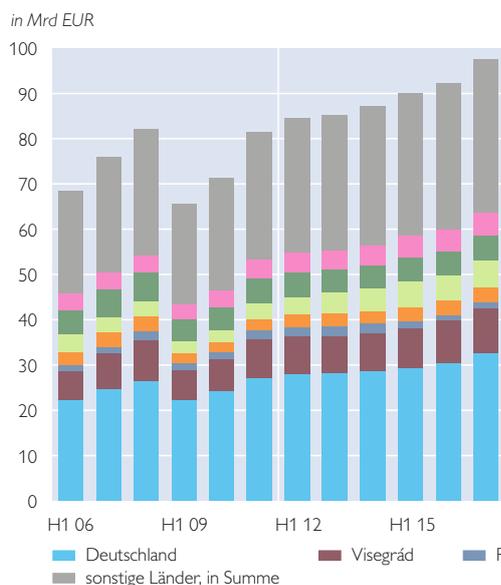
Dienstleistungshandel auf. Die Einnahmen sind im ersten Halbjahr 2017 um 0,6 Mrd EUR höher als im ersten Halbjahr 2010. So stiegen sowohl die Transportdienstleistungen (+216 Mio EUR) als auch die Reiseverkehreinnahmen (+150 Mio EUR) und die technischen Dienstleistungen (+152 Mio EUR) deutlich an. Die Ausgaben für Dienstleistungsimporte aus dieser Region stiegen sogar um 1 Mrd EUR und konzentrierten sich auf die Transportdienstleistungen. Auf Jahresbasis betrachtet (H2 16 und H1 17) beträgt der negative Saldo aus dem Dienstleistungshandel mit den Visegrád-Staaten -0,8 Mrd EUR. Zum Vergleich: Das jährliche Defizit aus Arbeitnehmerentgelten gegenüber diesen Staaten beträgt mittlerweile -1,6 Mrd EUR.

Ein weiterer regionaler Aspekt betrifft das Vereinigte Königreich. Mit den Daten zum ersten Halbjahr 2017 liegen nun erstmals Vergleichsdaten zum ersten Halbjahr 2016 vor, den letzten sechs Monaten vor dem Brexit-Votum.

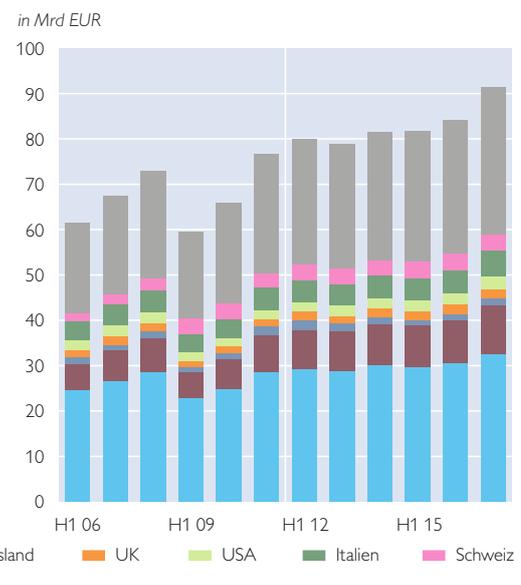
Grafik 2

Güter- und Dienstleistungshandel der ersten Halbjahre 2006 bis 2017

Exporte



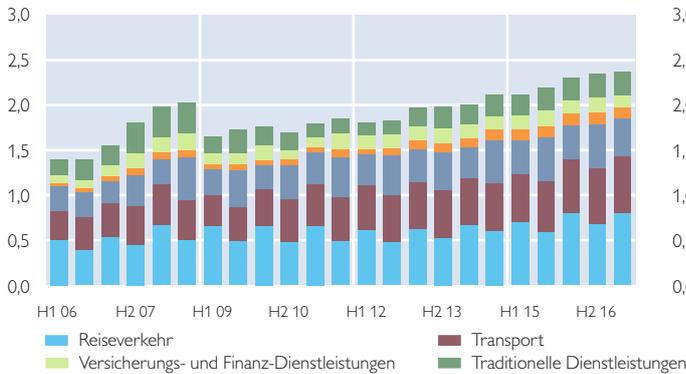
Importe



Dienstleistungshandel mit den Visegrád-Staaten

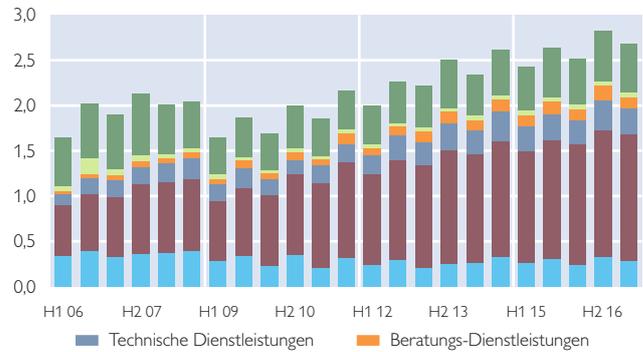
Exporte

in Mrd EUR



Importe

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Entgegen dem längerfristigen Trend gingen die österreichischen Güterimporte um -12% (-157 Mio EUR) gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 zurück, die Exporte um $-3,9\%$ (-80 Mio EUR). Beim Dienstleistungshandel wurden hingegen nur geringfügige Veränderungen gemessen ($+1,4\%$ bei Exporten, $-2,9\%$ bei Importen). Die Schwäche des britischen Pfunds nach der Abstimmung über den Verbleib in der EU könnte zu (kurzfristigen) negativen Preiseffekten bei den Güterimporten aus dem Vereinigten Königreich geführt haben.

3 Importüberschuss bei digitalen Dienstleistungen

Dank einer neuen Datenquelle liegen nun erstmals Zahlen zum „Konsum von digitalen Dienstleistungen“ vor. Darunter fallen etwa die private Nutzung von Streaming-Diensten wie Apple Music oder Netflix, aber auch der Kauf von Apps (bzw. „In-App-Käufe“) für Mobilgeräte. Wenig überraschend ist Österreich weitgehend Importeur in diesem Bereich, im ersten Halbjahr 2017 betragen die digitalen Dienstleistungsimporte 234 Mio EUR, die Exporte lediglich 49 Mio EUR. Der Großteil

davon entfällt auf die Kategorien „Computersoftware“ (Apps) und „Audio-visuelle und verwandte Dienstleistungen“ (Streaming).

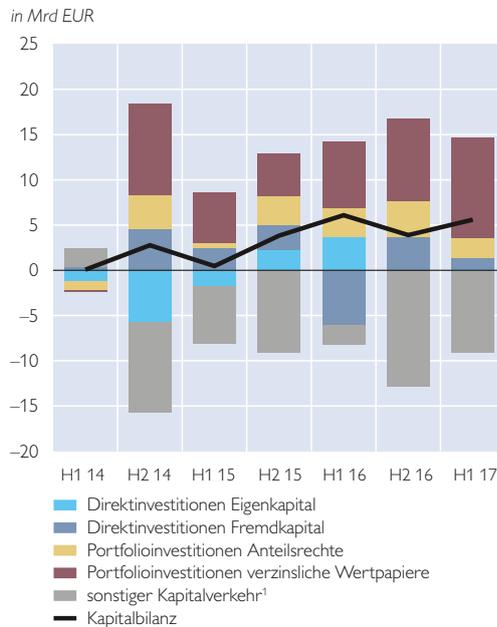
4 Die wichtigsten Entwicklungen in Kapitalbilanz und Internationaler Vermögensposition

Die Auslandsveranlagungen stiegen transaktionsbedingt im ersten Halbjahr 2017 um 18,5 Mrd EUR ($+2\%$ Zuwachs gegenüber den Vermögensbeständen zum Ultimo 2016) und die Auslandsverpflichtungen um 12,9 Mrd EUR ($+1,6\%$). Per saldo zeigt der grenzüberschreitende Kapitalverkehr korrespondierend zum Leistungsbilanzüberschuss einen Forderungsaufbau im ersten Halbjahr 2017 in Höhe von 5,6 Mrd EUR. Dem standen per saldo negative Wechselkurs- und Wertpapierpreisentwicklungen in fast gleicher Höhe entgegen, weshalb sich die Nettovermögensposition seit Jahresbeginn nur marginal auf 20,2 Mrd EUR erhöhte.

Die um 4,6 Mrd EUR erhöhten Forderungen abzüglich der um 3,2 Mrd EUR gewachsenen Verpflichtungsseite der Direktinvestitionen führen zu einem positiven Saldo in Höhe von 1,4 Mrd EUR. Dieser ergibt sich aus dem Rück-

Grafik 4

Kapitalbilanz 1. Halbjahr 2014 bis 1. Halbjahr 2017



Quelle: OeNB.

¹ Sonstige Investitionen (insbesondere Einlagen und Kredite), Finanzderivate und Währungsreserven.

Anmerkung: 2014 finale Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.

gang der Investitionen in Eigenkapitalkomponenten um knapp 0,1 Mrd EUR und eine Erhöhung der Fremdkapitalinvestitionen in Höhe von 1,5 Mrd EUR. Die Erhöhung der Forderungen aus Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 2017 in Höhe von 4,6 Mrd EUR war sehr stark von konzerninternen Fremdkapitalströmen (2,8 Mrd EUR) dominiert, während nur 1,8 Mrd EUR durch Eigenkapital finanziert wurden. Die Kapitalströme auf der Verpflichtungsseite in Höhe von 3,2 Mrd EUR wurden von reinvestierten Gewinnen (3,1 Mrd EUR) und Fremdkapitalinvestitionen (1,3 Mrd EUR) getragen, während die Investitionen aus sonstigem Eigenkapital um 1,2 Mrd EUR reduziert wurden.

Die grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen zeigten auf der Aktivseite einen weiteren Zuwachs. Sie

erhöhten sich im ersten Halbjahr um 5 Mrd EUR. Der Löwenanteil von 3,9 Mrd EUR war – wie schon in den Vorperioden – auf den Erwerb von ausländischen Investmentzertifikaten durch Investmentfonds und den privaten Sektor zurückzuführen. Die Bestände an inländischen Wertpapieren in ausländischer Hand wurden per saldo in Höhe von 8,2 Mrd EUR transaktionsbedingt reduziert. Dahinter standen Nettokäufe von inländischen Anteilspapieren in Höhe von 2,2 Mrd EUR mit dem Fokus auf inländischen Unternehmensaktien (die insgesamt, vor dem Hintergrund des Anstiegs des ATX, in den letzten vier Quartalen überdurchschnittlich nachgefragt wurden). Die Rückgänge der Auslandsbestände an inländischen verzinslichen Wertpapieren waren vor allem auf Tilgungen von Bankanleihen wie auch die Zukäufe von Staatsanleihen durch die Zentralbank im Zuge des PSPP zurückzuführen.

Innerhalb des sonstigen Kapitalverkehrs dominieren zwei Saldengrößen: der 12 Mrd EUR starke Aufbau von OeNB-Verbindlichkeiten (fast ausschließlich aufgrund der Entwicklung der Target-Salden) sowie der gegenläufige Forderungsaufbau der Banken aus dem internationalen Einlagen- und Kreditgeschäft in Höhe von 5,6 Mrd EUR.

5 Revisionen für die Berichtsjahre 2014 bis 2016 im Zuge der gemeinsam mit Statistik Austria harmonisierten Erstellung von VGR und Zahlungsbilanz

Statistik Austria revidiert heuer die VGR-Daten einschließlich der BIP-Rechnung sowie die Staatsdaten für die budgetäre Notifikation im September. Die Zahlungsbilanz wurde erstmals für die letzten drei Jahre revidiert und berücksichtigt damit alle Revisionen, die aus der Input-Output-Rechnung kommen. Gleichzeitig übernimmt Statistik Austria

die Berechnungen der OeNB zu den Vermögenseinkommen der letzten drei Jahre für die Berechnung des Bruttonationaleinkommens. Mit diesen Harmonisierungsschritten soll eine vollständige Konsistenz in den volkswirtschaftlichen Hauptaggregaten erreicht werden.

Die Revisionen gegenüber den bei der Pressekonferenz im April 2017 veröffentlichten Zahlen ergeben sich wie folgt: Die stärkste Veränderung des Leistungsbilanzsaldos, der sich für das Jahr 2016 um +1,5 Mrd EUR erhöhte, ergab sich bei Güterexporten und Dienstleistungsimporten aus den Korrekturen von Statistik Austria (+1,3 Mrd EUR). Revisionen des Güterhandels sind auf nachträgliche Meldungen sowie Korrekturen aufgrund von Abgleichen mit Unternehmensstatistiken wie beispielsweise Umsatzsteuerstatistik, Unternehmensregister sowie Geschäftsberichten zurückzuführen. Der Dienstleistungshandel wurde hauptsächlich aufgrund einer neuen Datenquelle zur Erfassung

von digitalen Dienstleistungen revidiert. Die Revisionen im Primäreinkommen kommen vor allem aus den Revisionen der Vermögenseinkommen. Hier wurden in Übereinstimmung mit den Berechnungen von Statistik Austria die Zinsaufwände der im Auslandsbesitz befindlichen Aufstockungen von Staatsanleihen neu berechnet. Dies führte zu einer Verbesserung des Saldos aus Vermögenseinkommen und der Portfolioinvestitionen in der Kapitalbilanz. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse der Direktinvestitionsbefragung für das Jahr 2015 in der Berechnung berücksichtigt. Große Verluste von Special Purpose Entities reduzierten export- und importseitig die Bruttostrome im Ausmaß von rund 12 Mrd EUR. Dies schlägt sich auch auf die Bruttogrößen der Leistungsbilanz im Jahr 2015 nieder. Im Nettoergebnis ging der Ertrag aus Direktinvestitionen und spiegelbildlich in der Kapitalbilanz im Jahr 2015 leicht zurück.

Tabelle 1

Revisionen der Jahre 2014 bis 2016

	2014			2015			2016		
	bisher	neu	Differenz ¹	bisher	neu	Differenz ¹	bisher	neu	Differenz ¹
<i>Mrd EUR</i>									
Leistungsbilanz Exporte	201,6	203,7	2,1	213,5	202,3	-11,2	216,4	215,9	-0,5
Leistungsbilanz Importe	193,7	195,5	1,8	207,0	195,6	-11,4	210,4	208,3	-2,1
Leistungsbilanz Saldo	7,9	8,2	0,3	6,5	6,7	0,2	6,0	7,6	1,6
davon:									
Güter	1,0	0,8	-0,2	1,5	2,1	0,6	-0,2	0,3	0,5
Dienstleistungen	9,4	10,1	0,7	10,0	10,2	0,2	10,3	11,1	0,8
Primäreinkommen	0,7	0,4	-0,3	-1,6	-2,5	-0,9	-0,6	-0,2	0,4
Sekundäreinkommen	-3,3	-3,2	0,1	-3,4	-3,2	0,2	-3,5	-3,7	-0,2
Vermögensübertragungen Saldo	-0,4	-0,4	0,0	-1,7	-1,7	0,0	-0,6	-0,6	0,0
Kapitalbilanz Saldo	2,6	2,8	0,2	4,9	4,3	-0,6	6,7	10,0	3,3
davon:									
Direktinvestitionen	-2,0	-2,0	0,0	6,2	5,7	-0,5		1,3	2,3
Portfolioinvestitionen	12,5	12,9	0,4	13,2	14,0	0,8	21,9	23,6	1,7
Finanzderivate	-1,4	-1,4	0,0	-0,4	-0,6	-0,2	-0,4	-0,4	0,0
Sonstige Investitionen	-8,6	-8,7	-0,1	-13,9	-14,6	-0,7	-14,2	-14,9	-0,7
Währungsreserven	2,1	2,0	-0,1	-0,2	-0,2	0,0	0,4	0,4	0,0
Internationale Vermögensposition, netto	7,4	11,3	3,9	9,8	8,7	-1,1	18,1	19,8	1,7

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

¹ Veränderung des Datenbestands per September 2017 gegenüber März 2017.

Anhang

Tabelle A1

Zahlungsbilanz 2014 bis 1. Halbjahr 2017

	2014			2015			2016			1. Halbjahr 2016			1. Halbjahr 2017		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
<i>in Mrd EUR</i>															
Leistungsbilanz	203,7	195,5	8,2	202,6	196,0	6,6	216,1	208,6	7,5	107,8	102,1	5,6	113,3	109,5	3,8
Güter	126,1	125,3	0,8	128,7	126,7	2,1	128,9	128,6	0,3	64,8	63,6	1,2	68,8	69,2	-0,3
Dienstleistungen	51,7	41,6	10,1	53,3	43,0	10,3	55,4	44,3	11,1	27,4	20,5	6,9	28,7	22,3	6,4
Transport	12,3	12,8	-0,5	12,9	13,0	-0,2	13,0	13,3	-0,3	6,4	6,4	0,0	6,7	6,8	-0,1
Reiseverkehr	15,7	8,3	7,3	16,4	8,4	8,0	17,4	8,8	8,6	9,4	3,6	5,7	9,6	3,8	5,8
Restliche Dienstleistungen	23,7	20,5	3,3	24,0	21,6	2,5	25,0	22,2	2,8	11,6	10,5	1,2	12,4	11,7	0,7
Primäreinkommen	23,0	22,6	0,4	16,0	18,5	-2,5	27,0	27,2	-0,2	13,4	14,1	-0,7	13,3	13,8	-0,5
Sekundäreinkommen	2,9	6,0	-3,1	4,6	7,9	-3,2	4,8	8,5	-3,7	2,2	4,0	-1,8	2,4	4,2	-1,8
Vermögensübertragungen	0,2	0,5	-0,3	0,6	2,4	-1,7	0,8	1,4	-0,6	0,1	0,9	-0,8	0,1	0,2	-0,1
Kapitalbilanz¹			2,8			4,3			10,0			6,1			5,6
Direktinvestitionen i.w.S. ²			-2,0			5,7			1,3			-2,3			1,4
im Ausland			-0,6			-2,1			-26,3			-19,6			4,6
in Österreich			1,4			-7,8			-27,6			-17,3			3,2
Portfolioinvestitionen			12,8			14,1			23,6			10,5			13,2
ausländische Wertpapiere			7,2			0,7			5,3			4,4			5,0
österreichische Wertpapiere			-5,6			-13,3			-18,2			-6,0			-8,2
Sonstige Investitionen			-8,7			-14,6			-14,9			-3,1			-6,2
Forderungen			-18,1			-16,7			-18,4			0,8			11,7
Verbindlichkeiten			-9,4			-2,1			-3,5			3,8			17,9
Finanzderivate			-1,4			-0,5			-0,4			-0,4			-0,6
Währungsreserven			2,1			-0,3			0,5			1,3			-2,1
Statistische Differenz			-5,1			-0,6			3,1			1,2			1,9

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Rundungen können Rechnerdifferenzen ergeben. Seit der Umstellung auf BPM6 wird nicht nur der Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten, sondern auch der Zuwachs an Auslandsforderungen mit einem positiven Vorzeichen versehen. Der Nettowert ergibt sich nun als Differenz des Zuwachses von Auslandsforderungen minus Auslandsverbindlichkeiten. Ein Kapitalexport hat nun ein positives Vorzeichen.

¹ Es gilt nunmehr: Kapitalbilanz minus (Leistungsbilanz + Vermögensübertragungen) ergibt die Statistische Differenz.

² Im Gegensatz zum Text enthält diese Tabelle die „Direktinvestitionen im weiteren Sinn“, das heißt auch Direktinvestitionen von „Special Purpose Entities“ und den grenzüberschreitenden Liegenschaftserwerb.

70 Jahre Marshall-Plan – ERP-Nationalbankvermögen erreicht 1 Mrd EUR

Das ERP, das „European Recovery Program“, allgemein bekannt unter Marshall-Plan, begeht im Jahr 2017 sein 70-Jahr-Bestandsjubiläum. Ziel dieses Wirtschaftsprogramms war die US-amerikanische Unterstützung beim Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Europa. Die Oesterreichische Nationalbank hatte von Beginn an eine entscheidende Rolle bei seiner Umsetzung und verwaltet bis heute das ERP-Nationalbankvermögen, das erstmals den Wert von 1 Mrd EUR erreicht. Dabei betreut die Nationalbank 493 Kredite des Sektors Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen mit einem aushaftenden Kreditvolumen von insgesamt 617 Mio EUR. Alleine in den letzten zehn Jahren wurden durch das Kreditgeschäft 116 Mio EUR an Erträgen erwirtschaftet. Die OeNB ist zudem in überwachender Funktion im ERP-Prüfungsbeirat und in beratender Funktion in den ERP-Kreditkommissionen vertreten.

Michaela Bandion,
Sebastian Brachtl¹

Der 5. Juni 1947 gilt als Geburtsstunde des Marshall-Plans. An diesem Tag kündigte der damalige US-Außenminister George C. Marshall das „European Recovery Program“ an. Die vom amerikanischen Kongress bewilligten Hilfsgelder in Höhe von insgesamt 12,4 Mrd USD dienten dem Wiederaufbau in Europa. Die rechtliche Grundlage für die Umsetzung des Marshall-Plans bilden das Pariser Abkommen sowie das am 2. Juli 1948 abgeschlossene bilaterale Rechtsabkommen zwischen den USA und Österreich.

Österreich wurde im Zeitraum 1947 bis 1953 Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 1,1 Mrd USD zugesprochen. Dies entsprach damals einem Gegenwert von rund 17,6 Mrd ATS, nach heutiger Kaufkraft rund 34,5 Mrd EUR.² Davon wurden rund 7,2 Mrd ATS für Einmaleffekte aufgewendet, für die Anschaffung von Grundnahrungsmitteln, Saatgut, die Wiederherstellung der Infrastruktur und die Währungsreform.³ Knapp über 10,4 Mrd ATS standen damit noch für mittel- und langfristige Förderprogramme zur Verfügung.

Die Oesterreichische Nationalbank spielte von Beginn an eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Marshall-Plans. Da sich in der Nachkriegszeit die Bankenlandschaft erst im Aufbau befand, übernahm die OeNB die finanzielle Abwicklung sowie den Devisentausch der Hilfsgelder. Zudem wurden die ERP-Mittel auf dem sogenannten Counterpart-Konto der OeNB gehalten. Die Entscheidung über die Verwendung der Fördermittel erfolgte durch den Bund unter der Kontrolle der US-Regierung.

Die Einbindung der OeNB in die ERP-Kreditgewährung ist dem Umstand geschuldet, dass der Bund seine durch den zweiten Weltkrieg und dessen Nachwirkungen entstandene Schuld bei der OeNB mittels ERP-Mittel zurückzahlen begann. Die OeNB verpflichtete sich, diese finanziellen Mittel zur Förderung der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, und zwar im Ausmaß der vom Bund zurückgezahlten Beträge sowie der aus dem ERP-Geschäft vereinnahmten Zinsen.

1952 untersagte die US-Regierung dem Bund, weitere Rückzahlungen der

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Abteilung Statistik – Informationssysteme und Datenmanagement, Michaela.Bandion@oenb.at, Sebastian.Brachtl@oenb.at

² Siehe OeNB Inflationscockpit.

³ Siehe Seidel (2005).

Bundesschuld mit ERP-Mitteln zu leisten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren rund 4,7 Mrd ATS an die Oesterreichische Nationalbank geflossen. Unter dem Druck der US-Regierung erfolgte 1962 die Übertragung der verbliebenen Counterpart-Mittel an den eigens gegründeten ERP-Fonds. Zwei Fördertöpfe wurden eingerichtet: der Nationalbankblock (NB-Block), unter der Verwaltung der OeNB, sowie der ERP-Eigenblock (5,7 Mrd ATS), der mittlerweile von der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (aws) verwaltet wird.

Heute erreichen die gemeinsamen Fördermittel von OeNB und aws 2,9 Mrd EUR. Jährlich werden geförderte Kredite in Höhe von etwa 600 Mio EUR an österreichische Unternehmen vergeben. Die zweckgebundene Vergabe und Verwendung der Fördermittel sowie die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit zwischen ERP-Fonds und OeNB sind im ERP-Fonds-Gesetz von 1962 und im Übereinkommen festgelegt, das zwischen diesen Institutionen abgeschlossen wurde. (Die letzte Fassung stammt aus dem Jahr 2016.)

Entsprechend den Bestimmungen des ERP-Fonds-Gesetzes genehmigte die Bundesregierung im Juli 1962 das erste ERP-Jahresprogramm und bestellte die Beschlussgremien der ERP-Kreditkommission. Seither erfolgt die Abwicklung von ERP-Anträgen im Rahmen des jeweils gültigen Jahresprogramms, das von der Bundesregierung jährlich genehmigt wird. Dabei erfolgt auch die Überarbeitung der Förderrichtlinien, die sich stets an den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung und den EU-Vorgaben orientieren.

ERP-Förderschwerpunkte im Zeitablauf

- 1948–1952: Wiederinstandsetzung der Infrastruktureinrichtungen, Aufbau der österreichischen Volkswirtschaft mit den Schwerpunkten Rohstoffversorgung und Industrieentwicklung
- 1952–1962: Förderung von Energieprojekten (Kraftwerksbau, wie etwa in Kaprun, Ybbs-Persenbeug)
- 1960er-Jahre: Umsetzung des ERP-Fonds-Gesetzes von 1962. Aufbau der Beschlussgremien, Ernennung der ersten ERP-Kreditkommission sowie der Fachkommissionen für Tourismus, Landwirtschaft und Verkehr. Weiterhin inhaltlicher Schwerpunkt: Förderung der Infrastruktur (Energie- und Verkehrsprojekte)
- 1970er-Jahre: beschäftigungssichernde und leistungsbilanzverbessernde Förderschwerpunkte
- 1980er-Jahre: Förderung der Eisen- und Stahl- sowie Papierindustrie, Aufbau des Sonderprogramms für Kohlebergbau
- 1990er-Jahre: Unterstützung und Begleitung österreichischer Unternehmen im Hinblick auf den einsetzenden Internationalisierungsschub (Flugzeugindustrie, Biotechnologie), ERP-Osteuropa-Programme zur Wettbewerbsstärkung
- Ab dem Jahr 2000: Deutliche Erhöhung der ERP-Jahresprogramme ab 2005 zur Unterstützung der konjunkturellen Aufschwungphase. Im Zuge der Krise 2008 wurde das Kleinkreditprogramm eingeführt, um der Gefahr einer Kreditklemme zu begegnen.
- 2017: Öffnung des ERP-Kreditprogramms zur breitenwirksameren Förderung auch für den Sektor Dienstleistungen sowie Förderung der Digitalisierung (Industrie 4.0)

Tabelle 1

Die Förderschwerpunkte werden im Zuge der Projektbeurteilung berücksichtigt. Diese gliedert sich in einen volkswirtschaftlichen, einen richtlinienbezogenen und einen finanziellen Teil. Die finanzielle Beurteilung erfolgt in Zusammenarbeit von AWS und OeNB im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Prüfausschusses.

ERP-Förderkredite beinhalten einen unter dem Marktniveau liegenden fixen Zinssatz sowie tilgungsfreie Zeiten (in diesem Zeitraum werden lediglich Zinsen zurückgezahlt). Diese günstigen Konditionen bieten förderwürdigen Unternehmen einen Vorteil gegenüber Krediten kommerzieller Banken (siehe Tabelle 1, Konditionen von neu vergebenen ERP-Nationalbankblock-Krediten).

Antragsberechtigt für einen OeNB-ERP-Kredit sind Industrieunternehmen, Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie produktbegleitende Dienstleistungsunternehmen. Der Fördereffekt ist von der Unternehmensgröße, den projektspezifischen Faktoren und dem von der EU vorgeschriebenen Referenzzinssatz abhängig. Für die beantragten Kredite werden die zum Zeitpunkt der Richtlinienerstellung geltenden Zinssätze herangezogen. Darüber hinaus kommt der sprungfixe Zinssatz für Kredite mit längeren Laufzeiten zur Anwendung und wird bei einer wesentlichen Änderung des Marktzinsniveaus angepasst. Als Index ist dabei der 1-Jahres-EURIBOR heranzuziehen.

Der Fokus der Kreditvergabe lag in den letzten Jahren in den Bereichen Industrie, Gewerbe und der Dienstleistungsbranche. Grafik 1 veranschaulicht die Fördermittelanteile der verschiedenen Sektoren am ERP-Jahresprogramm 2016.

Derzeit umfasst der Nationalbankblock 493 Kredite des Sektors Industrie,

Konditionen der Förderkredite aus den Mitteln des ERP-Nationalbankblocks

Kredithöhe	300.000 EUR bis 30 Mio EUR
Sektor	Industrie und Gewerbe
Ausnützungszeit	1 Halbjahr
Tilgungsfreie Zeit	2 Jahre
Kreditlaufzeit gesamt	6 bis 10 Jahre
Zinssatz, tilgungsfreie Zeit	0,5 % p. a.
Zinssatz, Tilgungszeit	0,5 % p. a. fix bzw. 0,75 % fix oder sprungfix
Besicherung	Bankhaftung und/oder AWS-Garantie

Quelle: Austria Wirtschaftsservice GmbH.

Tabelle 2

Sprungfixer Zinssatz

Index 1-Jahres-EURIBOR	Tatsächlich in Rechnung gestellter Zinssatz in %
unter 0,5 %	0,75
0,5 bis unter 1 %	0,90
1 bis unter 2 %	1,50
2 bis unter 3 %	2,50
3 bis unter 4 %	3,50
4 % und mehr	4,50

Quelle: Austria Wirtschaftsservice GmbH.

Grafik 1

ERP-Jahresprogramm 2016 – Vergabe der Fördermittel nach Sektoren¹

in %



Quelle: ERP-Fonds, Austria Wirtschaftsservice GmbH.

¹ Gesamtsumme über 600 Mio EUR.

Gewerbe und Dienstleistungen mit einem aushaftenden Kreditvolumen von insgesamt 617 Mio EUR.

ERP-Investitionskredite – Gebarung mit den Mitteln des Nationalbankblocks

Stand: 30. Juni 2017

	EUR		EUR
Forderungen gegen Unternehmen	616.983.500,00	ERP-Vermögen ¹ (gem. ERP-Fonds-Gesetz 1962)	341.955.044,59
Notleidende Forderungen	0,00	ERP-Vermögen (aus Zinsen seit 1952)	657.029.890,08
Freie ERP-Mittel	383.412.995,84	ERP-Vermögen, insgesamt	998.984.934,67
		Zinseneingänge des laufenden Jahres	1.411.561,17
		Eingänge auf abgeschriebene Kredite	0,00
Summe	1.000.396.495,84		1.000.396.495,84

Quelle: Eigene Berechnungen.

¹ Entspricht dem von der Bundesschuld abgeschriebenem Betrag von 4.705.404.000 ATS (§ 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962).

In den letzten zehn Jahren wurden durch das Kreditgeschäft Erträge in Höhe von 116 Mio EUR erwirtschaftet. Sie setzen sich aus Zinsen, Entgelten und Gebühren für das Kreditgeschäft sowie Erträgen aus der Veranlagung zusammen. Durch die seit 1952 anteilig erwirtschafteten Zinsen erreichte das ERP-Vermögen des Nationalbankblocks am 30. Juni 2017 erstmals den Wert von 1 Mrd EUR.

Bis Ende Oktober jedes Jahres erstellt die OeNB das ERP-Jahresprogramm für das kommende Wirtschaftsjahr in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen und der aws. Abgesehen davon sind die Aufgaben der OeNB im ERP-Bereich vielfältig. So übernimmt sie die finanzielle Prüfung der Kreditanträge und ist in überwachender Funktion im ERP-Prüfungsbeirat und in beratender Funktion in den ERP-Kreditkommissionen (z. B. Fachkommission für Kredite auf dem Gebiet des Agrar- und Tourismussektors) vertreten. Aufgrund sorgfältiger Auswahl und Prüfung der Projektanträge, der Besicherung der Kredite durch Hausbanken, Treuhandbanken und die aws-Haftung mussten im Nationalbankblock bis heute keine Verluste aus dem Kreditgeschäft verbucht werden.

Die flüssigen Mittel des Eigen- und Nationalbankblocks werden auf den Konten bei der Nationalbank gehalten. Die Gebarung mit den ERP-Mitteln der Nationalbank ist Teil des OeNB-Jahresabschlusses.

Standen vor 70 Jahren noch die ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung und der wirtschaftliche Aufbau sowie die nötige Infrastruktur im Vordergrund, so legt die OeNB heute mit der Vergabe von Förderkrediten ein solides Fundament für viele erfolgreiche und innovative Projekte und setzt somit wichtige Impulse für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

In den letzten Jahren standen Förderungen in den Bereichen Tourismus, Dienstleistungen, Start-up-Hilfe sowie Forschung und Entwicklung im Vordergrund. Zuletzt wurde die Investitionszuwachsprämie (für Unternehmen ab 250 Beschäftigten oder einer Bilanzsumme von mehr als 43 Mio EUR und einem Umsatz von mehr als 50 Mio EUR) als neues Zuschussprogramm in Kombination mit dem ERP-Kreditprogramm vorgestellt. Zusätzlich können mit Sonderaktionen wie etwa der Hochwasserhilfe im Jahr 2013 flexibel und gezielt Schritte gesetzt werden, um Förderungen dort zu vergeben, wo sie gebraucht werden. Auch künftig wird

die Oesterreichische Nationalbank ihren Beitrag leisten, um die mittlerweile 70-jährige Erfolgsgeschichte des Marshall-Plans in Österreich fortzuführen.

Literaturverzeichnis

- Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws).** <https://www.aws.at/professionals/zinssaetze-konditionen/kreditkonditionen> (recherchiert am 25.10.2017).
- Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) – ERP-Fonds.** Wien. Diverse Jahresprogramme und Richtlinien.
- Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) und OeNB.** Übereinkommen zwischen dem ERP-Fonds und der Oesterreichischen Nationalbank in Durchführung des ERP-Fonds-Gesetzes (Fassung 2015).
- Bischof, G. und D. Stiefel. 1999.** 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien. 315–342.
- Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem.** <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10006258> (recherchiert am 25.10.2017)
- Haas, J. 2017.** https://www.oenb.at/dam/jcr:ec7ef038-1887.../gewi_2007_2_haas_tcm14-58007.pdf (recherchiert am 25.10.2017).
- OeNB.** <https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/waehrungsrechner.html> (recherchiert am 25.10.2017).
- Seidel, H. 2005.** Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Kommentare von Respondenten des Household Finance and Consumption Survey zur Befragung

Peter Lindner,
Martin Schürz¹

Im Zuge der Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (Household Finance and Consumption Survey, HFCS) in Österreich 2014 wurden Haushalte umfassend zu ihrer finanziellen Situation befragt. Am Ende des Interviews konnten die Befragten – über die standardisierte Fragebogenbeantwortung hinausgehend – Aussagen über den HFCS und damit zusammenhängende Themen tätigen. Diese Kommentare werden in der vorliegenden Studie analysiert. Insbesondere ältere und höher gebildete Respondenten nutzten die Möglichkeit, sich zu äußern. Bevorzugte Themen waren in diesem Zusammenhang Inflation, Pensionen, Gesundheit und Vermögensverteilung.

Vermögenserhebungen sind methodisch besonders anspruchsvoll und inhaltlich komplex (siehe Albacete et al., 2016, Dokumentation der Methoden im HFCS in Österreich),¹ sowohl hinsichtlich der Formulierung der Fragen, der Stichprobenziehung samt der darauf basierenden Gewichtung, der umfangreichen multiplen Imputationen als auch der Datenkontrolle im Prozess des Editierens. Besondere Bedeutung bei Haushaltserhebungen zu Vermögen kommt den Interviewern zu, da es ihnen obliegt, von den Befragten möglichst umfassende und wahrheitsgetreue Auskünfte zu ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zu erlangen (siehe Albacete und Schürz, 2013, 2014a und 2014b).

Angesichts der methodischen Herausforderungen ist nicht auszuschließen, dass Aspekte außer Acht gelassen werden, die aus der Perspektive der Befragten erwähnt werden hätten sollen. Aus diesem Grund wurde den Respondenten am Ende der Befragung die Möglichkeit eingeräumt, diese Bereiche zu thematisieren sowie ihre Einschätzung und Kommentare zum Interview abzugeben. Dass im HFCS-Fragebogen wichtige Fragen fehlen könnten, wäre denkbar und könnte mit dem sogenannten „Framing-Effekt“ der Forscher zu tun haben, welcher ihren Zugang zu

akademisch und zu fern der Lebenspraxis der Befragten ausfallen lässt.

Der kurzen Einführung in Kapitel 1 über Details der Verbatim-Erfassung von Kommentaren folgen in Kapitel 2 Ergebnisse der Analyse zu den Fragen „Wer gab Kommentare ab?“ und „Zu welchen Themen wurde kommentiert?“. In Kapitel 3 werden Schlussfolgerungen präsentiert.

1 Verbatim-Erfassung

Gemäß den Vorgaben der EZB ist eine Verbatim-Erfassung von Kommentaren zu möglichen Versäumnissen im Rahmen der Befragung für das Verständnis von Vermögen, Einkommen und Ausgaben erforderlich. Im HFCS Austria 2014 wurde diese Frage noch detaillierter, dreigeteilt dargestellt. Nach einer Frage, die auf Schwierigkeiten beim Interview abzielte, wurden zum einen fehlende Sachverhalte und zum anderen alle weiteren Aspekte erhoben. Die genaue Formulierung ist dem Anhang zu entnehmen, sowohl in Form der EZB-Vorgabe als auch im Wortlaut, wie sie im HFCS Austria 2014 verwendet wurde. Die Antworten auf diese drei Fragen sind Gegenstand dieser Analyse und werden zusammen, also nicht getrennt nach jeder Frage, analysiert.

¹ Für eine Dokumentation des internationalen HFCS siehe EZB (2016a) und EZB (2016b).

Die Informationen aus diesem Teil der Erhebung wurden insbesondere bei den Konsistenzchecks und im Editierungsprozess (siehe Albacete et al., 2016) verwendet. Aufgrund der Vielfalt der mündlichen Antworten wurde bis zur Erstellung der vorliegenden Analyse von einer strukturierten Auswertung abgesehen. Dieser Beitrag erläutert erstmals die wesentlichen Aspekte dieser Informationen. Dazu wurden alle Antworten individuell kodiert und, wie im Folgenden dargelegt, im Zusammenhang mit den sozioökonomischen Charakteristika der Haushalte dargestellt. Die Auswertungen betrafen lediglich die Respondenten. Es wurden keine Rückschlüsse auf die Haushaltsbevölkerung in Österreich gezogen. Alle Ergebnisse wurden also ungewichtet für jedes „Implicate“² errechnet. Die Imputationsstruktur des HFCS Austria wurde jedoch aufgrund der Implikationen für die sozioökonomischen Charakteristika der Haushalte beachtet. Danach wird gemäß Rubins Regel³ der Mittelwert über die fünf Implicates genommen.

2 Ergebnisse der Analyse

2.1 Wer gab Kommentare ab?

Fast ein Viertel der Respondenten machte Kommentare und dies ungeachtet einer durchschnittlichen Interview-Dauer von rund 73 Minuten (siehe Tabelle 1). Dies ist ein hoher Anteil angesichts der von vielen für zu privat erachteten Fragen, der Komplexität des Fragebogens und der Länge des Gesprächs. Es weist darauf hin, dass es den Interviewern offenbar gelang, eine vertrauenswürdige Gesprächssituation zu schaffen, in welcher seitens der Befragten ein echtes Interesse der

Tabelle 1
Anteil der Haushalte mit Kommentaren

	Partizipation	Standardfehler
Insgesamt	0,233	0,008

Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Interviewer an ihrer Lebenssituation vermutet wurde.

Dieser Teil der an der HFCS-Erhebung teilnehmenden Haushalte wird im Folgenden detaillierter untersucht: zunächst in einfachem Zusammenhang mit bestimmten Charakteristika, später als bedingte Korrelation in einem Regressionsmodell.

2.1.1 Univariate Analyse

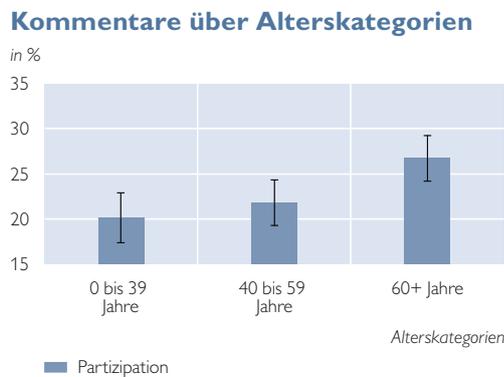
Insbesondere ältere Respondenten (siehe Grafik 1), Menschen mit höherem Bildungsabschluss (siehe Grafik 2) und Landwirte (siehe Grafik 3) gaben Kommentare zur Haushaltsbefragung und zu möglichen Problemen mit einzelnen Fragestellungen ab. Des Weiteren kommentierten Personen aus Haushalten, die eine Erbschaft erhalten hatten, häufiger (siehe Grafik 4). Dies gibt einen ersten Hinweis darauf, dass aus sehr unterschiedlichen Gründen Bemerkungen gemacht wurden.

Bei älteren Respondenten im Pensionsalter liegt die Vermutung nahe, dass diese über mehr freie Zeit verfügen und eher bereit sind, eigene Überlegungen auszuführen. Der Anstieg der Auskunftsbereitschaft im Zusammenhang mit dem Bildungsniveau hat vermutlich mit besserem sprachlichen Ausdrucksvermögen zu tun.

² Auf der Grundlage eines iterativen Bayesschen Modells werden fehlende Informationen im HFCS multipel imputiert. Dabei entstehen fünf Datensätze, die als „Implicates“ bezeichnet werden.

³ Rubins Regel besagt, dass das arithmetische Mittel über die Schätzer aus den einzelnen Implicates den Schätzer für die Population ergibt.

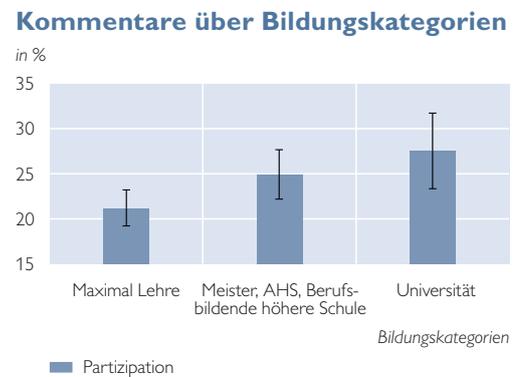
Grafik 1



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 2



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Die Situation der Landwirte in der HFCS-Befragung lässt indes andere Spezifika erkennen. Landwirte kommentierten zwar häufig, ihre Ergebnisse wiesen jedoch einen besonders hohen Standardfehler auf. Ihre Vermögensposition unterscheidet sich vom Rest der Bevölkerung darin, dass es sich bei ihrem Vermögen vorrangig um Gebrauchsvermögen handelt. Felder, Traktoren und Nutztiere zählen zum landwirtschaftlichen Vermögen und bilden die Basis des Nettovermögens. Zudem hatten viele der Landwirte Schwierigkeiten, Angaben zu ihrem

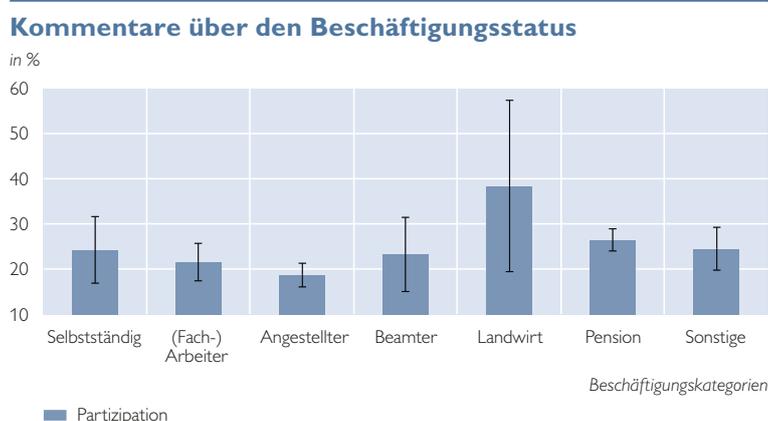
Vermögen und Einkommen zu machen. Bei dieser kleinen Gruppe in der Gesellschaft steht zu vermuten, dass sie sich in der HFCS-Erhebung aufgrund der standardisierten Abfrage zum Vermögen in ihrer spezifischen Charakteristik nicht zur Gänze wiederfand. Dadurch könnten häufige Kommentare notwendig geworden sein.

Jene Personen, in deren Haushalt eine Erbschaft angefallen war, hatten weit deutlicher ein Kommunikationsanliegen als die Gruppe der Nichterben. Dies kann damit zu tun haben, dass Erben unter einem besonderen gesellschaftlichen Rechtfertigungsdruck stehen, da es sich dabei um „unverdientes Vermögen“ (Beckert, 2004) handelt. Es kann aber auch damit in Zusammenhang stehen, dass Erben ein besonders emotionalisierendes Thema darstellt.

Über Einkommens- und Vermögensquintile ließ sich in dieser ersten, einfachen Auswertung keine Struktur erkennen (siehe Grafiken 5 und 6). Es ist demnach nicht so, dass einkommensstärkere Personen eher kommentieren würden.

Interessanterweise wurden am Ende eines längeren Interviews tendenziell häufiger Kommentare gemacht als nach kurzen Interviews (siehe Grafik 7). Es

Grafik 3

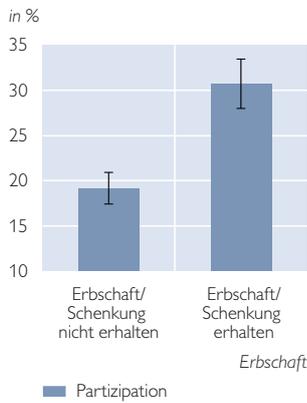


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 4

Kommentare über den Erbschaftsindikator

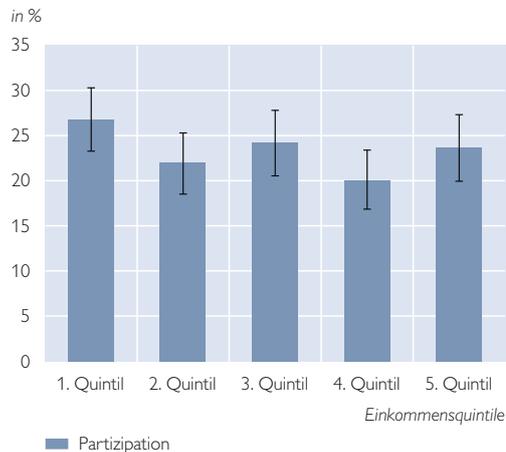


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 5

Kommentare über Einkommensquintile

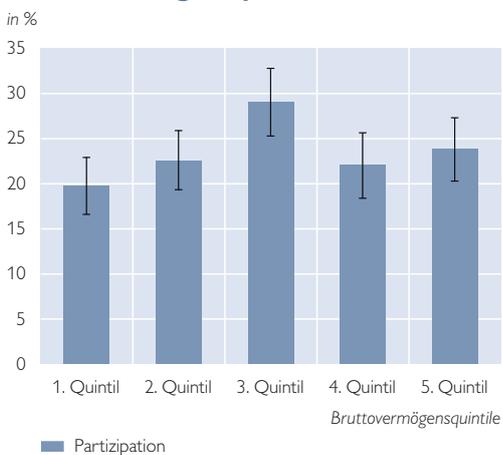


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 6

Kommentare über Bruttovermögensquintile

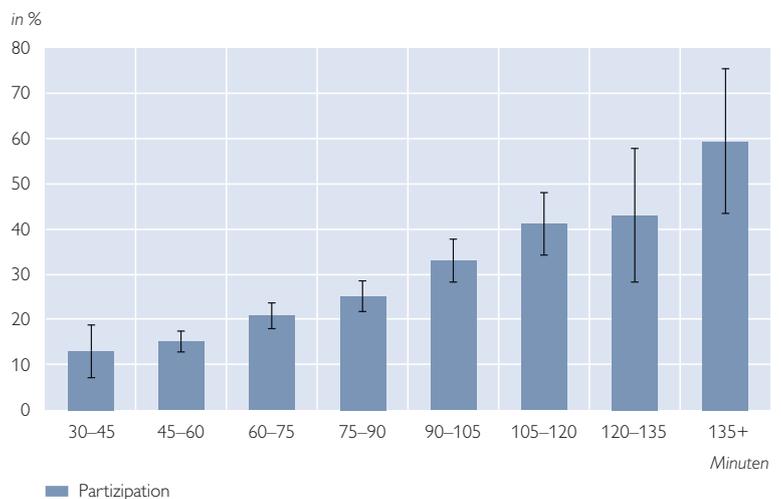


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 7

Kommentare über die Dauer des Interviews



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

scheint, dass jene Personen, die sich viel Zeit für die HFCS-Befragung nahmen, danach auch häufiger Kommentare abgaben.

2.1.2 Multivariate Analyse

Diese einfachen Auswertungen lassen jedoch nur Aussagen bezüglich einzelner Variablen zu. Da zum Beispiel Bildung

und Einkommen in einem Zusammenhang stehen, bleibt unklar, ob die Unterschiede in der Inzidenz von Kommentaren über die Bildungskategorien auch konditional für bestimmte Einkommensgruppen bestehen bleiben. Hierfür – also um bedingte Korrelationen untersuchen zu können – wurde folgendes einfache Probit-Modell geschätzt:

$$\begin{aligned} \text{Prob}(\text{Kommentar} = 1 | X = x) &= \\ &= \Phi(x\beta) + \varepsilon \end{aligned}$$

Es wird standardgemäß angenommen, dass der Fehlerterm normalverteilt ist, also $\varepsilon \sim N(0,1)$. Als unabhängige Variablen, die in der Matrix X dargestellt sind, werden die oben verwendeten sozioökonomischen Indikatoren zusätzlich zu anderen Informationen verwendet. Um den Einfluss bestimmter Indikatoren auf das Ergebnis des gesamten Modells zu sehen, werden zwei unterschiedliche Modelle geschätzt. Aufgrund der geringen Variation über die Bruttovermögensquintile (siehe Grafik 6) sowie des engen Zusammenhangs mit anderen unabhängigen Variablen – wie den Eigentumsverhältnissen im Hauptwohnsitz – wurde dieser Indikator im Regressionsmodell nicht verwendet. Zusätzlich zu den Koeffizienten, die für das Modell geschätzt

werden, werden auch die durchschnittlichen marginalen Effekte (AME) ausgewiesen, um die Höhe der Koeffizienten besser einordnen zu können.⁴ Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse dieser multivariaten Korrelationsanalyse. Die mit „x“ gekennzeichneten Variablen wurden aus dem Regressionsmodell genommen.

Die Signifikanz der Korrelation zwischen der Erfassung eines Kommentars und den Variablen zu Interviewdauer, Bildung und Erbschaft bleibt auch in der Regression bestehen. Die Variable der Landwirte ist nicht signifikant. Es handelt sich wohl um zu wenige Beobachtungen bzw. wie oben schon beschrieben, ist der Standardfehler für die Koeffizienten an diesen Indikatoren relativ hoch. Konditional auf die erklärenden Variablen geben auch Mieter und unentgeltliche Nutzer im Vergleich zu Eigentümern des Hauptwohnsitzes häufiger einen Kommentar ab. Die

Tabelle 2

Konditionale Korrelation und marginaler Effekt (AME)

	Modell 1		Modell 2	
	Probit	AME	Probit	AME
Dauer des Interviews	0,0131 *** (0,0012)	0,0037 *** (0,0003)	0,0131 *** (0,0012)	0,0037 *** (0,0003)
Altersgruppen des Kompetenzträgers (Basis: bis 39 Jahre)				
40 bis 59 Jahre	0,0226 (0,0735)	0,0062 (0,0202)	0,0253 (0,0718)	0,0069 (0,0195)
60 Jahre und älter	0,123 (0,1167)	0,0351 (0,0333)	0,1704 ** (0,0728)	0,0489 ** (0,0207)
Geschlecht				
Dummy für weiblichen Kompetenzträger	-0,033 (0,0542)	-0,0094 (0,0154)	-0,0443 (0,0532)	-0,0126 (0,0152)
Bildung des Kompetenzträgers (Basis: maximal Lehre)				
Meister, Allgemeine Hochschulreife, Berufsbildende höhere Schule	0,1540 ** (0,0611)	0,0435 ** (0,0174)	0,1431 ** (0,0596)	0,0405 ** (0,017)
Universität	0,2638 *** (0,0839)	0,0772 *** (0,0256)	0,2472 *** (0,0812)	0,0724 *** (0,0247)

Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet. Standardfehler auf Basis der Replicate-Gewichte in Klammern. *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$. Die Indikatoren, die mit „x“ gekennzeichnet sind, wurden in dem jeweiligen Modell nicht verwendet.

⁴ Die durchschnittlichen marginalen Effekte lassen sich auch über die beiden Modelle miteinander vergleichen. Dies ist bei den Koeffizienten nur in sehr eingeschränktem Maß möglich.

Fortsetzung von Tabelle 2

Konditionale Korrelation und marginaler Effekt (AME)

	Modell 1		Modell 2	
	Probit	AME	Probit	AME
Beschäftigungsstatus des Kompetenzträgers (Basis: Selbstständig)				
(Fach-)Arbeiter	0,0498 (0,1512)	0,0144 (0,0434)	×	×
Angestellter	-0,0905 (0,137)	-0,0249 (0,0386)	×	×
Beamter	-0,0398 (0,1899)	-0,0111 (0,0531)	×	×
Landwirt	0,3992 (0,2971)	0,1276 (0,1007)	×	×
Pensionist	0,0325 (0,1589)	0,0093 (0,0454)	×	×
Sonstige	0,0616 (0,1519)	0,0179 (0,0437)	×	×
Haushaltsgröße (Basis: Single)				
Zwei-Personen-Haushalt	-0,0528 (0,0713)	-0,0151 (0,0204)	-0,0428 (0,0707)	-0,0123 (0,0203)
Drei-Personen-Haushalt	-0,0966 (0,1039)	-0,0272 (0,0289)	-0,0861 (0,103)	-0,0243 (0,0287)
Haushalt mit 4 oder mehr Personen	-0,0571 (0,104)	-0,0163 (0,0295)	-0,0513 (0,1032)	-0,0146 (0,0293)
Eigentumsverhältnis im Hauptwohnsitz (Basis: (Teil-)Eigentümer)				
Mieter	0,1324 ** (0,0635)	0,0372 ** (0,0177)	0,1326 ** (0,0632)	0,0373 ** (0,0176)
Unentgeltliche Nutzung	0,2526 ** (0,1096)	0,0737 ** (0,0337)	0,2487 ** (0,1094)	0,0726 ** (0,0336)
Erbschaft				
Dummy für Erbschaft und/oder Schenkung	0,3357 *** (0,058)	0,0991 *** (0,0176)	0,3371 *** (0,0577)	0,0997 *** (0,0175)
Bruttoeinkommensquintile (Basis: erstes Quintil)				
Zweites Quintil	-0,1345 (0,0886)	-0,0397 (0,0263)	-0,1583 * (0,0863)	-0,0473 * (0,0258)
Drittes Quintil	-0,1051 (0,0931)	-0,0314 (0,0279)	-0,1312 (0,0903)	-0,0395 (0,0272)
Viertes Quintil	-0,2223 ** (0,1022)	-0,0638 ** (0,0294)	-0,2595 *** (0,0981)	-0,0750 *** (0,0283)
Fünftes Quintil	-0,1882 (0,1178)	-0,0546 (0,034)	-0,2339 ** (0,1123)	-0,0681 ** (0,0323)
Weitere Indikatoren				
Dummy für die Inkonsistenz zur Vermögensverteilung	0,0336 (0,0569)	0,0095 (0,0161)	×	×
Indikator für einen Haushalt mit Landwirtschaft	×	×	0,4122 (0,2711)	0,1172 (0,077)
Konstante	-1,9278 *** (0,1886)		-1,8938 *** (0,1343)	
Anzahl der Beobachtungen	2.997	2.997	2.997	2.997

Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Standardfehler auf Basis der Replicate-Gewichte in Klammern. *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Die Indikatoren, die mit „x“ gekennzeichnet sind, wurden in dem jeweiligen Modell nicht verwendet.

marginalen Effekte zeigen eine um 4 bis 7 Prozentpunkte höhere durchschnittliche Wahrscheinlichkeit eines Kommentars für diese beiden Gruppen.

Zusätzlich sehen wir in der konditionalen Analyse, dass – bei konstanten anderen Indikatoren – ein höheres Einkommen tendenziell mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit zur Abgabe eines Kommentars einhergeht. Je nach Bruttoeinkommensquintil ist dieses Ergebnis auch signifikant.

2.2 Zu welchen Themen wurde kommentiert?

Die Kommentare der Befragten blieben nicht fokussiert auf Vermögens- und Einkommenthemen, sondern reflektierten oft nur Assoziationen zu themenverwandten Sujets. Vielfach wurden die Begriffe Einkommen und Vermögen verwechselt oder fälschlich als Synonyme verwendet.

Besonders häufig wurden fünf Bereiche angesprochen, die auch ökonomisch relevant sind: Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Vermögensverteilung, Steuersystem/Steuern, Inflation/Steigerung der Lebenskosten, Gesundheit und Pensionen.

Daneben dokumentierte eine Vielzahl von Kommentaren die spezifische Lebenssituation oder persönliche Anliegen der Respondenten.

Die konditionale Partizipationsrate,⁵ in Tabelle 3⁶ dargestellt, belegt insbesondere die Wichtigkeit des Inflationsthemas für die Bevölkerung. Dieses Thema betrifft Menschen im Alltag. Hier werden unmittelbare Wahrnehmungen etwa zu Preiserhöhungen bei Mieten und Lebensmitteln gemacht. Im HFCS findet sich hierzu wenig, da der Vermögensfokus der Erhebung dies nicht erlaubt. Auch stellen Preisvereinbarungen eine Menge offener Fragen. Welcher Deflator sollte für Börsenkursentwicklungen herangezogen werden? Während es beim Realeinkommen um die tatsächliche Kaufkraft geht, ist ein analoges Verständnis des Begriffs *reales Vermögen* in der wissenschaftlichen Literatur zu Vermögenssurveys noch nicht geklärt.

Wichtig war auch das Gesundheitsthema. So beanstandeten viele Personen das Fehlen von Fragen nach Gesundheitsausgaben im HFCS-Interview. Durch eine Erkrankung und die dadurch anfallenden Kosten werden die verfügbaren Mittel eines Haushalts eingeschränkt; dies stellt besondere finanzielle Herausforderungen dar. Eine solche Einbeziehung von Spezifika der Lebenssituation von Kranken und Pflegebedürftigen wäre durchaus in Anlehnung an den *Capability-Ansatz* (Sen, 1999) überlegenswert. Hierbei wären nicht nur die Ressourcen (Einkommen, Vermögen), sondern auch die Verwirklichungschancen (z. B. einschränkende Behinderungen) zu berücksichtigen.

Tabelle 3

Konditionaler Anteil der Kommentare über Themengebiete

	Partizipation	Standardfehler
Schwierigkeit bei der Einschätzung der Vermögensverteilung	0,169	0,014
Steuersystem / Steuern im Allgemeinen	0,067	0,009
Inflation / Steigerung der Lebenskosten	0,247	0,016
Gesundheit	0,099	0,011
Pensionssystem	0,142	0,013

Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

⁵ Die konditionale Partizipationsrate zeigt den Anteil der Haushalte an der Gruppe jener Haushalte, die einen Kommentar abgegeben haben.

⁶ Aufgrund der Vielzahl von Themengebieten, die insgesamt von den Haushalten angesprochen wurden, summieren sich die Anteile der fünf Themenkomplexe nicht auf 100 %.

2.2.1 Inflation

Inflation⁷ ist ein Thema, das in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Befragung zu Einkommen, Vermögen und Ausgaben stand, das aber bei den Schlussbemerkungen der Befragten relativ häufig vorkam. Grundsätzlich war Inflation ein Thema sowohl der Einkommensschwächeren als auch der Vermögensärmeren (siehe Grafiken 8 und 9).

Man sieht auch, dass das Inflationsthema insbesondere von jungen wie auch von älteren Respondenten angesprochen wurde (auf eine Grafik wird hier verzichtet), weniger in der mittleren Alterskategorie.

2.2.2 Vermögensverteilung

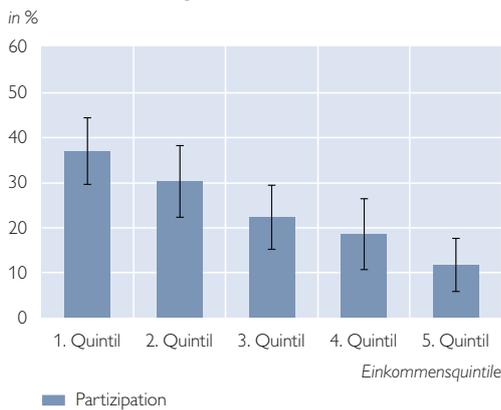
Viele Respondenten hatten Schwierigkeiten bei den Fragen zur Vermögensverteilung und erwähnten diese Verständnisprobleme auch explizit (siehe auch Tabelle 3). Es sind – abgesehen

von der fallenden Tendenz über die Bildungshöhe (siehe Grafik 10) – keine Erklärungsvariablen identifizierbar. Insbesondere über die Vermögens- und Einkommensverteilung zeigen sich keine Unterschiede (siehe beispielhaft für das Einkommen Grafik 11).

Dieses Ergebnis deutet eher auf Wissenslücken oder Defizite in den statistischen Kenntnissen hin als auf interessensgeleitete Ablehnungen des Sujets der Verteilung. Es war jedoch auch zu erkennen, dass es bei der Beantwortung dieser Fragen zur Vermögensverteilung zu logischen Inkonsistenzen kam (siehe Tabelle 4).⁸ Bei den Fragen zur Vermögensverteilung wurde die Einschätzung der Respondenten erhoben, wie diese war („Status-Einschätzung“) und wie diese sein sollte („Zielgrößen-Einschätzung“). Es zeigte sich, dass in beiden Bereichen selbst einfache logische Anforderungen

Grafik 8

Kommentare zu Inflation über Einkommensquintile

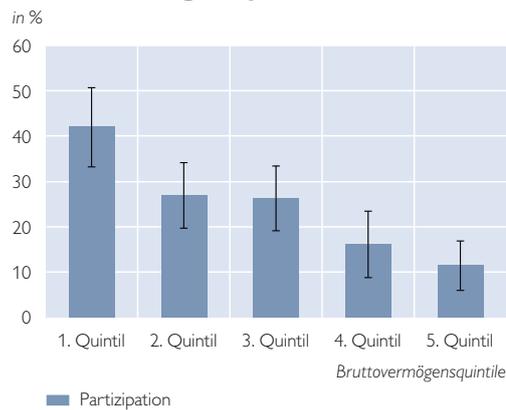


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 9

Kommentare zu Inflation über Bruttovermögensquintile



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

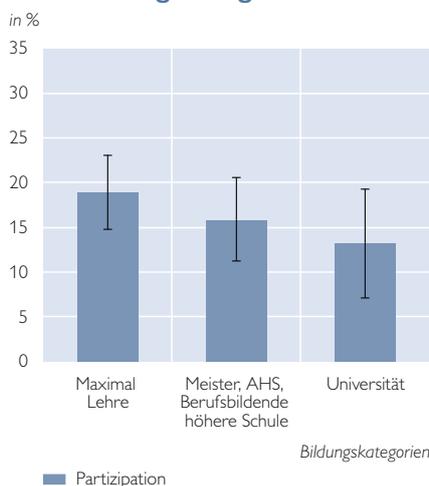
Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

⁷ Für eine Zentralbank ist Inflation naturgemäß ein sehr wichtiges Themengebiet. Der interessierte Leser wird für weiterführende Analysen z. B. auf Fritzer und Rumler (2015) oder OeNB (2017) verwiesen.

⁸ Diese Fragen nach Anteilen, also Prozentsätzen, am Gesamten sind bekannterweise in Surveys schwer zu beantworten. Die Qualität der an anderer Stelle erhobenen Informationen zum Vermögen des Haushalts steht damit jedoch in keinem Zusammenhang.

Grafik 10

Kommentare zur Vermögensverteilung über Bildungskategorien

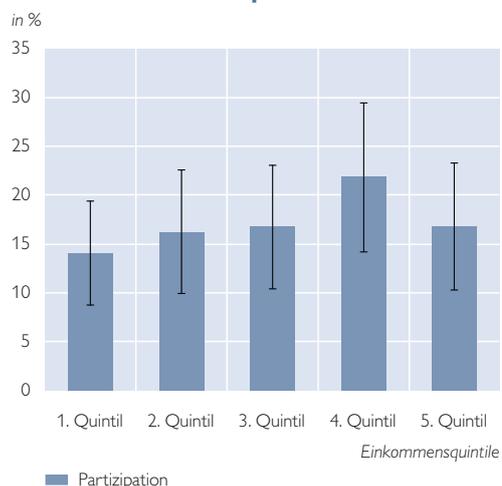


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 11

Kommentare zur Vermögensverteilung über Einkommensquintile



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

zu einem nicht vernachlässigenden Teil verletzt wurden. So kam der Fehler, dass die unteren 50% der Verteilung mehr als 50% des Vermögens besitzen, in mehr als 10% der Haushalte vor.

Gerade diese Fragen wurden auch von Interviewern oft als schwierig empfunden und Probleme der Respondenten hinsichtlich Frageverständnis an das HFCS-Team in der OeNB rückgemeldet.

Die Schwierigkeiten bei der Einschätzungsfrage zur Vermögensverteilung belegen eindrucksvoll die Notwendigkeit von faktengeleiteter Aufklärung. Einerseits hatten manche Personen Probleme mit Prozentrechnungen,⁹ andererseits dürfte der Begriff *Verteilung* in der Bevölkerung nicht ausreichend bekannt sein. Zu lange war er offenbar in der Ökonomie vernachlässigt worden.

Tabelle 4

Inkonsistenzen bei der Erfassung der Einschätzung der Verteilung von Vermögen in Österreich

	Status-Einschätzung		Zielgrößen-Einschätzung	
	Partizipation	Standardfehler	Partizipation	Standardfehler
Untere 50% plus Top 10% > 100%	0,037	0,005	0,029	0,004
Untere 50% > 50%	0,106	0,007	0,189	0,008
Top 1% < 1%	0,002	0,001	0,018	0,003
Top 10% < 10%	0,135	0,008	0,231	0,010
Top 10% < Top 1%	0,151	0,009	0,132	0,006

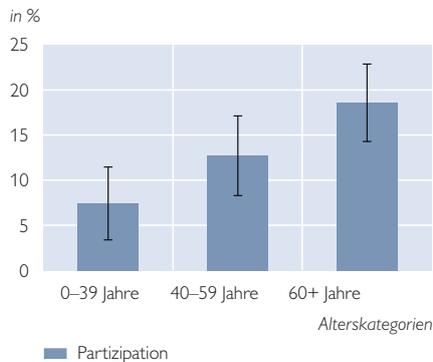
Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

⁹ Die Schwierigkeiten insbesondere im Umgang mit Prozentrechnungen werden in der Literatur auch ausführlich im Bereich der Financial Literacy dokumentiert (siehe Silgoner et al., 2015, oder OECD, 2016).

Grafik 12

Kommentare zum Pensionssystem über Alterskategorien

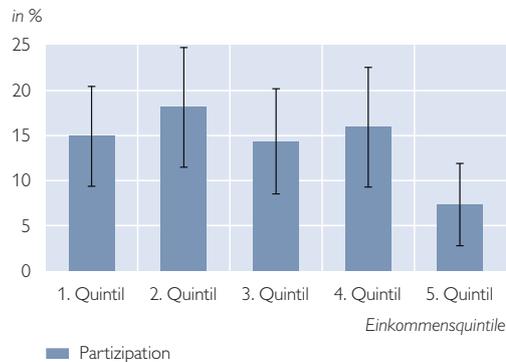


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 13

Kommentare zum Pensionssystem über Einkommensquintile



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

2.2.3 Pensionssystem

Als weiterer großer Themenbereich wurde das Pensionssystem genannt. Insbesondere für ältere Respondenten war es ein wichtiges Thema (siehe Grafik 12). Die Sorge der jüngeren Respondenten bezüglich Pension¹⁰ kam in den Ergebnissen, zumindest im Vergleich mit der älteren Generation, nicht zum Ausdruck. Respondenten mit sehr hohem Einkommen machten sich wenig Sorgen um die Pension, das Thema wurde daher von ihnen kaum aufgegriffen (siehe Grafik 13).

2.2.4 Gesundheit

Das Thema Gesundheit beschäftigte insbesondere ältere Menschen (siehe Grafik 14) mit vergleichsweise geringer Bildung (siehe Grafik 15) und tendenziell geringeren Ressourcen (siehe Grafiken 16 und 17). Der Umstand, dass ältere Respondenten das Thema Gesundheit relativ häufig erwähnten, kann auch mit den relativ hohen Gesundheitsausgaben dieser Gruppe zusammenhängen.

2.2.5 Steuersystem

Das Thema Steuern wurde insbesondere von vermögendere Personen (weniger stark war die Tendenz bei einkommensstarken Respondenten) thematisiert (siehe Grafiken 18 und 19); aber auch Menschen, die geerbt hatten, sprachen es häufig an (siehe Grafik 20). Beim Beschäftigungsstatus zeigte sich, dass insbesondere Selbstständige und Beamte das Steuersystem thematisierten (auf eine Grafik wird auch hier verzichtet).

3 Schlussfolgerungen

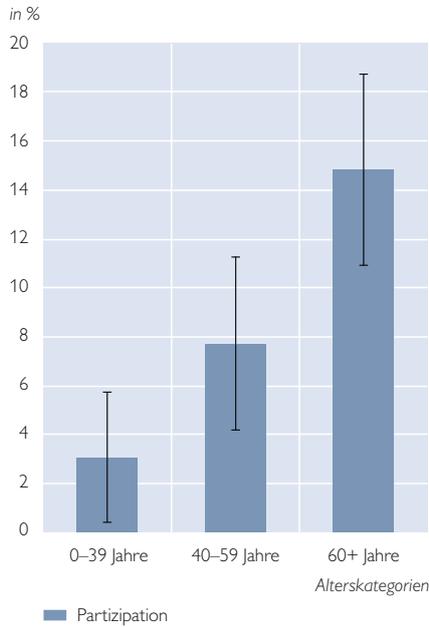
Die mündlichen, offenen Kommentare am Ende des HFCS-Interviews reflektieren thematisch gesellschaftliche Debatten. Zu allen oben erwähnten Themen – wie etwa Pensionen, Gesundheit oder Vermögensverteilung – werden öffentliche Auseinandersetzungen geführt. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zu diesen Fragen war Thema inhaltlicher Kontroversen.

Die Ergebnisse der Analyse der Kommentare zeigen, dass die wichtigen Inhalte zu den Finanzen der privaten

¹⁰ Damit ist die in der Öffentlichkeit breit diskutierte Problematik bei der Finanzierung zukünftiger Pensionsversprechen gemeint.

Grafik 14

Kommentare zur Gesundheit über Alterskategorien

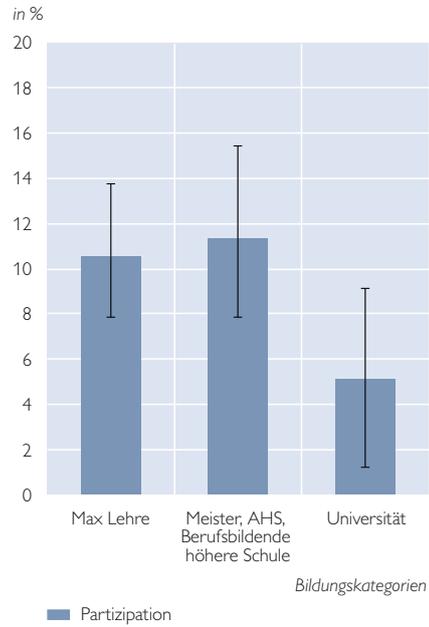


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 15

Kommentare zur Gesundheit über Bildungskategorien

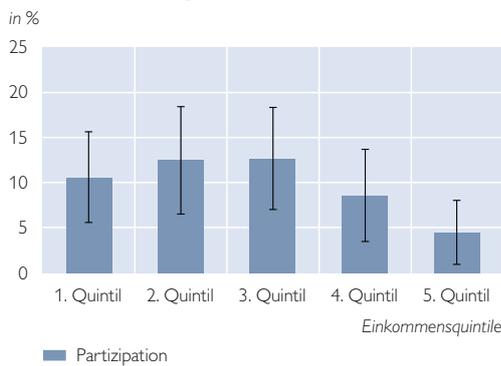


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 16

Kommentare zur Gesundheit über Einkommensquintile

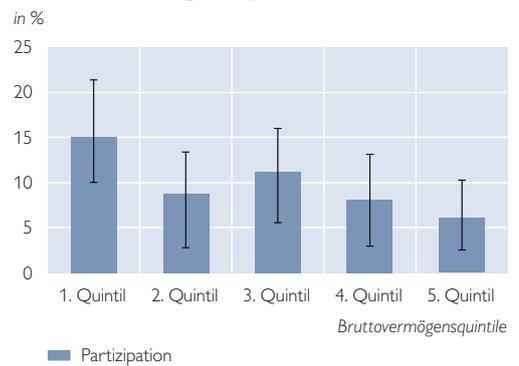


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 17

Kommentare zur Gesundheit über Bruttovermögensquintile

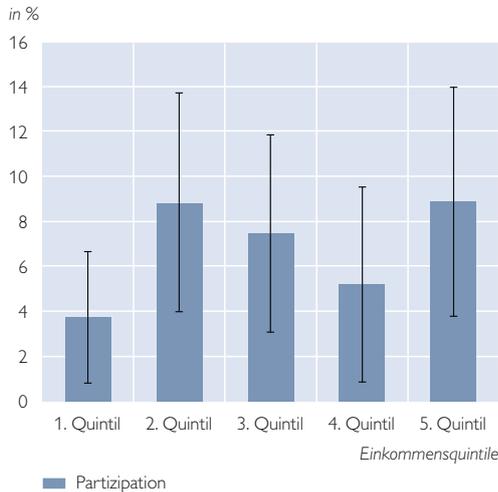


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 18

Kommentare zum Steuersystem über Einkommensquintile

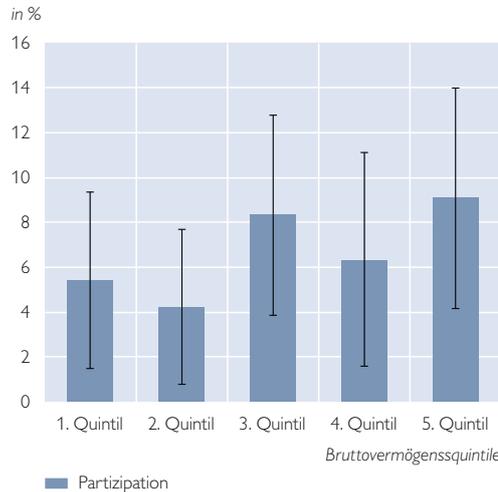


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 19

Kommentare zum Steuersystem über Bruttovermögensquintile

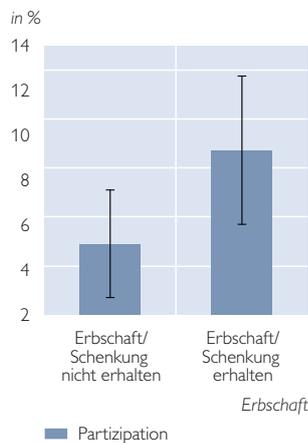


Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

Grafik 20

Kommentare zum Steuersystem über den Erbschaftsindikator



Quelle: HFCS Austria 2014, OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Auswertung bezüglich der Sample-Population ist das Ergebnis nicht gewichtet.

nicht bereits im HFCS erfassten Komponenten im Bereich Finanzen identifiziert wurden. Problematisch scheint, dass die Fragen im HFCS für die Respondenten sehr komplex sind und damit das Limit dessen erreichen, was in einem Interview erhoben werden kann. Gerade Haushaltserhebungen zum Thema Vermögen zählen zu den besonders schwierigen Befragungen. Aus diesem Grund sind auch offene, resümierende Fragen am Ende des Interviews sinnvoll.

Für die Fragenkonzeption der vierten Welle des HFCS könnten einige Fragen zur Inflation bzw. zur Gesundheit überlegt werden, die den Bereich der Fragen zu den Ausgaben der Haushalte im HFCS stärken könnten. Ebenfalls könnten künftig auf Basis der Informationen zur Zugehörigkeit bestimmter Gruppen mögliche Module von Fragen entwickelt werden, die nur einem Teil der Respondenten gestellt werden.

Haushalte gut erfasst wurden. Dies ergibt sich insbesondere daraus, dass seitens der Befragten keine zusätzlichen,

Literaturverzeichnis

- Albacete, N., P. Lindner und K. Wagner. 2016.** Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014. Methodische Grundlagen für Österreich (zweite Welle). Addendum zu Monetary Policy & the Economy Q2/16, OeNB.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2013.** Interviewereffekte beim HFCS Austria 2010. Statistiken – Daten & Analysen Q3/13. OeNB. 57–68.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014a.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 1: Evaluierung von Non-Response-Fehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q1/14. OeNB. 81–97.
- Albacete, N. und M. Schürz. 2014b.** Paradata im HFCS Austria 2010 – Teil 2: Evaluierung von Messfehlern. Statistiken – Daten & Analysen Q3/14. OeNB. 54–64.
- Beckert, J. 2004.** Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts. Campus Verlag.
- ECB. 2016a.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: Methodological report for the second wave. ECB Statistics Paper Nr. 17. Dezember.
- ECB. 2016b.** The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: results from the second wave. ECB Statistics Paper Nr. 18. Dezember.
- Fritzer, F. und F. Rumler. 2015.** Determinants of Inflation Perceptions and Expectations: An Empirical Analysis for Austria. Monetary Policy & the Economy Q1/15. OeNB. 11–26.
- OECD. 2016.** OECD/INFE International Survey of Adult Financial Literacy Competencies. OECD. <https://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/OECD-INFE-International-Survey-of-Adult-Financial-Literacy-Competencies.pdf> [abgerufen am 13.9.2017]).
- OeNB. 2017.** Inflation aktuell. Q2/17. OeNB. Juli.
- Sen, A. 1999.** Development as Freedom. Oxford University Press.
- Silgoner, M., B. Greimel-Fuhrmann und R. Weber. 2015.** Financial literacy gaps of the Austrian population. Monetary Policy & the Economy Q2/15. OeNB. 35–51.

Anhang

EZB-Vorgabe zur Erfassung der Kommentare am Ende des Interviews

HP0200 Items missed by the interviewee

Do you think we may have missed anything you deem important for the assessment of your household's wealth, finances, income, etc.?

[Try to encourage respondent to specify and quantify the omission as much as possible]

[Interviewer: Thank the respondent again.]

Formulierung im HFCS Austria 2014

AHP0100 Von der befragten Person als schwierig eingeschätzte Fragen

Vielen Dank, dass Sie uns Ihre Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet haben. Wir sind nun am Ende des Interviews angekommen. Hatten Sie bei der Beantwortung bestimmter Fragen besondere Schwierigkeiten? Wenn ja, welche?

[Interviewer: Die befragte Person kann sich auf Abschnitte und bestimmte Fragen beziehen oder einfach nur die Frage beschreiben oder einen anderen Hinweis geben.]

HP0200 Nach Einschätzung der befragten Person fehlende Sachverhalte

Haben wir wichtige Dinge nicht angesprochen, die Ihrer Einschätzung nach im Zusammenhang mit der Vermögenssituation, den Finanzen, dem Einkommen usw. Ihres Haushalts von Bedeutung sind?

Wenn ja, würden Sie diese Dinge bitte näher beschreiben.

[Interviewer: Die befragte Person dazu ermuntern, die fehlenden Dinge so genau wie möglich zu quantifizieren.]

AHP0300 Weitere Anmerkungen der befragten Person

Gibt es noch etwas, was Sie zu den Themen, über die wir während des Interviews gesprochen haben, hinzufügen möchten?

Der österreichische Wohnimmobilienpreisindex: Methodische Verfeinerung 2017

Wolfgang Brunauer¹,
Wolfgang Feilmayr²,
Karin Wagner³

Der österreichische Wohnimmobilienpreisindex wird mit dem dritten Quartal 2017 methodisch verfeinert und auf eine neue Datenbasis umgestellt. In diesem Beitrag werden die Auswirkungen dieser Änderung in mehrfacher Hinsicht überprüft: Zunächst wird die Doppel-Imputationsmethode mit der bisher verwendeten Dummy-Methode verglichen, danach der Effekt der Verfeinerung der Modelle von log-linearen Regressionsmodellen auf Generalisierte Additive Modelle und zuletzt die Auswirkung der Umstellung auf eine umfassendere Datenbasis analysiert. Damit soll untersucht werden, ob die Verknüpfung der bisherigen Datenreihen mit den neuen Indexreihen möglich und sinnvoll ist. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob die gezeigten Modelle künftig für eine stärkere Regionalisierung der Indexreihen Anwendung finden können.

1 Vorgehensweise

Um die Effekte der methodischen Verfeinerung und der Datenumstellung voneinander zu entkoppeln, wird in folgenden Stufen vorgegangen:

- Zunächst wird auf Basis der bisher verwendeten Datengrundlage (Daten der Firma EDI-Real GmbH⁵) der Effekt der methodischen Umstellung vom sogenannten Dummy-Modell (Modell 0) auf das Doppel-Imputationsmodell (Modell 1) mit derselben Modellspezifikation/Variablenauswahl ermittelt.
- Danach wird der Effekt einer verfeinerten Modellspezifikation, nämlich generalisierter additiver Modelle (GAM) ermittelt (Modell 2).
- Schließlich wird der Effekt der neuen Datenbasis (JUSTIMMO⁶) auf die Modellergebnisse ermittelt. In Modell 3 wird dazu ein GAM-Modell angewandt und mit Doppel-Imputation ausgewertet; der einzige Unterschied zu Modell 2 ist die neue Datenbasis.

2 Daten und Modelle

Folgende Datenquellen werden verwendet:

- Da der Datenstand, welcher der ursprünglichen/historischen Indexkonstruktion zugrunde gelegt wurde, nicht mehr exakt reproduzierbar ist, wird der Index mit den derzeit verfügbaren Datensätzen der Firma EDI-Real neu berechnet. Das Datensample für die Modelle 0, 1 und 2 deckt den Zeitraum von Q1 07 bis Q1 17 ab. Das Datensample wird darüber hinaus noch dedupliziert und ausreißerbereinigt.
- Das Datensample für Modell 3 stammt von der Maklertextware JUSTIMMO der B&G Consulting & Commerce GmbH. Diese Daten werden ab Q1 12 verwendet. Eine neue Datenbasis war notwendig geworden, da sich in den letzten Jahren zunehmend abgezeichnet hatte, dass die bis dahin verwendete Datengrundlage in einigen Segmenten zunehmend dünner wurde, was zu volatileren Ergebnissen führen konnte.

¹ DataScience Service GmbH, Wien, wolfgang.brunauer@datascience-service.at

² DataScience Service GmbH und Department für Raumplanung, Technische Universität Wien, wolfgang.feilmayr@tuwien.at

³ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, karin.wagner@oenb.at

⁴ Neben den Regionen Wien und Österreich ohne Wien sind künftig Publikationen für weitere Regionen geplant.

⁵ www.edireal.com

⁶ www.justimmo.at

Für Modell 0 wird dabei wie folgt vorgegangen (vgl. Hill, 2011):

- Berechne für die beiden Objektarten Eigentumswohnungen (ETW) und Einfamilienhäuser (EFH; beinhaltet auch Reihenhäuser und Doppelhaushälften) für Modellperioden von jeweils einem Jahr (vier Quartale) Modelle mit folgender Spezifikation:

$$z = \beta_0 + \beta_1 X_1 + \dots + \beta_n X_n + \delta_{t,1} D_{t,1} + \dots + \delta_{t,4} D_{t,4} + \varepsilon \quad (1)$$

Dabei wird das Modell jeweils mit der Modellperiode t bezeichnet, dem Endquartal einer Periode, also z. B. Q1 10⁷ für das letzte Quartal der Modellperiode Q1 09, Q3 09, Q4 09 und Q1 10.⁷ Diese Modelle werden jeweils getrennt für Wien und Österreich ohne Wien geschätzt. Für ETW wird weiter differenziert zwischen neuen Objekten (Alter kleiner oder gleich 3 Jahre) und gebrauchten Objekten.

In (1) wird der logarithmierte Preis $z = \ln(p)$ modelliert durch n Objekteigenschaften X_i , $i \in \{1, \dots, n\}$ wie Fläche, Alter, Ausstattung, räumliche Indikatoren und die dafür geschätzten Effekte β_i einerseits sowie andererseits durch 0/1 codierte (Dummy-) Variablen $D_{t,j}$, $j \in \{1, \dots, 4\}$ für jede Modellperiode t mit den Effekten $\delta_{t,j}$ für die Quartale, in denen die Preise der Objekte erhoben wurden.

- Der Preisindex für jede Modellperiode t wertet die Dummy-Effekte aus mit $\exp(\delta_{t,j})$. Da als Referenzquartal jeweils das erste Quartal jeder Modellperiode verwendet wird, ist $\delta_{t,1} = 0$ und $\exp(\delta_{t,1}) = 1$.
- Relevant ist jeweils die Entwicklung vom vorletzten auf das letzte Quartal

einer Modellperiode t , da die Modelle sich jeweils um drei Quartale überlappen. Die Steigerungsrate für jede Modellperiode im Vergleich zum letzten Quartal der Vorperiode ist dann $\Delta_t = 1 + \exp(\delta_{t,4}) - \exp(\delta_{t,3})$.

- Das kumulative Produkt wird über alle Quartale gebildet, wobei das erste Quartal (das letzte der ersten Modellperiode, also Q4 07) auf 1 gesetzt wird.

Für das Modell 1 wird die sogenannte Doppel-Imputationsmethode angewandt, wie sie in Hill (2011) oder Eurostat (2013) beschrieben wird. Imputationsmethoden verwenden Laspeyres- und Paasche-Index-Formeln. Diese messen die Veränderung des Preises eines festen Warenkorbs (in unserem Fall von Immobilien) im Zeitverlauf. Hierfür ist das Vorhandensein des jeweiligen Preises jedes Elements des Warenkorbs in jeder Periode eine notwendige Voraussetzung. Im Immobilienkontext ist es nicht sinnvoll, Laspeyres- oder Paasche-Indizes auf Basis von tatsächlichen Transaktionen zu berechnen, da Immobilien selten und in unterschiedlichen Intervallen verkauft werden. Man verwendet trotzdem diese Indizes, ersetzt aber tatsächliche Transaktionsdaten mit imputierten Preisen. Damit ist es möglich, einen Preis für die Immobilie, für beide Perioden (aktuelle Periode t und Vorperiode s) zu erhalten.

Dabei werden folgende Schritte vorgenommen:

- Berechne jeweils Modelle für $t \in \{Q4\ 07, \dots, Q1\ 17\}$

(entspricht wie beschrieben jeweils dem letzten Quartal einer Modellperiode mit vier Quartalen) mit der Modellspezifikation (1).

⁷ Um die Notation nicht allzu kompliziert zu gestalten, wird bei den Objekteigenschaften und räumlichen Indikatoren das Subskript t weggelassen, obwohl die Effekte selbstverständlich für jede Modellperiode variieren.

- Danach werden die Modellvorhersagen für jede Beobachtung imputiert, es wird also

$$\hat{z}_h = \hat{\beta}_1 + \sum_i \hat{\beta}_i X_{i,h} + \sum_j \hat{\delta}_j D_{j,h}$$

für alle Modellperioden berechnet (für die Immobilie h). Da es das Ziel ist, quartalsweise Indexwerte zu berechnen, werden im zweiten Schritt alle Beobachtungen einer Modellperiode auf das letzte Quartal der Modellperiode ausgewertet. Das bedeutet, dass

\hat{z}_h ersetzt wird durch

$$\tilde{z}_h = \hat{z}_h - \sum_j \hat{\delta}_j D_j + \hat{\delta}_4$$

oder in weiterer Folge vereinfacht

$$\hat{p}_{t,h}(z_{t,h})$$

- der geschätzte Preis der Immobilie h zum Zeitpunkt t .

- Danach wird mit diesen imputierten Werten der geometrische Paasche, der geometrische Laspeyres und daraus abgeleitet der Törnqvist-Index berechnet, wobei $s = t - 1$ (Hill, 2011):

Geometrischer Paasche:

$$P_{s,t}^{GP} = \prod_{h=1}^{H_t} \left(\hat{p}_{t,h}(z_{t,h}) / \hat{p}_{s,h}(z_{s,h}) \right)^{1/H_t} \quad (2)$$

Geometrischer Laspeyres:

$$P_{s,t}^{GL} = \prod_{h=1}^{H_s} \left(\hat{p}_{t,h}(z_{s,h}) / \hat{p}_{s,h}(z_{s,h}) \right)^{1/H_s} \quad (3)$$

Törnqvist:

$$P_{s,t}^T = \sqrt{P_{s,t}^{GP} \times P_{s,t}^{GL}} \quad (4)$$

Beim geometrischen Paasche-Index werden also die Beobachtungen der „aktuellen“ Periode t ausgewertet, und zwar einmal mit dem Modell der Periode t und einmal mit dem Modell der Periode s . Aus dem Quotienten dieser Wertepaare wird das geometrische Mittel über alle Beobachtungen der Periode t gebildet. Für den geometrischen Laspeyres-Index wird analog vorgegangen, nur wird das Sample der Vorperiode s verwendet.

Um die Berechnung zu vereinfachen, wird jeweils der Logarithmus der rechten Seite der Gleichung genommen und das Ergebnis wieder entlogarithmiert. Anhand des geometrischen Paasche:

$$\ln(P_{s,t}^{GP}) = \left[\sum_{h=1}^{H_t} \ln \left(\hat{p}_{t,h}(z_{t,h}) \right) - \sum_{h=1}^{H_t} \ln \left(\hat{p}_{s,h}(z_{s,h}) \right) \right] \times \frac{1}{H_t} \quad (5)$$

In Modell 2 wird Formel (1) ersetzt durch eine teilweise nichtlineare Spezifikation. Insbesondere werden die Quartale und die räumlichen Indikatoren mit Random Effects und die kontinuierlichen Variablen (wie etwa die Fläche und das Alter des Objekts) durch penalisierte Regressionssplines (vgl. Wood, 2006) modelliert. Wie in Brunauer et al. (2012) beschrieben, führt die Anwendung von Random Effects zu geringerer Volatilität und damit zu einem glatteren Indexverlauf, die Anwendung von penalisierten Regressionssplines zu höherer Präzision in der Schätzung. In Modell 3 schließlich wird dieselbe Modellspezifikation und Auswertemethode wie in Modell 2 verwendet, nur mit dem Datensatz von JUSTIMMO statt jenem von EDI-Real. Die Ergebnisse werden in Kapitel 3 grafisch dargestellt.

3 Analyse und Interpretation

Wir vergleichen nun die vier Ansätze, indem wir die Ergebnisse im Zeitverlauf abbilden. Zusätzlich zum Gesamtindex zeigen wir dabei insbesondere jene Teilindizes, die bisher in den Gesamtindex eingeflossen sind (Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser). Der Indexverlauf mit dem Suffix 0 beschreibt jeweils die aktuell eingesetzte Modellvariante (Dummy-Index) mittels der roten Linie, Modell 1 dasselbe log-lineare Modell, aber ausgewertet mit Törnqvist-Doppelimputation – dies in der grünen Linie. In Modell 2 wird das log-lineare Modell

Grafik 1

Indexverläufe für Gesamtösterreich



Quelle: DSS, OeNB.

durch ein generalisiertes additives Modell ersetzt (blaue Linie) und bei Modell 3 (orange Linie) schließlich der Datensatz von JUSTIMMO (statt EDI-Real) verwendet. Die Indexverläufe der Modelle 1 bis 3 sind jeweils so umbasiert, dass das Niveau des letzten Quartals jenem von Modell 0 entspricht.

In Grafik 1 für Gesamtösterreich zeigt sich, dass selbst die beiden Linien, bei denen die größten Unterschiede zu

erwarten wären – die rote Linie für das lineare Modell und die orange Linie für das nichtlineare Modell und die erweiterte Datenbasis – sehr ähnliche Verläufe zeigen. Das zeigt im Hinblick darauf, dass bei Modell 3 eine gänzlich andere Datenbasis herangezogen wurde, dass beide Datenbasen und Methoden zu sehr konsistenten Ergebnissen führen, und kann auch als positive Validierung der bisherigen Modellansätze betrachtet

Grafik 2

Indexverläufe für Wien und Österreich ohne Wien

Wien



Österreich ohne Wien



Quelle: DSS, OeNB.

werden. Über den gesamten Verlauf sieht man, dass alle vier Ansätze/Linien gleichlaufend von den Steigerungen bzw. Rückgängen sind. Der Dummy-Index zeigt den volatilsten Verlauf. Dies ist darin begründet, dass in diesem Modell noch keinerlei Imputationsme-

thoden verwendet wurden, die den Bias nicht berücksichtigter Variablen (Omitted-Variable Bias) reduzieren. In Grafik 1 – aber auch in den restlichen Grafiken – sieht man den etwas glatteren Verlauf im Vergleich zum Dummy-Index in Modell 1.

Grafik 3

Indexverläufe für Wien - Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser

Eigentumswohnungen



Einfamilienhäuser



Grafik 4

Indexverläufe für Österreich ohne Wien – Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser

Eigentumswohnungen



Einfamilienhäuser



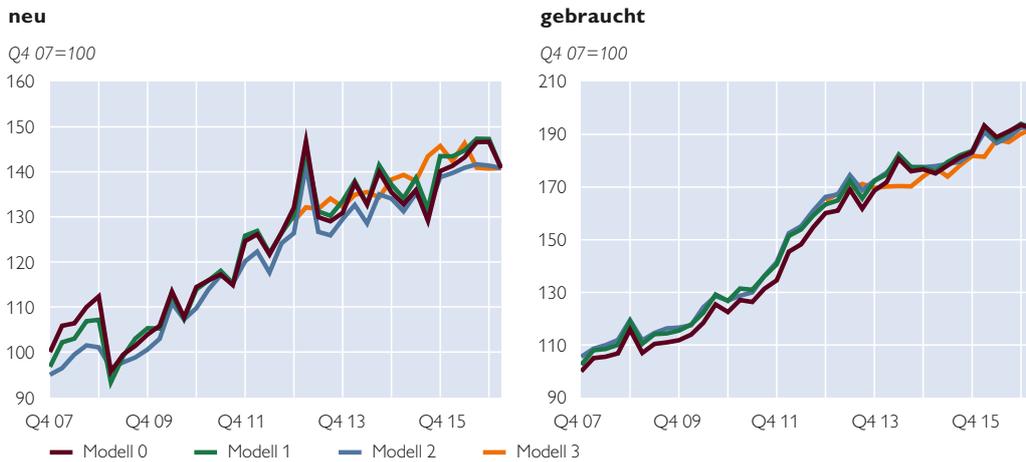
Grafik 2, linkes Panel, zeigt die Ergebnisse für Wien, während das rechte Panel die Vergleiche bei den Verläufen für Österreich ohne Wien darstellt. Es sind jeweils Wohnungen und Häuser erfasst. Wien zeigt geringere Unterschiede in den Modellen als das restliche Bundesgebiet. Der Unterschied in den Grafiken zwischen der orangenen (Modell 3) und der blauen Linie (Modell 2) – also die Anwendung des gleichen Modells mit geänderter Datenbasis – ist

im rechten Panel von Grafik 2 größer. Grund dafür dürfte sein, dass die Datenmenge vor allem im restlichen Bundesgebiet bei den EDI-Real Daten geringer ist als bei den JUSTIMMO-Daten.

Grafik 3 zeigt Eigentumswohnungen (linkes Panel) und Einfamilienhäuser (rechtes Panel) für Wien. Die Einfamilienhäuser zeigen einen weit volatileren Verlauf bei allen Modellen im Vergleich zu den Wohnungen – dem weitaus

Grafik 5

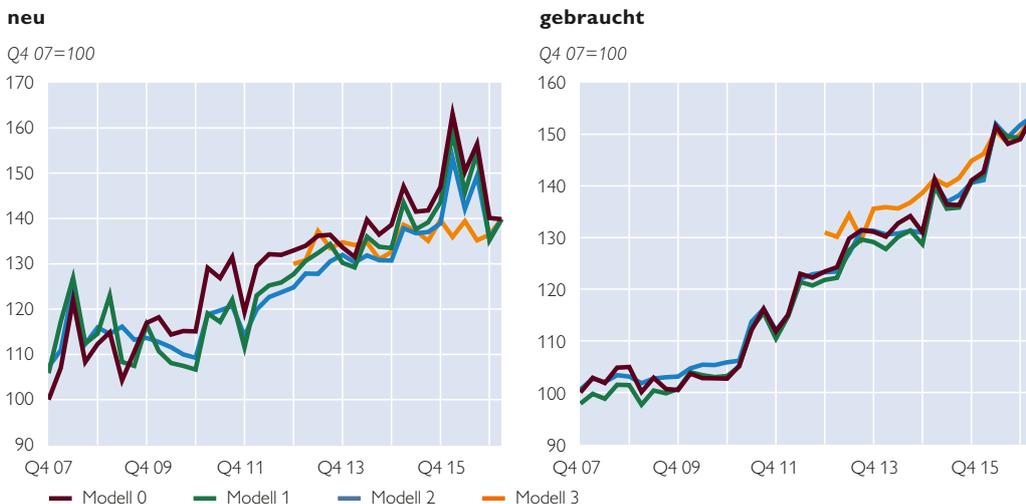
Indexverläufe für Wien – neue und gebrauchte Eigentumswohnungen



Quelle: DSS, OeNB.

Grafik 6

Indexverläufe für Österreich ohne Wien – neue und gebrauchte Eigentumswohnungen



Quelle: DSS, OeNB.

größten Marktsegment in der Bundeshauptstadt. Betrachtet man die vier Modelle in Restösterreich etwas genauer, so sieht man, dass die Modelle 0, 1 und 2 ähnlichere Verläufe zeigen als Modell 3. Hier wird der erwähnte Unterschied bei der Datenmenge besonders deutlich. Modell 3 mit den JUSTIMMO-Daten hat den weit glatteren Verlauf.

In Grafik 4 sind, analog zu Grafik 3, die Verläufe der Eigentumswohnungs- und Einfamilienhauspreise im restlichen Bundesgebiet zu sehen. Bei den Wohnungen ist der Zuwachs zu Jahresbeginn 2013 deutlich sichtbar. Gerade bei dieser Grafik zeigt sich im rechten Panel, dass das Modell 3 (orange Linie) das robustere Modell ist und von „dünnen“ Samplegrößen nicht beeinflusst wird.

Schlussendlich wird in Grafik 5 sichtbar, dass die Preissteigerungen 2012/13 stärker bei den neuen als bei den gebrauchten Wohnungen zu verzeichnen waren, und zwar bei allen Modellansätzen. Auch in Grafik 6 zeigt das linke Panel den volatilere Verlauf. Im rechten Panel wird beim Vergleich der blauen mit der orangenen Linie wieder deutlich, wie die größere Datenmenge wirkt – es sind die Level-Verläufe sehr ähnlich, aber weniger volatil.

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Dieses Papier verfolgt drei Ziele: Die Auswirkungen der methodischen Umstellung von der sogenannten Dummy-Methode auf die Doppel-Imputationsmethode zu ermitteln, den Effekt einer Verfeinerung der Modelle von log-linearen Regressionsmodellen auf Generalisierte Additive Modelle (GAM), und schließlich die Auswirkungen der Umstellung auf eine neue Datenbasis. Tatsächlich zeigt sich ein etwas abweichender Verlauf bei Anwendung der Doppel-

Imputationsmethode im Vergleich zur Dummy-Methode, was auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass bei Ersterer der Omitted-Variable Bias reduziert wird. Die Anwendung von GAM führt zu einem etwas glatteren und plausibleren Verlauf und scheint sich daher positiv auf die Robustheit der Indexverläufe auszuwirken. Besonders deutlich wird dies bei Teilaggregaten mit relativ geringer Samplegröße (z.B. Eigentumswohnungen in Österreich ohne Wien). Schließlich zeigt sich, dass die Anwendung der neuen, umfassenderen Datenbasis von JUSTIMMO auch in diesen Teilaggregaten zu noch glatteren und plausibleren Indexverläufen führt. Andererseits ist die Abweichung der auf dieser Datenbasis berechneten Indizes im Vergleich zu den bisher verwendeten Daten in den Hauptaggregaten gering. Zudem stellt das Imputationsmodell zusammen mit der neuen Datenbasis eine gelungene Validierung der bisherigen Ansätze⁸ dar. Eine Verknüpfung der bisherigen Datenreihen mit den neuen Indexreihen erscheint daher gerechtfertigt. Der Index wird künftig in besserer methodischer und datenmäßiger Qualität verfügbar sein.

Ein weiterer Vorteil der neuen Methode der Doppel-Imputation ist die Möglichkeit, stärker zu regionalisieren. Es ist daher geplant, in Zukunft neben den bisherigen Regionen Wien und Österreich (ohne Wien) auch Indizes für weitere Regionen zu berechnen. Diese bilden die notwendige Basis für Finanzmarktstabilitätsanalysen zu den Entwicklungen am Immobilienmarkt. Die Ergebnisse der regionalisierten Teilaggregate könnten zudem dafür verwendet werden, den OeNB-Fundamentalpreisindikator (Schneider, 2013) weiter zu disaggregieren und zu verfeinern.

⁸ In Kooperation mit der TUWien.

Literaturverzeichnis

- Brunauer, W., W. Feilmayr und K. Wagner. 2012.** A Residential Property Price Index for Austria. OeNB. Statistiken – Daten & Analysen Q3/12. 90–102.
- Eurostat. 2013.** Handbook on Residential Property Prices Indices (RPPIs).
- Hill, R. 2011.** Hedonic Price Indexes for Housing. OECD Statistics Working Papers 2011/01. OECD Publishing. Paris.
- Mundt, A. und K. Wagner. 2017.** Regionale Wohnungspreisindizes in Österreich – erste Erkenntnisse auf Basis hedonischer Modelle. Statistiken – Daten & Analysen Q1/17. 28–47.
- Schneider, M. 2013.** Are Recent Increases of Residential Property Prices in Vienna and Austria Justified by Fundamentals? In: Monetary Policy and the Economy Q4/13. OeNB. 29–46.
- Wood, S. N. 2006.** Generalized Additive Models: An Introduction to R. Chapman & Hall/CRC. Boca Raton.

Weiterhin expansive Entwicklungen auf dem österreichischen Kreditmarkt

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2017

Gerald Hubmann¹

Vor dem Hintergrund des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs stieg im dritten Quartal 2017 auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten weiter an und bestätigte einen seit dem vierten Quartal 2016 deutlich ausgeprägten Trend. Am stärksten zeigte sich diese Entwicklung bei den langfristigen Unternehmenskrediten. Private Haushalte fragten im dritten Quartal 2017 vermehrt Wohnbaukredite nach. Die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmens- und Wohnbaukredite wurden im dritten Quartal 2017 weiter gelockert (Trend seit Mitte 2016 bei Unternehmenskrediten). Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen sind in den Umfrageergebnissen seit Mitte 2016 Verbesserungen zu erkennen – im dritten Quartal 2017 vor allem bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen. Die Umfrageteilnehmer schreiben dem Ankaufprogramm des Eurosystems eine Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen und eine Belastung ihrer Ertragslage (gesunkene Nettozinssmargen) zu. Durch das Programm zur Verfügung stehende zusätzliche Liquidität (aufgrund gestiegener Einlagen) wurde vor allem für Refinanzierungszwecke verwendet – aber auch für die Kreditvergabe. Der negative Einlagenzinssatz äußert sich gemäß den Ergebnissen der Umfrage in einem anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch in einer Belastung der Zinserträge der Banken.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, Grafik 1 stellt längerfristige Trends dar. Erläuterungen finden sich im Kasten am Ende des Artikels.

Abschnitt 1 behandelt das Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen, Abschnitt 2 jenes mit privaten Haushalten. Abschnitt 3 hat die Refinanzierungssituation der Banken zum Thema. In den Abschnitten 4 und 5 geht es um die Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems auf die Banken und ihre Kreditvergabe. Vorab erfolgt der wichtige Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet ist. Ihre generelle Wirksamkeit kann nicht anhand der hier präsentierten Österreich-Ergebnisse besprochen werden.

1 Unternehmenskredite: Nachfrage erneut gestiegen – vor allem nach langfristigen Krediten

Vor dem Hintergrund des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs² stieg im dritten Quartal 2017 auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten weiter an und bestätigte einen seit dem vierten Quartal 2016 deutlich ausgeprägten Trend (siehe Tabelle 1 und Grafik 1³). Am stärksten zeigte sich diese Entwicklung bei den langfristigen Krediten, wobei hier die Ergebnisse für das dritte Quartal 2017 besonders auffallen. Im Ausblick auf das vierte Quartal 2017 erwarten die Banken weitere Nachfragesteigerungen im Unternehmenskundengeschäft.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

² WIFO und IHS haben in ihren jüngsten Konjunkturprognosen vom September 2017 die Wachstumserwartungen erneut nach oben revidiert. Das WIFO erwartet nun für 2017 und 2018 ein Wachstum des realen BIP von jeweils 2,8 %. Das IHS prognostizierte für die beiden Jahre 2,6 % (2017) und 2,1 % (2018).

³ Hinweis: Grafik 1 stellt die Entwicklungen anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale dar, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.

Die Umfrageteilnehmer begründen diese Belebung mit einem gestiegenen Finanzierungsbedarf für expansive unternehmerische Aktivitäten – seit dem vierten Quartal 2016 werden die Anlageinvestitionen als treibender Faktor der Nachfrage hervorgehoben. Im dritten Quartal 2017 spielten auch Umstrukturierungen bestehender Finanzierungen der Unternehmen (siehe Tabelle 1, Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung) und Aktivitäten der Unternehmen am Anleihenmarkt (siehe Tabelle 1, Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen) eine Rolle für die gestiegene Kreditnachfrage.

Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen insgesamt blieben im dritten Quartal 2017 weitgehend unverändert. Die Margen (als Teil der Kreditbedingungen) für durchschnittlich risikoreiche Kredite wurden jedoch abermals gelockert (vor allem bei Krediten an große Unternehmen).⁴

2 Kredite an private Haushalte: Nachfrage nach Wohnbaukrediten wiederholt gestiegen

Seit Beginn des Jahres 2017 ist die Nachfrage nach Wohnbaukrediten (bzw. im ersten Halbjahr 2017 jene nach Konsumkrediten) zunehmend angestiegen – gemäß Einschätzung der Umfrageteilnehmer allerdings verhaltener als die Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Zuvor hatte es seit dem vierten Quartal 2015 kaum Änderungen gegeben. Im Ausblick auf das vierte Quartal 2017 wird eine weitgehend unveränderte Situation erwartet.

Als Gründe für die gestiegene Nachfrage nach Wohnbaukrediten wurden für das dritte Quartal 2017 gestiegenes Konsumentenvertrauen, das niedrige Zinsniveau und günstige Aussichten am Wohnimmobilienmarkt genannt (siehe Tabelle 2).

Bei den Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen gab es im dritten Quartal 2017, wie schon seit einiger Zeit, kaum Änderungen. Die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite wurden jedoch im dritten Quartal 2017 leicht gelockert (geringere Margen).

3 Refinanzierungszugang: durchwegs Verbesserungen

Beim Zugang der Banken zu Refinanzierungsquellen sind seit Mitte 2016 durchwegs Verbesserungen zu erkennen (siehe Tabelle 3) – im dritten Quartal 2017 vor allem bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen (siehe Tabelle 3, großvolumige Schuldtitel). Zuvor gab es seit Anfang 2014 negative Entwicklungen. Besonders betroffen waren die Refinanzierung mit mittel- bis langfristigen Anleihen und die langfristigen Einlagen. Für das vierte Quartal 2017 erwarten die Banken weitere Verbesserungen bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen.

4 Auswirkungen des erweiterten Ankaufprogramms: Finanzierungsbedingungen für die Banken verbessert, Ertragslage aber verschlechtert

Die an der Umfrage teilnehmenden Banken werden seit 2015 halbjährlich

⁴ Für weitere Erläuterungen der längerfristigen Margenentwicklung sowohl bei Krediten an Unternehmen als auch an private Haushalte sei auf den Bericht zur letzten Umfrage verwiesen: *Statistiken – Daten und Analysen Q3/17*, S. 58 ff. Oesterreichische Nationalbank.

zu den Auswirkungen des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten⁵ befragt. Die aktuellen Resultate für die letzten sechs Monate zeigen vor allem verbesserte Finanzierungsbedingungen für die Banken (insbesondere bei der Finanzierung mit Anleihen, vgl. auch Abschnitt 3) und eine verschlechterte Ertragslage aufgrund gesunkener Nettozinsmargen. Es wurden jedoch auch leicht positive Effekte auf die Ertragslage gemeldet (Kapitalgewinne). Die Aktiva zeigten sich vom Ankaufprogramm unbeeinflusst, die Eigenkapitalquoten wurden leicht verbessert.

Zusätzliche Liquidität aufgrund des Ankaufprogramms (realisiert über leicht gestiegene Einlagen von Unternehmen und privaten Haushalten) wurde vor allem für Refinanzierungszwecke verwendet – aber auch für die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte. Das Kreditvergabeverhalten (Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen) wurde vom Ankaufprogramm in den letzten sechs Monaten nicht beeinflusst.

5 Auswirkungen des negativen Einlagensatzes: Zinserträge und Kreditzinsen erneut gesunken

Schließlich wurden die an der Umfrage teilnehmenden Banken zu den Auswir-

kungen des seit Mitte 2014 negativen Zinssatzes der EZB-Einlagefazilität befragt (halbjährliche Wiederholung), der die Untergrenze des EZB-Zinskorridors bildet und mit dem die Geldmarktzinsen im Gleichlauf gesunken sind. Der Euribor, an den viele variabel verzinsten Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Wie schon seit der ersten diesbezüglichen Befragung vor eineinhalb Jahren berichteten die Banken auch diesmal in großer Anzahl von negativen Auswirkungen auf ihre Erträge⁶ – sechs von acht Banken machten entsprechende Angaben für das letzte halbe Jahr. Schon im Zusammenhang mit dem Ankaufprogramm wurde die Belastung der Ertragslage genannt (siehe Abschnitt 4).

Auch ein Abwärtsdruck des negativen Einlagensatzes auf die Kreditzinsen hielt an – aktuell jedoch nicht mehr so stark wie 2016. Im Lauf der letzten zwölf Monate wurden zudem die Margen bei Unternehmenskrediten leicht negativ beeinflusst (geringere Margen). Kreditnebenkosten blieben durchgehend unberührt, das Kreditvolumen bei Wohnbaukrediten an private Haushalte wurde sogar leicht positiv vom negativen Einlagensatz beeinflusst.

⁵ Der EZB-Rat hat am 22. Jänner 2015 zum Zweck der Gewährleistung der Preisstabilität ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten angekündigt, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte und in dessen Rahmen monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Mrd EUR geplant waren. Mittlerweile wurde die Laufzeit bis mindestens Ende September 2018 verlängert und die monatliche Ankaufsumme zwischenzeitlich auf 80 Mrd EUR erhöht (April 2016 bis März 2017). Ab Jänner 2018 soll die monatliche Nettoankaufsumme 30 Mrd EUR betragen. Das Programm umfasst Ankäufe auf dem Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Staatsanleihen sowie Wertpapiere von staatsnahen Emittenten und europäischen Institutionen. Zudem werden seit dem 8. Juni 2016 auch Unternehmensanleihen (ohne Banken) gekauft. Es schließt auch die Ankaufprogramme für Asset-Backed-Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) mit ein.

⁶ Gefragt wurde nach den Auswirkungen auf die Nettozinserträge – definiert als Differenz zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben für die Bestände zinstragender Aktiva und Passiva einer Bank.

Tabelle 1

Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen**Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich**Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2014				2015				2016				2017			
	Q1	Q2	Q3	Q4												
Kreditrichtlinien (Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)																
Gesamt	-1	-2	1	0	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1	-1	2
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	0	0	2	0	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	-1	0
Kredite an große Unternehmen	-1	-2	1	0	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1	-1	2
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-1	0	0	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1	-1	2
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-1	-2	0	-1	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1	-1	2
Kreditbedingungen (Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)																
Gesamt	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	0	1	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	x	x	x	x	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	0	1	x
Kredite an große Unternehmen	x	x	x	x	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	1	1	x
Margen für durchschnittliche Kredite (Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)																
Gesamt	-1	1	-1	-1	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	3	3	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	2	-1	-1	-1	0	2	2	0	1	2	2	3	3	1	x
Kredite an große Unternehmen	-1	2	-1	-1	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	3	4	x
Margen für risikoreichere Kredite (Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)																
Gesamt	-2	-2	-1	-1	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	0	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	-1	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	0	0	x
Kredite an große Unternehmen	-2	-2	-1	-2	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	1	0	x
Genehmigte Kreditanträge (gestiegen = positiv, gesunken = negativ)																
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	x	x	x	x	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	-2	x
Kreditnachfrage (gestiegen = positiv, gesunken = negativ)																
Gesamt	-2	0	-3	-2	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	3	2	3
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-2	0	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	1	2	2
Kredite an große Unternehmen	-2	-1	-2	-1	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	2	2	3
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	0	0	0	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	2	0	1
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-2	0	-3	-2	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	4	6	3
Einfluss der Risikotoleranz der Banken auf: (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																
Kreditrichtlinien	x	x	x	x	-2	-3	-1	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	x
Kreditbedingungen	x	x	x	x	-2	-2	0	0	0	0	0	-1	0	1	-1	x
Einfluss von Refinanzierungskosten und bilanziellen Restriktionen auf: (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																
Kreditbedingungen	x	x	x	x	-4	-3	-1	-1	-3	-1	-1	-1	1	0	2	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	-3	-2	0	-1	-3	-1	-1	0	1	0	2	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	-4	-2	0	-1	-4	-1	-1	-1	1	0	1	x
Einfluss der Wettbewerbssituation auf: (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																
Kreditbedingungen	x	x	x	x	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	1	2	x
Margen für durchschnittliche Kredite	x	x	x	x	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	2	2	x
Margen für risikoreichere Kredite	x	x	x	x	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	0	0	x
Kreditnachfrage gesamt, ausgewählte Einflussfaktoren (Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)																
Anlageinvestitionen	-4	-1	-5	-5	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	4	3	x
Lagerhaltung und Betriebsmittel	0	0	1	-1	1	-1	-1	-1	-1	0	1	1	1	3	1	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	x
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	-1	1	1	0	0	1	0	1	0	3	1	1	2	1	3	x
Innenfinanzierung	2	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	-3	-1	x
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	-2	-1	0	-1	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	-1	3	x

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Kredite an private Haushalte

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 7 Banken

	2014				2015				2016				2017			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Kreditrichtlinien	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	0	0	1	0	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	-1	1	0
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	1	0	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0	1	0
Kreditbedingungen	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	x	x	x	x	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	x
Margen für durchschnittliche Kredite	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	1	2	1	-1	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	2	2	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	2	0	1	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	0	-1	x
Margen für risikoreichere Kredite	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	0	0	-1	-2	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	-1	1	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	0	0	-1	x
Genehmigte Kreditanträge	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	x	x	x	x	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	x
Konsumkredite und sonstige Kredite	x	x	x	x	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	1	1	x
Kreditnachfrage	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>															
Wohnbaukredite	1	3	0	1	1	2	3	0	1	1	0	0	2	2	3	1
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	3	0	-2	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	3	0	0
Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>															
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	0	2	0	1	1	2	1	0	0	0	0	0	1	1	2	x
Konsumentenvertrauen	1	2	1	0	0	0	2	1	2	1	1	1	1	2	3	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	2	3	4	1	2	1	1	1	2	0	2	x
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-1	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	1	-1	x
Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>															
Konsumentenvertrauen	0	2	1	-1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1	x
Allgemeines Zinsniveau	x	x	x	x	1	1	2	0	0	0	1	1	1	1	1	x
Kredite von anderen Banken	-1	-1	0	-2	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	0	-1	x
Weiter ausgewählte Einflussfaktoren	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>															
Wettbewerbsituation -> Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	x	x	x	x	0	0	1	0	0	1	1	2	1	1	1	x
Wettbewerbsituation -> Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	x	x	x	x	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	2	1	x

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Tabelle 3

Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen**Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich**Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 8 Banken (vor 2015 von 5 bis 7 Banken)

	2014				2015				2016				2017			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Retail-Refinanzierung	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)															
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	0	0	1	0	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1	2	1
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	-2	-3	-1	-2	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	1	1	0
Unbesicherter Interbankengeldmarkt	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)															
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	2	0
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1	1	0
Großvolumige Schuldtitel	(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)															
Kurzfristige Schuldtitel ³	-1	0	0	0	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	2	2	1
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	-3	-2	3	1	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3	4	3

Quelle: OeNB.

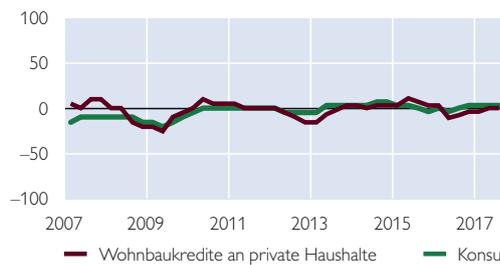
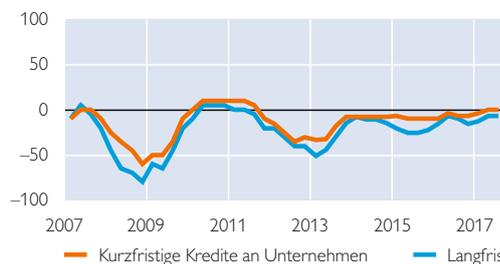
¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.³ Antworten von 5 bzw. 7 Banken (vor 2015 von 4 bis 6 Banken).

Entwicklung der Kreditrichtlinien und der Kreditnachfrage

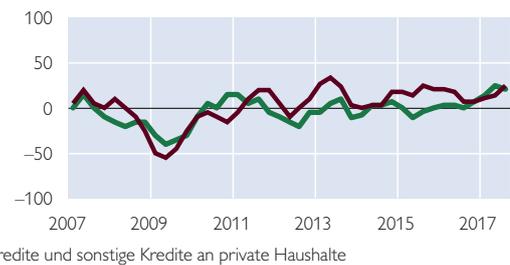
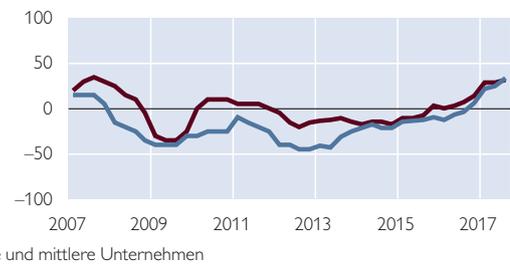
Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Kreditrichtlinien¹

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale



Kreditnachfrage²



Quelle: OeNB.

¹ negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung

² negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 140 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z.B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

Kreditmargen sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

Saldo aus positiven und negativen Antworten: Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Nettoprozentsatz: Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zu der Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozentsatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

DATEN

Redaktionsschluss: 6. November 2017

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website www.oenb.at abgerufen werden:

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	83
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	84
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	85
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	86
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	87
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	88
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	89
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	90
9 Sonstige Finanzintermediäre	91
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	92
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	93
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	94
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	95
14 Direktinvestitionen	96

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag¹ zu den Euro-Geldmengen M3

	2014	2015	2016	Mai 17	Juni 17	Juli 17	Aug. 17	Sep. 17
<i>in Mio EUR</i>								
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	284.513	297.132	313.728	318.155	319.152	319.268	319.375	320.375
1. Einlagen aus Repo-Geschäften ⁵	227	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile ²	156	82	73	63	61	60	57	57
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren ²	4.527	5.646	4.000	2.864	2.806	2.879	2.394	1.936
M2 (M1 + 4. + 5.)	279.603	291.354	309.435	315.067	316.200	316.227	316.825	318.282
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	118.267	108.326	101.261	99.892	98.642	97.570	97.514	96.122
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	3.401	4.918	5.201	3.121	3.481	3.810	3.803	3.900
M1 (6.)	157.935	178.110	202.973	212.054	214.076	214.847	215.508	218.260
6. Täglich fällige Einlagen	157.935	178.110	202.973	212.054	214.076	214.847	215.508	218.260
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	54.528	50.075	48.825	47.413	47.020	46.598	46.336	45.355
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	66	5	30	30	30	50
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren ²	122.486	114.007	97.964	95.459	94.870	93.317	92.622	90.949
Kapital und Rücklagen ³	88.403	86.139	84.031	80.574	80.825	80.940	80.713	80.967
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum⁴								
Öffentliche Haushalte	92.031	101.519	118.305	122.683	122.905	124.072	124.730	120.017
Sonstige Nicht-MFIs	384.394	384.818	394.682	394.978	391.652	392.829	394.555	395.536
Buchkredite	335.739	339.923	345.589	348.796	346.416	347.609	349.328	350.737
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	94.230	88.092	74.216	82.884	81.455	77.702	77.223	69.347

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Bargeldumlauf.² Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.³ Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.⁴ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.⁵ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen¹ innerhalb und außerhalb des Euroraums

	2014	2015	2016	Apr. 17	Mai 17	Juni 17	Juli 17	Aug. 17	Sep. 17
<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum									
Nichtbanken Finanzintermediäre	30.652	28.271	27.664	27.164	27.455	26.760	26.828	26.880	26.857
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	104	108	242	82	140	190	137	202	726
Nichtfinanzielle Unternehmen	159.627	160.362	159.666	161.364	162.625	161.688	162.098	163.358	163.678
Private Haushalte	145.858	151.182	158.017	157.839	158.576	157.777	158.546	158.887	159.477
Ausleihungen für Konsumzwecke	20.717	19.956	19.107	19.820	20.345	19.017	19.255	19.251	19.175
Ausleihungen für Wohnbau	90.709	96.926	101.092	101.711	101.831	102.475	102.336	102.622	103.181
Sonstige Ausleihungen	34.433	34.300	37.818	36.308	36.401	36.285	36.954	37.013	37.121
Öffentliche Haushalte	29.194	29.040	28.586	29.405	29.011	28.611	28.455	28.092	24.326
Ausleihungen außerhalb des Euroraums									
Banken	48.425	38.123	30.849	43.548	47.668	43.503	42.016	43.276	37.773
Nichtbanken	57.063	57.441	48.089	47.323	47.124	47.295	46.101	46.008	44.360
Öffentliche Haushalte	3.326	3.366	3.227	3.146	3.178	3.147	3.144	3.080	2.636

Quelle: OeNB.

¹ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2014	2015	2016	März 17	Apr. 17	Mai 17	Juni 17	Juli 17	Aug. 17
	in %								
Einlagenzinssätze²									
von privaten Haushalten³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,58	0,38	0,31	0,25	0,23	0,24	0,25	0,25	0,25
1 bis 2 Jahre	0,81	0,44	0,38	0,32	0,32	0,35	0,35	0,31	0,32
über 2 Jahre	1,4	0,86	0,77	0,61	0,6	0,62	0,7	0,59	0,58
von nichtfinanziellen Unternehmen³									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,42	0,3	0,23	0,09	0,1	0,11	0,05	0,09	0,07
Kreditzinssätze²									
an private Haushalte³									
für Konsum	4,93	4,81	5,12	5,00	4,94	4,99	5,04	4,98	4,70
Effektivzinssatz ⁴	6,90	6,93	7,01	6,89	6,92	6,91	6,94	6,81	6,34
Wohnbau	2,29	2,02	1,92	1,90	1,91	1,90	1,90	1,86	1,86
Effektivzinssatz ⁴	2,73	2,46	2,37	2,31	2,27	2,26	2,27	2,27	2,26
für sonstige Zwecke	2,47	2,26	2,18	2,11	2,11	1,98	1,98	1,93	1,98
freie Berufe	2,67	2,34	2,27	2,15	2,32	2,18	2,19	2,22	2,25
an nichtfinanzielle Unternehmen³									
Kredite bis 1 Mio EUR	2,27	2,02	1,92	1,84	1,88	1,80	1,74	1,76	1,89
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	2,04	1,78	1,62	1,50	1,50	1,37	1,39	1,30	1,45
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,47	2,21	2,10	2,04	2,01	1,92	1,83	1,90	2,04
Kredite über 1 Mio EUR	1,74	1,61	1,54	1,41	1,58	1,51	1,42	1,53	1,43
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,43	1,28	1,23	1,09	1,17	1,00	1,00	1,08	1,08
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,38	2,15	1,95	1,72	1,89	1,89	1,62	1,80	1,68

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² In Euro.

³ Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

⁴ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	2014	2015	2016	Q2 14	Q2 15	Q2 16	Q2 17
<i>in Mio EUR</i>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	40.475	58.639	66.168	27.220	46.866	57.645	83.250
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	763.953	734.897	647.983	764.293	762.353	634.205	654.660
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	177.377	171.108	155.543	179.642	177.622	156.883	150.213
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert ²	41.131	33.893	29.058	33.631	36.753	34.344	24.736
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.126	19.965	18.329	22.356	19.318	18.687	18.910
Materielle Vermögenswerte	13.289	15.943	10.344	19.357	13.167	138.609	9.827
Immaterielle Vermögenswerte	3.047	3.011	2.661	3.538	3.059	2.662	2.723
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	19.627	18.620	16.163	21.564	20.328	18.725	17.726
Aktiva insgesamt	1.078.024	1.056.075	946.248	1.071.601	1.079.466	1.061.760	962.044
Einlagen von Zentralbanken	15.705	16.423	10.905	12.381	17.569	13.267	20.793
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	156.937	129.211	111.560	168.831	156.954	119.559	113.235
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	554.473	575.113	534.265	524.162	565.185	512.854	547.276
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	178.808	165.583	139.545	187.532	168.180	140.282	131.761
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	33.963	26.208	20.393	27.774	28.987	26.183	16.975
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	949	870	922	1.341	1.019	752	722
Nachrangige Verbindlichkeiten	21.364	21.738	18.593	22.605	22.247	22.815	18.105
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	1	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	1.546	5.216	4	1.979	1.275	107.464	3
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	23.816	24.373	22.070	24.431	25.183	24.064	21.886
Rückstellungen	15.566	13.086	12.399	15.041	14.646	12.664	12.253
Eigenkapital und Fremddanteile ³	74.897	78.256	75.590	80.718	78.221	81.857	79.035
Passiva insgesamt	1.078.024	1.056.075	946.248	1.071.601	1.079.466	1.061.760	962.044

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.³ Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

Anmerkung: Datenstand 3. August 2018.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors¹ gemäß Teil 2 und 3 CRR

	Q2 16	Q3 16	Q4 16	Q1 17	Q2 17
<i>in Mio EUR</i>					
Eigenmittel	88.942	90.170	80.699	80.721	83.001
Kernkapital	71.771	72.822	66.116	66.329	68.759
Hartes Kernkapital	71.295	72.483	65.820	65.798	67.772
Zusätzliches Kernkapital	476	339	296	530	987
Ergänzungskapital (T2)	17.172	17.349	14.584	14.392	14.242
Gesamtrisikobetrag	539.321	535.512	442.870	444.707	448.304
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	469.100	466.399	383.373	383.048	384.539
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2	2	2	6	10
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	12.569	11.162	8.790	9.988	9.291
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	53.186	53.562	47.088	48.630	49.335
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	3	5	0	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	4.335	4.259	3.535	2.927	2.623
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch ³	21	21	37	63	41
Sonstige Risikopositionsbeträge ⁴	104	104	45	45	2.464
Harte Kernkapitalquote (CET1)	13,22%	13,54%	14,86%	14,80%	15,12%
Kernkapitalquote (T1)	13,31%	13,60%	14,93%	14,92%	15,34%
Gesamtkapitalquote	16,49%	16,84%	18,22%	18,15%	18,51%
Anzahl der Banken	533	503	499	499	499

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Nur von Investmentfirmen zu melden.

³ Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

⁴ Artikel 3, 458, 459.

Anmerkung: Datenstand 31. Oktober 2017.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	Q2 16	Q2 17
	in Mio EUR	
Zinsergebnis	7.239	7.259
Zinsen und ähnliche Erträge	12.055	11.700
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	4.816	4.442
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²	0	0
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	307	346
Provisionsergebnis	3.247	3.428
Provisionserträge	4.427	4.672
(Provisionsaufwand)	1.181	1.244
Gewinne oder (–) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	501	131
Gewinne oder (–) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto ²	127	44
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS ²	4	294
Sonstige betriebliche Erträge	1.177	1.317
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.374	1.151
Betriebserträge, netto	11.228	11.668
(Verwaltungsaufwendungen)	7.264	7.039
(davon: Personalaufwendungen)	4.367	4.167
(davon: Sachaufwendungen)	2.898	2.872
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inklusive Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	0	0
Betriebsergebnis	3.141	4.012
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	0	0
(Sonstige Rückstellungen) ²	6	90
(Wertminderung oder (–) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	–29	–1
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert ²	0	1
Anteil des Gewinns oder (–) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ²	389	601
Gewinn oder (–) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuftem langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²	21	12
Außerordentliches Ergebnis	–6	–5
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	3.191	4.322
(Ertragssteuern)	692	714
Gewinn oder (–) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	2.499	3.608
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²	779	55
(Fremdanteile) ²	386	305
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	2.892	3.358

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Anmerkung: Abzugsposten sind in Klammern dargestellt. Datenstand 31. Oktober 2017.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2014		2015		2016		Q1 17		Q2 17	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	559	0,4%	523	0,3%	568	0,3%	573	0,3%	567	0,3%
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	430	0,3	352	0,2	351	0,2	361	0,2	362	0,2
Herstellung von Waren	21.887	14,0	21.712	13,6	21.466	12,7	21.326	12,8	21.535	12,8
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.653	4,3	6.312	4,0	5.936	3,5	5.739	3,4	5.727	3,4
Bau	10.574	6,8	10.464	6,6	10.872	6,5	10.924	6,5	11.171	6,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16.347	10,5	15.766	9,9	15.084	8,9	15.109	9,0	15.357	9,1
Beherbergung und Gastronomie	6.942	4,4	7.130	4,5	7.290	4,3	7.150	4,3	7.310	4,3
Verkehr und Lagerei	7.347	4,7	7.528	4,7	7.791	4,6	7.536	4,5	7.782	4,6
Information und Kommunikation	1.450	0,9	1.469	0,9	1.290	0,8	1.207	0,7	1.257	0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	51.168	32,7	53.230	33,4	54.413	32,3	54.513	32,6	55.058	32,7
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.939	7,6	12.132	7,6	19.215	11,4	18.867	11,3	18.525	11,0
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.782	3,7	5.103	3,2	5.429	3,2	5.365	3,2	5.440	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.628	1,0	1.601	1,0	1.786	1,1	1.539	0,9	1.508	0,9
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.293	0,8	1.413	0,9	1.368	0,8	1.365	0,8	1.402	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	12.330	7,9	14.481	9,1	15.700	9,3	15.599	9,3	15.517	9,2
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	156.329		159.216		168.558		167.173		168.517	
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	156.329	20,2	159.216	21,0	168.558	23,1	167.173	22,5	168.517	22,7
Sonstige inländische Kreditnehmer	26.160	3,4	27.329	3,6	27.802	3,8	27.553	3,7	27.609	3,7
Öffentlicher Sektor	69.395	9,0	68.870	9,1	67.657	9,3	64.884	8,7	63.817	8,6
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	223.650	28,9	222.484	29,4	206.530	28,3	217.082	29,2	215.314	29,1
Ausland¹	164.021	21,2	154.890	20,4	132.133	18,1	142.623	19,2	141.295	19,1
Euroraum ohne Österreich	134.360	17,4	125.193	16,5	128.124	17,5	124.748	16,8	124.497	16,8
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	773.915		757.983		730.803		744.064		741.048	

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt

	2014		2015		2016		Q1 17		Q2 17	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	553	98,9	516	98,7	559	98,4	562	98,1	555	97,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	412	95,8	331	94,0	327	93,2	340	94,2	337	93,1
Herstellung von Waren	20.586	94,1	20.302	93,5	20.021	93,3	19.963	93,6	20.124	93,4
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	6.077	91,3	5.772	91,4	5.496	92,6	5.280	92,0	5.260	91,8
Bau	10.251	96,9	10.157	97,1	10.543	97,0	10.634	97,3	10.874	97,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.129	92,5	14.613	92,7	14.055	93,2	14.136	93,6	14.387	93,7
Beherbergung und Gastronomie	6.695	96,4	6.929	97,2	7.098	97,4	6.964	97,4	7.120	97,4
Verkehr und Lagerei	5.826	79,3	5.940	78,9	6.038	77,5	5.833	77,4	5.959	76,6
Information und Kommunikation	1.111	76,6	1.086	73,9	1.011	78,4	930	77,1	975	77,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	48.139	94,1	50.150	94,2	51.919	95,4	52.039	95,5	52.542	95,4
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	10.899	91,3	11.223	92,5	17.580	91,5	17.281	91,6	17.060	92,1
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.184	89,7	4.496	88,1	4.843	89,2	4.793	89,3	4.797	88,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.370	84,2	1.359	84,9	1.500	84,0	1.268	82,4	1.236	82,0
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.195	92,4	1.301	92,1	1.262	92,3	1.253	91,8	1.288	91,9
Solidarkreditnehmergruppen	12.266	99,5	14.406	99,5	15.595	99,3	15.511	99,4	15.401	99,3
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	145.692	93,2	148.581	93,3	157.847	93,6	156.787	93,8	157.915	93,7
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	145.692	93,2	148.581	93,3	157.847	93,6	156.787	93,8	157.915	93,7
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.877	98,9	27.076	99,1	27.575	99,2	27.355	99,3	27.405	99,3
Öffentlicher Sektor	61.332	88,4	60.770	88,2	59.545	88,0	56.918	87,7	56.016	87,8
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	200.815	89,8	199.415	89,6	183.706	88,9	194.276	89,5	191.640	89,0
Ausland ²	149.222	91,0	141.480	91,3	119.036	90,1	129.700	90,9	127.973	90,6
Euroraum ohne Österreich	106.786	79,5	99.527	79,5	102.177	79,7	99.511	79,8	99.498	79,9
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	689.724	89,1	676.848	89,3	649.887	88,9	664.549	89,3	660.448	89,1

Quelle: OeNB.

¹ Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).² Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

	2014	2015	2016	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16	Q1 17	Q2 17
<i>in Mio EUR</i>									
Investmentfonds									
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	138.642	143.249	148.684	142.690	144.319	148.306	148.684	151.178	151.762
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	10.200	4.607	5.608	1.961	820	-1.563	1.679	-119	1.946
Bereinigte Nettomittelveränderung	2.989	3.960	629	-275	302	272	669	310	292
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.130	2.223	1.620	219	1.532	3.887	1.019	2.460	386
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	9.341	2.870	6.599	2.455	2.050	2.052	2.029	2.031	2.040
Pensionskassen									
Vermögensbestand	19.059	19.527	20.882	19.680	19.890	20.572	20.882	21.443	21.694
in Euro	18.543	19.023	20.488	19.198	19.359	20.166	20.488	21.054	21.307
in Fremdwährung	516	504	394	481	531	406	394	390	387
Inländische Investmentzertifikate	15.450	16.276	17.140	16.292	16.191	16.957	17.140	17.632	17.751
Ausländische Investmentzertifikate	2.364	2.081	2.656	2.270	2.621	2.603	2.656	2.774	2.913
Versicherungen									
Inländische Rentenwertpapiere	17.046	15.940	–	15.908	15.995	15.940	15.538	–	–
Ausländische Rentenwertpapiere	30.231	30.667	–	31.771	32.144	32.679	32.856	–	–
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wert- papiere	27.096	27.176	–	26.901	26.947	26.864	27.778	–	–
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	6.055	6.426	–	6.328	6.370	6.934	6.420	–	–
Summe der Aktiva	113.604	113.704	–	115.499	115.024	115.606	114.707	–	–

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im zweiten Quartal 2017

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
<i>Bestände in Mio EUR</i>										
Geldvermögen										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	11.790	11.790	x	x	x	x	x	x	2.118
Bargeld	1.465	3.777	3.723	0	0	54	0	22.338	0	4.158
Täglich fällige Einlagen	51.330	120.626	103.088	6.118	7.592	3.167	661	131.204	5.094	85.555
Sonstige Einlagen	16.891	167.532	158.403	1.373	6.887	669	200	108.584	1.681	52.576
Kurzfristige Kredite	34.347	66.364	63.235	11	2.110	1.008	0	1.667	0	22.367
Langfristige Kredite	91.764	388.338	362.477	202	20.527	5.131	0	338	16	81.345
Handelskredite	46.424	69	2	0	67	0	0	2	1	18.440
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	53	2.386	1.954	410	16	5	1	1.258	14	12.947
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.043	315.494	174.507	82.058	3.230	55.303	396	31.105	1.526	297.562
Börsennotierte Aktien	24.249	48.118	3.818	24.472	18.438	1.387	4	23.465	827	52.552
Nicht börsennotierte Aktien	39.704	88.634	25.309	109	55.625	7.549	41	2.841	20	28.097
Investmentzertifikate	11.464	146.243	16.371	57.462	16.918	34.460	21.031	57.168	2.675	19.914
Sonstige Anteilsrechte	170.227	102.592	29.684	1.977	66.260	4.673	0	111.416	1.328	154.389
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	81.171	x	2.022
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	4.216	4.338	0	0	0	4.338	0	5.366	0	24
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	43.138	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	9.971	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	7.877	20.130	9.171	35	9.433	1.462	30	6.792	11	9.745
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	506.054	1.486.431	963.533	174.227	207.104	119.205	22.363	637.824	13.192	843.810
<i>Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR</i>										
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	-3	-3	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	66	225	174	0	0	51	0	490	0	425
Täglich fällige Einlagen	6.180	33.489	32.533	-505	833	501	127	17.812	848	15.021
Sonstige Einlagen	880	-18.616	-19.310	-203	1.492	-403	-193	-6.346	-216	-14.568
Kurzfristige Kredite	5.335	-2.843	-2.530	-7	-240	-65	0	677	0	3.004
Langfristige Kredite	3.515	3.658	2.339	14	576	730	0	-509	-30	5.613
Handelskredite	4.885	27	2	0	26	0	0	-6	0	984
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	31	-415	-356	-48	2	-15	1	183	13	3.523
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-612	8.150	9.078	-852	-585	556	-47	-3.020	-123	-27.074
Börsennotierte Aktien	-1.261	-1.180	-723	61	-539	18	3	-531	-1	3.907
Nicht börsennotierte Aktien	-2.210	-8.861	-6.777	12	-2.243	152	-5	70	-1	-7.538
Investmentzertifikate	1.195	7.112	1.522	3.749	1.635	-299	505	3.652	147	-539
Sonstige Anteilsrechte	7.531	-257	105	488	-202	-647	0	344	7	3.100
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-1.280	x	-66
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	10	-387	0	0	0	-387	0	-94	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	416	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1.202	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-569	690	-978	153	1.642	-118	-9	49	-11	-1.582
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	24.978	20.789	15.076	2.862	2.396	73	381	13.109	634	-15.791
Nettogeldvermögen	-247.260	443	20.771	-4.185	-22.451	5.098	1.210	456.230	10.076	-18.284
Finanzierungssaldo	2.908	2.366	-2.312	-888	2.891	2.650	25	9.532	237	-7.531

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im zweiten Quartal 2017

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	2.118	2.118	x	x	x	x	x	x	11.790
Bargeld	x	31.049	31.049	x	x	x	x	x	x	855
Täglich fällige Einlagen	x	377.584	377.584	x	x	x	x	x	x	38.222
Sonstige Einlagen	x	278.959	278.959	x	x	x	x	x	x	80.137
Kurzfristige Kredite	42.666	12.728	0	228	10.673	1.820	7	9.801	451	55.239
Langfristige Kredite	239.420	30.239	0	262	28.697	1.277	2	169.407	2.448	114.642
Handelskredite	44.706	46	12	0	34	0	0	40	1	19.718
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	562	6.199	6.079	x	120	0	0	x	x	2.383
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	42.386	152.738	136.909	0	11.314	4.514	0	x	x	191.839
Börsennotierte Aktien	86.527	31.856	25.834	x	332	5.691	x	x	x	42.960
Nicht börsennotierte Aktien	38.075	60.414	46.340	521	5.686	7.697	170	x	x	83.691
Investmentzertifikate	x	177.393	61	177.332	0	0	x	x	x	69.661
Sonstige Anteilsrechte	230.619	178.645	19.544	68	159.017	16	0	x	8	131.585
Lebensversicherungsansprüche	x	78.935	x	x	0	78.935	x	x	x	4.259
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	10.672	x	x	0	10.672	x	x	x	3.272
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	11.119	31.884	8.836	x	0	2.073	20.974	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	9.971	0	0	9.971	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17.232	14.560	9.437	0	3.711	1.412	0	2.346	208	11.842
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	753.314	1.485.989	942.762	178.412	229.554	114.107	21.153	181.593	3.116	862.094
Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	-3
Bargeld	x	1.095	1.095	x	x	x	x	x	x	164
Täglich fällige Einlagen	x	69.267	69.267	x	x	x	x	x	x	4.854
Sonstige Einlagen	x	-32.429	-32.429	x	x	x	x	x	x	-8.035
Kurzfristige Kredite	-2.864	1.504	0	136	1.404	-36	0	-958	81	4.410
Langfristige Kredite	18.412	-2.061	0	-104	-2.146	189	0	4.660	322	-7.680
Handelskredite	4.653	11	0	0	11	0	0	7	0	1.201
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	86	-457	-573	x	115	0	0	x	x	-116
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-770	-13.733	-12.868	x	-1.089	224	0	x	x	-5.764
Börsennotierte Aktien	1.275	1.075	1.074	x	1	0	0	x	x	-1.418
Nicht börsennotierte Aktien	-1.737	-7.188	-7.136	x	-1	-52	-13	x	x	-9.639
Investmentzertifikate	x	3.522	-28	3.550	0	0	0	x	x	8.345
Sonstige Anteilsrechte	4.358	-1.202	-579	8	388	-1.020	0	x	0	7.501
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.634	0	x	0	-1.634	0	x	x	287
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-270	0	x	0	-270	0	x	x	-201
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-91	514	64	x	0	82	368	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1.202	0	0	1.202	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.251	-793	-500	146	-378	-61	0	-132	-6	-2.167
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	22.070	18.423	17.388	3.750	-494	-2.577	356	3.577	397	-8.260
Nettogeldvermögen	-247.260	443	20.771	-4.185	-22.451	5.098	1.210	456.230	10.076	-18.284
Finanzierungssaldo	2.908	2.366	-2.312	-888	2.891	2.650	25	9.532	237	-7.531

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2014	2015	2016	Q3 16	Q4 16	Q1 17	Q2 17
		in Mio EUR						
Leistungsbilanz	Netto	8.241	6.622	7.511	1.066	810	3.995	-232
	Credit	203.743	202.605	216.106	53.780	54.560	57.862	55.390
	Debet	195.502	195.983	208.595	52.714	53.750	53.867	55.623
Güter	Netto	837	2.089	304	361	-1.263	-386	44
	Credit	126.107	128.747	128.925	32.125	32.012	34.323	34.509
	Debet	125.270	126.658	128.620	31.764	33.275	34.709	34.465
Dienstleistungen	Netto	10.078	10.256	11.073	1.805	2.324	5.437	931
	Credit	51.685	53.253	55.366	14.175	13.776	15.860	12.855
	Debet	41.607	42.997	44.292	12.370	11.452	10.423	11.923
Primäreinkommen	Netto	438	-2.523	-180	-314	849	-197	-286
	Credit	23.018	15.955	27.030	6.283	7.396	6.532	6.805
	Debet	22.580	18.478	27.210	6.597	6.547	6.728	7.091
Sekundäreinkommen	Netto	-3.113	-3.201	-3.686	-786	-1.100	-859	-921
	Credit	2.933	4.650	4.786	1.197	1.375	1.148	1.222
	Debet	6.046	7.850	8.472	1.982	2.475	2.007	2.143
Vermögensübertragungen	Netto	-348	-1.727	-593	441	-282	-40	-62
	Credit	180	634	758	551	78	95	52
	Debet	528	2.361	1.351	110	360	135	114
Kapitalbilanz	Netto	2.839	4.298	9.977	4.945	-1.056	273	5.320
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	-1.971	5.696	1.268	3.990	-464	1.946	-576
Forderungen	Netto	-551	-2.074	-26.303	3.583	-10.322	5.542	-951
Verpflichtungen	Netto	1.421	-7.770	-27.571	-407	-9.858	3.596	-375
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	-3.997	5.149	4.955	3.544	-155	1.524	-629
Im Ausland	Netto	-547	6.294	-3.182	2.724	-9.991	2.764	-1.144
In Österreich	Netto	3.450	1.145	-8.137	-820	-9.836	1.240	-515
Portfolioinvestitionen	Netto	12.811	14.054	23.566	11.052	2.056	8.068	5.109
Forderungen	Netto	7.243	743	5.322	-1.369	2.257	1.955	3.021
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	3.552	5.105	8.212	2.574	2.412	2.316	1.936
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	4.639	-3.590	-2.982	-3.649	-759	-292	1.612
Geldmarktpapiere	Netto	-948	-772	92	-295	604	-69	-528
Verpflichtungen	Netto	-5.568	-13.311	-18.244	-12.421	201	-6.113	-2.089
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	676	1.276	1.089	766	188	1.112	1.056
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-6.120	-10.472	-20.392	-14.581	-1.665	-10.294	-527
Geldmarktpapiere	Netto	-124	-4.115	1.059	1.394	1.678	3.068	-2.618
Sonstige Investitionen	Netto	-8.744	-14.612	-14.912	-9.854	-1.988	-9.629	3.425
Forderungen	Netto	-18.113	-16.672	-18.365	-7.822	-11.310	7.187	4.499
davon Handelskredite	Netto	-191	-508	207		-468	1.037	49
davon Kredite	Netto	-3.644	-1.842	-8.786	2.020	-8.110	-319	1.725
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-15.040	-14.326	-10.309	-9.619	-3.319	7.304	2.533
Verpflichtungen	Netto	-9.369	-2.060	-3.452	2.031	-9.321	16.816	1.074
davon Handelskredite	Netto	-315	797	1.147	375	128	564	-376
davon Kredite	Netto	-85	4.287	2.739	1.878	1.384	1.956	34
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-9.007	-7.575	-7.293	-431	-11.007	14.768	1.165
Finanzderivate	Netto	-1.386	-531	-395	-133	88	-125	-509
Offizielle Währungsreserven	Netto	2.129	-309	451	-110	-748	12	-2.128
Statistische Differenz	Netto	-5.054	-597	3.059	3.438	-1.584	-3.682	5.614

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q3 15–Q2 16			Q3 16–Q2 17		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	54.526	43.504	11.022	56.666	46.168	10.497
Gebühren für Lohnveredelung	1.542	1.771	-231	1.612	1.964	-352
Reparaturdienstleistungen	539	591	-52	601	661	-57
Transport	12.990	13.096	-106	13.319	13.691	-372
Internationaler Personentransport	1.768	1.751	16	1.594	1.803	-211
Frachten	9.140	10.177	-1.037	9.434	10.729	-1.295
Transporthilfsleistungen	1.523	859	664	1.644	832	811
Post- und Kurierdienste	560	309	254	646	326	320
Reiseverkehr	17.022	8.511	8.511	17.664	8.970	8.694
Geschäftsreisen	2.398	1.462	936	2.485	1.454	1.030
Urlaubsreisen	14.626	7.049	7.576	15.180	7.515	7.663
Bauleistungen	690	656	33	714	634	80
Versicherungsdienstleistungen	471	911	-441	465	891	-427
Finanzdienstleistungen	2.425	1.693	732	2.210	1.742	467
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	1.002	829	173	957	813	143
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.422	863	559	1.253	929	325
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	957	1.335	-377	1.058	1.358	-300
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.387	3.875	1.514	5.714	4.166	1.548
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	11.562	9.868	1.694	12.359	10.923	1.436
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	2.109	779	1.330	2.221	898	1.323
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.041	3.547	-506	3.237	3.863	-627
Technische Dienstleistungen	3.084	1.786	1.298	3.181	2.006	1.175
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	92	62	29	90	58	32
Operational Leasing	587	233	353	644	267	377
Handelsleistungen	936	1.111	-175	1.048	1.171	-123
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.713	2.349	-638	1.937	2.657	-720
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	476	1.103	-627	504	1.074	-569
Regierungsleistungen, a.n.g.	464	96	370	446	96	351
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	41.153	34.542	6.610	43.314	36.333	6.981
davon Euroraum-19	32.602	24.961	7.640	34.301	26.081	8.221
davon Deutschland	21.952	13.459	8.494	22.985	13.724	9.260
davon Italien	2.599	2.540	59	2.750	2.728	22
davon Vereinigtes Königreich	2.177	1.942	233	2.243	1.780	462
davon Ungarn	1.444	1.471	-26	1.522	1.599	-77
Extra-EU-28	13.374	8.963	4.411	13.352	9.836	3.516
davon Schweiz	4.443	1.901	2.543	4.571	2.057	2.512
davon USA	1.785	1.512	272	1.836	1.819	15
davon Russische Föderation	853	664	191	812	728	83
davon China	645	362	282	545	405	140

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten, 2017 provisorische Daten.

Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen

		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		<i>in Mio EUR</i>								
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182
Eigenkapital	Netto	14.484	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.772	-5.540
Neuinvestitionen (+)	Netto	19.570	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.723	17.349
Desinvestitionen (-)	Netto	5.087	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.951	22.889
Reinvestierte Gewinne	Netto	1.937	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	650	4.800
Sonstiges DI-Kapital ¹	Netto	3.178	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.872	-2.443
Forderungen (+)	Netto	3.288	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.877	-2.078
Verbindlichkeiten (-)	Netto	110	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	5	364
nach Zielregion										
Global		19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.294	-3.182
EU-28		11.329	3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	3.656	3.128
Deutschland		475	1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	532	978
Italien		432	926	131	-137	699	-949	-339	513	724
Vereinigtes Königreich		-19	80	-45	1.090	-208	1.130	-806	7	1.018
Niederlande		3758	-2157	856	-44	-4352	5335	5183	-954	5161
Ungarn		1.047	-743	136	390	227	-357	-214	661	-754
Tschechische Republik		1.587	217	692	371	1.400	819	356	610	-669
Rumänien		1.012	1.000	461	744	825	789	-1.056	1.199	-1.067
Extra-EU-28		8269	4843	6101	8638	6988	2176	-2050	2638	-6310
Schweiz		685	-149	651	590	1294	-210	362	589	488
Türkei		180	586	1.251	1.676	1.540	-1.503	428	191	-2.731
USA		245	593	165	791	537	1.602	1.115	579	-655
Russland		1.427	985	1.235	1.386	686	917	247	395	-936
China ⁴		162	419	690	624	-263	-440	-173	127	803
Europa		17.363	5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.173	-120
Euroraum-19		6.411	1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	753	7.329
MOEL ³		10.002	2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	4.429	-6.742

Transaktionen Passiver Direktinvestitionen

		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		<i>in Mio EUR</i>								
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.145	-8.137
Eigenkapital	Netto	7.138	3998	1.619	7.418	1.753	5.113	4.547	2.729	-6.550
Neuinvestitionen (+)	Netto	9.210	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	21.327	13.250	6.259
Desinvestitionen (-)	Netto	2.072	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	10.521	12.809
Reinvestierte Gewinne	Netto	-2.513	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	570	3.185
Sonstiges DI-Kapital ²	Netto	308	3.881	-639	-1620	1114	1849	1468	-2154	-4773
Forderungen (+)	Netto	-641	-303	596	4.012	-279	-265	658	-831	4.933
Verbindlichkeiten (-)	Netto	-334	3577	-43	2.392	835	1.584	2.125	-2.985	160
nach Herkunftsregionen										
Global		4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.145	-8.137
EU-28		5.018	2.899	3.795	3.846	2.962	-939	-778	6.338	-10.673
Deutschland		4.307	-1.168	-255	2.490	2.466	1.309	-1.421	3.252	319
Italien		668	237	2.418	273	-689	-1.724	-1.019	1.261	-6.839
Vereinigtes Königreich		-36	-74	538	433	-325	430	-1.221	572	-193
Niederlande		-87	176	1.340	-235	485	1.127	1.183	192	-4.146
Luxemburg		72	276	134	74	147	1.081	926	838	448
Belgien		-198	319	238	63	-281	-311	24	-28	-21
Spanien		682	1.398	289	64	320	-66	-444	-206	242
Frankreich		42	171	197	123	110	-678	196	-63	84
Extra-EU-28		-85	3.773	-1.850	3.791	142	5.247	4.228	-5.193	2.535
Schweiz		419	482	556	701	-355	311	-349	-1	202
USA		-979	2.784	-1.441	-559	-609	-565	155	-3.413	568
Russland		-222	-46	254	591	624	3.663	559	29	853
Japan		39	-18	-161	174	51	-30	773	-207	56
Europa		5.430	3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-620	6.558	-9.552
Euroraum-19		4.231	2.549	3.318	3.116	3.038	108	521	5.732	-10.468
MOEL ³		-397	-83	24	824	603	3.561	511	208	802

Quelle: OeNB.

¹ Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.² Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.³ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁴ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2014 endgültige Daten, 2015 und 2016 revidierte Daten.